

zeitschrift für linke theorie & debatte

staatsgewalt im
globalen kapitalismus

diversität und revolten
in der landwirtschaft

guerilla und kunst
in der 68er-bewegung

migration & governance in der
herausgeforderten gemeinschaft

kein kommunismus
in kambodscha

außerdem: repression & widerstand,
noch mehr buchbesprechungen

27

herbst 2008 / preis 4,80 euro

Inhaltsverzeichnis

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: 10.09.08, Redaktionsschluss # 28: 15.11.08

Die **Redaktionstreffen** der **grundrisse** finden jeden 2. und 4. Montag im Monat im „Amerlinghaus", 1070 Wien, um 19 Uhr statt. Interessierte LeserInnen sind herzlich eingeladen.
Weitere Infos unter: **www.grundrisse.net** und unter **redaktion@grundrisse.net**
Ein Jahresabo kostet für 4 Nummern Euro 18,-, **das 2-Jahres-Abo nur 33,- Euro!**
Bestellungen entweder an **grundrisse@gmx.net** oder an K. Reitter, Antonigasse 100/8, A-1180 Wien
Bankverbindung: Österreich: BAWAG Konto Nr. 03010 324 172 (K. Reitter), Bankleitzahl 14000.
International: BIC = BAWAATWW, IBAN = AT641400003010324172, Empfänger = K. Reitter,

---

Impressum: Medieninhaberin: Partei **grundrisse** Antonigasse 100/8, 1180 Wien
Herausgeberin: Redaktion **grundrisse** (Dieter A. Behr, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Robert Foltin, Daniel Fuchs, Käthe Knittler, Birgit Mennel, Minimol, Franz Naetar, Paul Pop, Karl Reitter, Andrea Salzmann, Lisl Steger)
MitarbeiterInnen dieser Nummer: Jens Benicke, Lisa Bolyos, Heide Gerstenberger, Jens Kastner, Andreas Kranebitter, Patrick Mulvany, Jürgen Mümken, Petra Neuhold, Paul Scheibelhofer, Vassilis Tsianos, Gerold Wallner
Graphikkonzept: Harald Mahrer, Layout: Karl Reitter, Umschlag: Andrea Salzmann
Erscheinungsort: Wien. Herstellerin: Digidruck, 1030 Wien
Offenlegung: Die Partei **grundrisse** ist zu 100% Eigentümerin der Zeitschrift **grundrisse**.
Grundlegende Richtung: Förderung gesellschaftskritischer Diskussionen und Debatten.

ISSN: 1814-3156
Key title: Grundrisse (Wien, Print)

Editorial

Liebe LeserInnen,

wir freuen uns, Euch die Nummer 27 der grundrisse präsentieren zu dürfen. Es ist eine etwas ungewöhnliche Nummer geworden, mit mehr politischen Berichten und Buchrezensionen als sonst. Im Anschluss an das Editorial findet ihr nicht weniger als 3 Texte zu aktuellen politischen Kampagnen, denen wir uns in Solidarität verbunden fühlen: Zum einen ein (Hintergrund)Text über die die Repression gegen die 10 TierrechtsaktivistInnen, die nun endlich – nach über 100 Tagen der Untersuchungshaft – wieder auf freiem Fuß. Hiezu ist positiv zu vermerken, dass eine für österreichische Verhältnisse äußerst breite Front der Solidarität und der Ablehnung der – noch dazu durch keinerlei Fakten gedeckten – ungeheuerlichen Repression gegen die AktivistInnen existiert. Der zweite Text ist ebenfalls aus der Notwendigkeit des Kampfes gegen staatliche Repression entstanden: Ein Wohnprojekt im italienischen Reggio Emilia, dem wir freundschaftlich verbunden sind, ist von der Räumung bedroht. Nähere Infos findet Ihr im Text, wir ersuchen aber auch um aktive Teilnahme an der Soli-Kampagne. Der dritte Text ist eine Einladung zur Beteiligung am Kongress für Solidarische Ökonomie, der im Februar 2009 in Wien stattfinden wird.

Doch nun zu den Artikeln: Wir freuen uns, dass Heide Gerstenberger uns ihren vor kurzem in Wien gehaltenen Vortrag zur „Staatsgewalt im globalen Kapitalismus“ zum Abdruck überlassen hat. Aus sozialgeschichtlicher Perspektive zeichnet Gerstenberger darin die Herausbildung eines neoliberalen Staatstyps nach, ohne sich freilich auf verbindliche, und das bedeutet im momentanen Transformationsprozess vorschnelle, Definitionen festzulegen. Das Neu-Nachdenken über die Form kapitalistischer Staatsgewalt, so Gerstenberger, haben wir noch vor uns. Das von Dieter Behr und Lisa Bolyos geführte Gespräch mit dem britischen Landwirtschafts-Aktivisten Patrick Mulvany kreist um die aktuellen Debatten zu Ernährungssouveränität, Brotpreisrevolten und die Rolle der Wissenschaft in sich verändernden globalen kapitalistischen Agrarstrukturen.

Jens Kastner´s „Aspekte der Guerilla-Form“ verhandelt den Zusammenhang von politischem Kampf, Theoriebildung und den drastischen Veränderungen der ästhetischen Form im Rahmen der 68er-Bewegung. Die Wechselwirkung von migrantischen Bewegungen und sprachlichen Transformationen behandelt der – redaktionell nicht unumstrittene – Text von Vassilis Tsianos, „Die Karte Europas und die Ströme der Migration“. Die Thesen über die Khmer Rouge von Andreas Kranebitter stellen die Fortsetzung seiner in der Nummer 21 begonnen, reiches Quellenmaterial einbeziehenden, marxistischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kambodschanischen Revolution dar. Eine reiche Auswahl an Buchbesprechungen findet Ihr am Ende dieser Nummer. Dabei ist erstmalig auch eine Rezension eines bereits früher – damals allerdings deutlich kritischer – in den grundrissen besprochenen Buches, nämlich von Gabriel Kuhn´s „Jenseits von Staat und Individuum“. Zwei weitere Bücher möchten wir euch noch besonders ans Herz legen: zum einen der von Heiko Schmidt herausgegebene Band „Die Freiheit fällt nicht vom Himmel. Fundstücke aus dem Spanischen Bürgerkrieg“ – er versammelt neben detaillierten Beschreibungen ebenjener Fundstücke (nebenbei fungiert „Die Freiheit fällt nicht vom Himmel“ nämlich auch als antiquarischer Katalog) Texte zum spanischen Bürgerkrieg, unter anderem von Nuria Fernandez Rojo und dem ehemaligen Spanienkämpfer Hans Landauer. Aber auch grundrisse-Redakteure liegen nicht – oder zumindest nicht nur – auf der faulen Haut: Gemeinsam mit Gerhard Hanloser verfasste Karl Reitter ein gerade eben im Unrast-Verlag erschienenes Büchlein namens „Der bewegte Marx“, welches wir selbstredend an dieser Stelle empfehlen.

Abschließend möchten wir noch auf unsere im September beginnende Veranstaltungsreihe „Stop making capitalism vol. II“ hinweisen. Nähere Informationen im unten stehenden Kasten sowie in Kürze unter www.grundrisse.net.

Eure grundrisse-redaktion

Stop making capitalism Vol. 2

Eine Diskussionsreihe der grundrisse.zeitschrift für linke theorie und debatte - jeden letzten Dienstag im Monat

„PARLAMENTARISMUS UND EMANZIPATION - EIN WIDERSPRUCH?“

ReferentInnen:
Melina Klaus (KPÖ), Franz Naetar (grundrisse), Lukas Wurz (Grüne)

Wann? Dienstag den 30. September, 19 Uhr
Wo? Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Aufruf zur Mitgestaltung des Kongresses „Solidarische Ökonomie", Wien (BOKU), 20.-22.2.2009

Von 20. – 22.2. 2009 findet in Wien der Kongress „Solidarische Ökonomie" statt. Alle sind eingeladen, workshops, offene Diskussionsrunden, Filme, Performances etc. einzubringen. Rückmeldungen sind bis 17.10.2008 erbeten. Ziel des Kongresses ist:

➠ Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene
➠Den Begriff „solidarische Ökonomie" bekannt zu machen
➠ Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis
➠ Motivieren, in diesem Sinn aktiv zu werden.

Das Verständnis von Solidarökonomie soll dabei breit angelegt werden - also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt. Der Begriff soll bewusst nicht eng geführt werden und es soll Platz für unterschiedliche Konzeptionen und Ansätze sein sowie für kontroversielle Diskussionen.

Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Kapitalismus, Zerstörung natürlicher Lebensräume genauso wie um den selbstreflexiven Blick auf solidarökonomische Projekte wie: selbst verwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische und interkulturelle Gärten etc.

Unser Konsens gilt egalitären, partizipativen und unhierarchischen Formen und Prinzipien der Solidarischen Ökonomie, die wir auch in Vorbereitung und Ablauf des Kongresses leben wollen. Daraus ergab sich für die geplante Kongressstruktur: Parallele gleichwertige Einheiten, in denen alle ihre Inhalte anbieten können; für spontane Veranstaltungsideen und weiterführende Diskussionen werden ebenfalls Räume vorhanden sein.

Welche Angebote von VeranstalterInnen es schon gibt, ist zu sehen auf www.solidarische-oekonomie.at. Bitte ggf. zwecks Koordination mit anderen in Kontakt treten und Eure/Deine Angebote auf der website eintragen! Ausführlichere Informationen, Zeitstruktur des Kongresses und Anmeldung von Beiträgen zum Kongress:

www.solidarische-oekonomie.at

Europäische Unterstützungskampagne für das Wohnprojekt des Collettivo Sottotetto im Viertel Compagnoni in Reggio Emilia, Italien

Das *Collettivo Sottotetto*, ein im norditalienischen Reggio Emilia ansässiges und seit dem Frühjahr 2006 bestehendes Kollektiv, hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den Diskurs um das Recht auf ein Dach über dem Kopf in der Stadt wieder öffentlich präsent zu machen. Das Recht auf eine Wohnung als Grundrecht jedes Menschen, um eine Basis für ein würdevolles Leben zu haben, wird vom Kollektiv nicht nur theoretisch propagiert, sondern auch praktisch eingefordert und umgesetzt. Nun ist, passend ins Licht der „Säuberungsstrategien" eines immer unsozialeren, rassistischeren und intoleranteren Italiens, eines der wichtigsten Projekte des Collettivo Sottotetto in seiner Existenz bedroht:

Im symbolträchtigen *Viertel Compagnoni* in Reggio Emilia, dem seit einem halben Jahrhundert bestehenden Viertel der ArbeiterInnen, der Arbeitslosen und sozial Ausgeschlossenen mit über 400 Sozialwohnungen, werden seit Jahren über Hundert Wohnungen leer und ungenutzt gelassen und nicht mehr vermietet. Das Viertel war im Jahr 1959 erbaut worden, um die Innenstadt von ‚sozial schwachen' Bevölkerungsschichten zu „säubern" und diese in die Via Compagnoni, damals extreme Peripherie der Stadt, zu verfrachten. Die Geschichte wiederholt sich: Das Viertel, durch den urbanen Wachstum inzwischen zentrumsnah gelegen, soll bis zum Jahr 2011 geschliffen werden, ein großer Teil seiner

BewohnerInnen wird in andere Stadtviertel umgesiedelt. Auf dem Baugrund werden um Millionen Euro neue Häuser erbaut, welche teilprivatisiert werden, die Anzahl der Sozialwohnungen wird sich nach Schleifung und Wiederaufbau in diesem Viertel drastisch verringern. Gleichzeitig stehen 850 Familien in Reggio auf der Warteliste für eine Sozialwohnung, jede 135. Familie in der Stadt ist von Zwangsräumung aufgrund von Zahlungsunfähigkeit betroffen.

Das *Collettivo Sottotetto* hat einige dieser über Hundert seit Jahren im Viertel Compagnoni leerstehenden Wohnungen auf eigene Kosten wieder benützbar gemacht. Die BesetzerInnen zahlen eine symbolische Miete an die zuständige Wohnbaugesellschaft und haben durch die Wohnungen, mit denen sie keine Schulden machen, eine Basis für den Wiederbeginn eines Lebens in Würde gesetzt.

Genau dieses Projekt ist nun in seiner Existenz bedroht. Die Stadtregierung bezeichnet das Projekt, bei dem die seit Jahren leerstehenden Wohnungen eingenommen wurden, als ‚rechtswidrig', während sie genau weiß, dass sie den Familien keine realistische und annehmbare Alternative vorschlagen konnte oder besser wollte. Der tunesischen Familie wurde das ‚Angebot' gemacht, den Rückflug nach Tunis zu bezahlen (!), während einer anderen Familie vorgeschlagen wurde, dass sie doch für 20 Euro pro Tag auf eigene Kosten in der Jugendherberge schlafen könne. Schon seit Monaten geschehen Schikanen, die bei weitem nicht nur das *Collettivo Sottotetto* ungläubig blicken lassen. So wurden in zahlreichen Wohnungen Sanitäranlagen und Fenster zerschlagen sowie alle Türen herausgenommen, damit sie nicht besetzt werden können. Anfang August wurde den Familien eines besetzten Wohnhauses der Strom abgedreht, und dies trotz eines gültigen Vertrags mit dem Stromanbieter, bezahlter Stromrechnungen und mehrerer hier lebender sieben Monate bis drei Jahre alten Babys und Kleinkinder.

Mitte August um 5 Uhr früh kam eine Hundertschaft in mit Kampfmontur, Helmen und Schildern bekleideten Polizisten ins Viertel gestürmt und räumte eines der besetzten Wohnhäuser; vollbewaffnete Polizisten, die bei Morgengrauen Spielzeug aus den Wohnungen trugen, machten wohl auf niemandem einen guten Eindruck. Die Familien sind nun auf der Straße, ihnen wurden bis dato keine annehmbaren Vorschläge von Seiten von Sozialarbeitern und Stadtregierung unterbreitet, das Wohnhaus wird nun doch vorzeitig abgerissen. Auch die in anderen Wohnhäusern befindlichen vom *Collettivo Sottotetto* besetzten Wohnungen sind von der Räumung bedroht.

Eine europäische Solidaritätskampagne wird dieses Wohnprojekt des *Collettivo Sottotetto* unterstützen und verurteilt die Maßnahmen der verantwortlichen PolitikerInnen: ein offener Brief, der an Bürgermeister und Stadtregierung von Reggio Emilia gerichtet ist, kann von Organisationen, Einzelpersonen, Projekten in ganz Europa unterzeichnet werden. Der von den UnterstützerInnen unterzeichnete Brief wird auf der Homepage www.globalproject.info veröffentlicht (etwa Mitte September) und dem Bürgermeister von Reggio Emilia überreicht.

Unterstützungskomitee des Collettivo Sottotetto / Reggio Emilia – Berlin – Bremen – Wien – Stockholm

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung
soli_sottotetto@libero.it

Für weitere Information über das *Collettivo Sottotetto* einige Links:
Homepage Collettivo Sottotetto (Italienisch) http://sottotetto.noblogs.org/summary.php
Artikel in Il Manifesto vom 8.August 2008, http://www.globalproject.info/art-16648.html
Artikel zur Wohnrechtsbewegung in Reggio Emilia, in:
Kulturrisse, Dezember 2007 (Deutsch) http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/ 1199972006/1200659039



Repression gegen TierrechtsaktivistInnen

Am Mittwoch, den 21. Mai 2008 gegen 7:00 Uhr in der Früh stürmten Spezialeinheiten der Polizei, teilweise mit der geladenen Waffe im Anschlag, 23 Wohnungen und Büros in Wien, Salzburg, Innsbruck und Graz. Die Hausdurchsuchungen, bei denen Computer, Handys sowie diverse Unterlagen beschlagnahmt wurden, richteten sich gegen AktivistInnen der Tierrechtsszene aus Österreich, Luxemburg und Deutschland; gegen zehn der AktivistInnen lagen darüber hinaus Haftbefehle vor. Der den Hausdurchsuchungen und Haftbefehlen zugrunde liegende Vorwurf der ermittelnden Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt lautet auf §278a StGB – Mitgliedschaft in einer „Kriminellen Organisation".

Der angelastete §278 wurde 1993 im Strafgesetzbuch eingeführt, um bei der Bekämpfung so genannter organisierter Kriminalität bereits die Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation unter Strafe stellen zu können - ohne dass Mitgliedern konkrete Straftaten nachgewiesen werden müssen. Dabei müssen bei einer „Kriminellen Organisation" nach dem Anti-Mafia Paragraphen §278a, im Unterschied zu der einfachen „Kriminellen Vereinigung" nach §278, mehrere Voraussetzungen gleichzeitig vorliegen: so muss unter anderem der Zusammenschluss „unternehmensähnlich" aufgebaut sein; eine größere Anzahl von Personen umfassen; die Organisation nach massiven finanziellen Vorteilen streben oder einen erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft haben; auch die Abschirmung gegen Strafverfolgungsmaßnamen sind Teil des Strafbestandsmerkmals.

In den Haft- sowie Hausdurchsuchungsbefehlen befinden sich mitunter sehr bemühte Verweise auf die, angeblich festgestellten, oben genannten Organisationsmerkmale. So wurde die Verhängung der Untersuchungshaft über die zehn AktivistInnen damit begründet, dass „Verdunkelungsgefahr" bestünde, da die AktivistInnen verschlüsselte Emails gesendet hätten. Außerdem würde „Tatbegehungsgefahr" bestehen, da die Beschuldigten langjährig in der Tierrechtsszene aktiv gewesen seien und teilweise von ihrem „Recht auf Aussageverweigerung" Gebrauch machen. Wiewohl die ermittelnden Behörden auf eine Liste unaufgeklärter Straftaten der letzten zehn Jahre verweisen, werden die Betroffenen praktisch mit keinem dieser konkreten Delikte direkt in Verbindung gebracht. Dies mag auf den ersten Blick seltsam anmuten, ist aber durch den §278ff rechtlich gedeckt, da hier ja schon die Mitgliedschaft in einer Organisation mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden kann und eine Zuordnung konkreter Delikte somit gar nicht notwenig ist.

Die jetzige Polizeirepression betrifft dabei auch sehr unterschiedliche Gruppen und Vereine. So befinden sich etwa unter den Inhaftierten AktivistInnen der größten Tierschutzvereine Österreichs – namentlich der „Vier Pfoten" und des „Vereins gegen Tierfabriken" (VgT). Im Gegensatz dazu waren fünf der inhaftierten AktivistInnen bei der kleinen, aus dem linken politischen Spektrum kommenden „Basisgruppe Tierrechte" – darüber hinaus aber auch in der autonomen Szene – aktiv.

Die Tierrechtsszene ist in Österreich sehr überschaubar, war aber in den letzten Jahren vor allem auf Grund der Übernahme von international üblichen, in Österreich bis dahin aber kaum verwendeten Kampagnenformen eine der aktivsten sozialen Bewegungen – und noch dazu relativ erfolgreich. Nach der Durchsetzung eines Verbots für Pelztierfarmen in Österreich Ende der 1990er Jahre konzentrierten sich die Aktivitäten der AktivistInnen auf die Einstellung des Imports und Verkaufs von Tierpelzen durch große Textilfirmen.

Mit juristischen Mitteln war diesen Formen der Kampagnentätigkeit, die Aktionen im Rahmen des Zivilen Ungehorsams, Demonstrationen sowie aktive Öffentlichkeitsarbeit umfasste, scheinbar nicht mehr weiter beizukommen. So konnten die zuletzt wöchentlich stattfindenden Demonstrationen vor Geschäften der Firma Kleiderbauer, in denen Tierpelze verkauft werden, vom Büro für Versammlungsangelegenheiten der Bundespolizeidirektion Wien trotz größter Bemühungen nicht verhindert werden. Wie aus den Ermittlungsakten zwischenzeitlich bekannt, gab es in dem Zusammenhang etwa Treffen der Geschäftsführung der Firma Kleiderbauer, hochrangigen PolizeibeamtInnen und VertreterInnen des Innenministers, im Zuge dessen es die Anweisung gab, alle möglichen Mittel gegen die in der Öffentlichkeit stehenden AktivistInnen einzusetzen.

Aber auch der nun bekannt gewordene Überwachungsaufwand war in Folge enorm. Neben dem Abhören von Telefonen und der Überwachung von E-Mails an Hand einer Stichwortliste wurden auch Standortortung per Handydaten, sowie umfangreiche Rufdatenerfassungen durchgeführt. In Autos wurden Peilsender eingebaut, AktivistInnen beschattet, sowie V-Männer eingesetzt. Speziell um den „Großen Lauschangriff" – im konkreten Fall die

Überwachung von Wohnungen und Büros mit Videokameras, sowie das Abhören von Gruppentreffen und Wohnungen – rechtlich gedeckt anwenden zu können, wurde seitens der Polizei schlussendlich zum §278a StGB gegriffen.

Neben dem Versuch, die Kampagnenarbeit der AktivistInnen nachhaltig zu stoppen, hoffte die Polizei durch die Hausdurchsuchungen wohl auch eine Beteiligung an Aktionen der militanten Tierrechtsszene nachweisen zu können. Nachdem aber auch im Zuge von Überwachung und Hausdurchsuchungen solche Verstrickungen scheinbar nicht nachgewiesen werden konnten, kamen die Behörden in den letzten Wochen immer mehr unter öffentlichen Druck. Für die Entlassung der AktivistInnen aus der U-Haft Anfang September letztlich entscheidend gewesen sein dürfte der anstehende Nationalratswahlkampf und der Versuch der SPÖ, die eigene Justizministerin aus dem medialen Schussfeld zu ziehen.

Der Versuch der Behörden, politische AktivistInnen auf diese Weise zu kriminalisieren, ist zwar kein Novum, aber in dieser Intensität bemerkenswert. Übertroffen werden die aktuellen Vorgänge lediglich von der im Mai 1999 unter Heranziehung des §278a durchgeführten „Operation Spring", einer Verhaftungswelle gegen – speziell auch in der antirassistischen Szene aktive – Personen, darunter vor allem MigrantInnen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Mitte der neunziger Jahre wurde unter Verwendung des §278 gegen eine anarchistische Buchhandlung bzw. Verlag in Wien ermittelt. Auslöser für 19 Hausdurchsuchungen waren hierbei Aufkleber, die der „Kronen Zeitung" von einem „Informanten" zugespielt wurden und zum „Attentat auf den Bundeskanzler" aufriefen. Außerhalb der „Krone" schienen diese Aufkleber aber bloß virtuell zu existieren – waren sie doch sonst nämlich nirgendwo gesehen worden. Im Gegensatz zur „Operation Spring" verliefen diese Ermittlungen und damit in Zusammenhang stehende Verfahren jedoch im Sand und wurden schließlich eingestellt. Auch der Vorgänger-Paragraph von § 278ff, die Mitgliedschaft in einer „kriminellen Bande", wurde wiederholt dazu benutzt, Ermittlungen gegen ganze politische Szenen auf „gut Glück" zu führen; wie etwa gegen die Wiener HausbesetzerInnenbewegung Ende der achtziger Jahre.

Im vorliegenden Fall scheinen die Kriminalisierungsversuche der Behörden aber eher einen gegenteiligen Effekt zu haben. Einerseits gab es in Österreich ein zuletzt immer stärker werdendes Medienecho in Bezug auf den Fall. Dies ist einerseits damit zu erklären, dass Die Grünen sich hinter die Inhaftierten gestellt haben, andererseits mit dem Thema „Tierschutz" erklärbar. Aber auch innerhalb der radikalen Linken gibt es eine gewisse Aufmerksamkeit für den Fall. Hier einerseits, weil es ein Bewusstsein dafür gibt, dass die Anwendung der Ermittlungsparagraphen 278 („Kriminelle Vereinigung"), 278a („Kriminelle Organisation") und 278b („Terroristische Vereinigung") jegliche legale politische Arbeit bedroht. Erfreulich ist aber auch, dass die Repression zu einer gewissen Auseinandersetzung seitens radikaler Linker, mit der sonst eher ignorierten Tierrechtsszene und deren Anliegen, geführt hat (vice versa natürlich auch). Zu guter Letzt hat die Repression aber auch dazu geführt, dass es eine stärkere Einbindung in europäische Rechtshilfestrukturen gibt. So wird es auch beim kommenden ESF in Malmö etwa ein Panel geben, das die Bedeutung der aktuellen Anti-Terrorgesetzgebungen für soziale Bewegungen in Europa zum Thema hat.

Abschließend sei noch erwähnt, dass die Entlassung aller zehn AktivistInnen aus der U-Haft nicht bedeutet, dass die Verfahren eingestellt wurden. Die Behörden ermitteln zurzeit auch weiterhin gegen mutmaßlich 26 Personen. Gegen wen ermittelt wird, ist dabei teilweise unklar, da ein Teil des Aktes – mit Verweis auf laufende Ermittlungen und Überwachungsmaßnahmen - immer noch unter Verschluss ist.

Antirepressionsgruppe Wien,
September 2008

Nähere Infos gibt es unter http://antirep2008.lnxnt.org.
Unter dieser Adresse kann auch eine Solidaritätspetition unterschrieben werden.
Spendenkontonummer: 01920013682; BLZ: 14 000; Empfängerin: Grünalternative Jugend Wien;
Zweck: Antirep 2008;
IBAN: AT551400001920013682; IBAN: BAWAATWW

Heide Gerstenberger

Staatsgewalt im globalen Kapitalismus*

Die Globalisierung nationalstaatlicher Souveränität

Von wenigen Ausnahmen und der Hohen See abgesehen, gehört heute jedes Gebiet der Erde zu einem souveränen Staat oder ist ein sogenanntes abhängiges Gebiet eines solchen Staates.[1] Diese Aufteilung der Welt unter souveräne Nationalstaaten ist das Resultat eines historischen Prozesses, der seinen Ausgang im 17. Jahrhundert in Europa hatte und seither zweimal auf grundlegende Weise verändert wurde. Als die ersten souveränen Territorialstaaten entstanden, waren sie ein Produkt langer und verheerender europäischer Kriege. Um Herrschaft zu stabilisieren, entschlossen sich die in Münster (Westfalen) versammelten Fürsten 1648, den *status quo* dadurch zu stabilisieren, dass sie sich gegenseitig die Herrschaft über das jeweils eroberte bzw. verteidigte Territorium samt den darin lebenden Menschen zugestanden. Souveränität entstand als dynastische Souveränität. (Teschke, 2003/2007). Erst als Fürsten ihrer Herrschaftskompetenzen enteignet wurden, wurde aus der Fürstensouveränität die Volkssouveränität und aus bloßen Territorialstaaten wurden Nationalstaaten. Bei dieser Konstitution von Souveränität durch Machtpolitik gegenüber aktuellen sowie potentiellen äußeren sowie inneren Konkurrenten ist es bis zur Gründung der UNO geblieben. [2] Seither wird Souveränität auf Vorschlag des Sicherheitsrates von der Generalversammlung der Mitgliedsstaaten verliehen – und zwar nicht auf der Basis einer nach innen und außen durchgesetzten Machtposition, sondern im Namen des völkerrechtlichen Prinzips des Rechtes aller Völker auf Selbstbestimmung. Dieses Prinzip wurde und wird aber sehr selektiv ausgelegt. Die Ausnahme vom generellen Verbot der Gewaltanwendung ist nämlich nur Bevölkerungen zugestanden worden, über welche eine Kolonialmacht herrschte. Das internationale Recht verwehrt nicht nur anderen Staaten, sondern auch Bevölkerungsgruppen innerhalb der neuen Nationalstaaten das Recht, die von der UNO verliehene Souveränität in Frage zu stellen. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit früherer Kolonien wurden deshalb zugleich jene „Völker“ geschaffen, denen nun Souveränität verliehen wurde. *Die weltweite Verbreitung der rechtlichen und administrativen Formen des Nationalstaates ist ein Element jener Entwicklung, für die sich inzwischen der Terminus „Globalisierung“ eingebürgert hat.*

In der ersten Phase der Diskussion über Globalisierung, also in den 1990er Jahren, wurde vielfach angenommen, die Übereinstimmung zwischen alten und neuen Staaten sei nicht auf die prinzipielle Gleichstellung im internationalen Recht begrenzt. Vielmehr sei durch die Transformation der Staaten von Industriegesellschaften zu Wettbewerbsstaaten (Hirsch), will sagen zur Unterordnung von Politik unter Bedingungen internationaler wirtschaftlicher Konkurrenz, die Souveränität aller Staaten erheblich beschränkt worden. Auf diese Weise wurde der Unterschied zwischen der Staatsgewalt in ökonomisch und politisch führenden Gesellschaften und Staatsgewalt in ökonomisch und politisch kaum international konkurrenzfähi-

gen Gesellschaften gewissermaßen für analytisch nebensächlich erklärt. Inzwischen wird deutlicher wahrgenommen, dass insbesondere die postkolonialen Staaten in der Sub- Sahara ihre Souveränität lediglich „unter Vormundschaft“ (Mbembe) ausüben können. *Die fundamentale Ungleichheit zwischen rechtlich gleichgestellten souveränen National-Staaten ist ein Merkmal des globalisierten Kapitalismus.*

Die Internationalisierung von Märkten

In der Entwicklung des Weltmarktes gibt es drei Wellen verstärkter Internationalisierung. Die erste begann im 16. Jahrhundert, als von Europa aus vermehrt Fernhandel betrieben und überseeische Gebiete in Beschlag genommen wurden. Die zweite Welle verstärkter Internationalisierung setzte in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein. Erneut handelte es sich vor allem um merkantile Verflechtungen, jetzt allerdings waren Kolonien in die Strukturen kapitalistischer Produktion und Distribution auf eine Art und Weise integriert, welche die potentielle Entwicklung einer eigenen industriellen Produktion verhinderte und sie langfristig auf die Rolle des Exporteurs von Rohstoffen und Agrarprodukten festlegte.(Giraud, 1996, 135ff)

Im Jahre 1913 hatte der Anteil der Weltproduktion, der international gehandelt wurde, ein Ausmaß erreicht, das erst Anfang der 1970er Jahre wieder erzielt werden sollte. Dieser Sachverhalt macht exemplarisch deutlich, dass Kapitalismus zwar immer schon eine Tendenz zur Erweiterung und damit zur Internationalisierung eigen war, dass diese Tendenz aber nicht mit einer sich quasi naturgesetzlich durchsetzenden Dynamik der Internationalisierung verwechselt werden darf. Politische Entscheidungen haben im 20. Jahrhundert die Internationalisierung ökonomischer Prozesse über Jahrzehnte nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern sogar zurück geschraubt. Und politische Entscheidungen waren es auch, die Mitte der 1970er Jahre die dritte Welle verstärkter Internationalisierung in Gang setzten.

Zwar gab es bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Strategien zur Liberalisierung des internationalen Handels, und die Regierungen der USA haben das Recht auf Selbstbestimmung kolonisierter Bevölkerungen nicht nur aus humanitären Gründen nachdrücklich vertreten, sondern auch, weil sie Zugang zu Märkten gewinnen wollten, die ihnen aufgrund der Dominanz von Kolonialmächten bisher weitgehend verschlossen gewesen waren. Dennoch: der große Umbruch der Weltwirtschaft erfolgte erst Mitte der 1970er Jahre. Er war ein Produkt der wirtschaftlichen Krise in den westlichen Industriegesellschaften.

Erste Anzeichen dieser Krise gab es in den späten 1960er, frühen 1970er Jahren, als sich die Nachkriegskonjunktur ihrem Ende zuneigte und Produktivitätsreserven nahezu ausgeschöpft waren. Es gab damals keine grundlegend neue Technologie, in deren Nutzung hätte investiert werden können, und Auslandsinvestitionen waren noch vergleichsweise selten. In der vorhergehenden Phase der Vollbeschäftigung hatten Gewerkschaften in den Industriegesellschaften an Verhandlungsmacht gewonnen und beträchtliche Lohnerhöhungen durchsetzen können. Der Kalte Krieg provozierte zwei Belastungen für die Staatshaushalte: erhebliche Ausgaben für Rüstung und gleichzeitig wachsende Ausgaben für Sozialleistungen. Das westliche System sollte ja nicht nur militärisch, sondern auch materiell und ideologisch verteidigt werden. In dieser Situation eines *profit squeeze* waren Kapitaleigner zunehmend auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Sie wurden ihnen geliefert, als es in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre möglich wurde, in großem Maßstab in Finanzmärkte zu investieren. Diese Möglichkeit ergab sich aus dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods.

Geschaffen worden war dieses System 1944. Das damals in dem kleinen neu-englischen Ort Bretton Woods beschlossene Abkommen sollte eine erneute Weltwährungskrise dadurch verhindern, dass feste Wechselkurse im Verhältnis zum Dollar und folglich auch zu den anderen beteiligten Währungen eingerichtet wurden. Um kurzfristige Schwierigkeiten bei der Beibehaltung der Wechselkurse zu überwinden, wurde der Internationale Währungsfond (IWF) gegründet, in den Mitgliedsländer Einlagen zahlten, auf die notfalls zurück gegriffen werden konnte. Falls das nicht ausreichte, konnte beim IWF auch die Genehmigung zu geringfügigen Ab- und Aufwertungen einer nationalen Währung beantragt werden. Über Jahrzehnte hinweg waren die Wechselkurse aber nahezu vollständig stabil. Entgegen der Einwände vor allem des Vertreters der britischen Regierung, John Maynard Keynes, wurde in Bretton Woods der Dollar als internationale Leitwährung etabliert und festgelegt, dass die USA Anforderungen von ausländischen Staatsbanken, ihre Dollarguthaben in Gold umzutauschen, nachkommen würden. Für 35 Dollar sollte 1 Unze Gold ausbezahlt werden. 1944 konnte sich kaum jemand vorstellen, dass die Goldvorräte der USA einmal nicht mehr ausreichen könnten, solchen Umtausch regelmäßig vorzunehmen. Eben dies ist dann aber doch eingetreten. Im Kalten Krieg zahlten die USA erhebliche Beträge an Entwicklungshilfe an Regierungen in Entwicklungsländern, die dazu dienen sollten, eine Orientierung dieser Regierungen auf die Sowjetunion zu verhindern. Faktisch haben

diese Zahlungen in vielen Ländern ein System der ausländischen Alimentierung lokaler Führungskräfte etabliert. Um die Kosten für den Vietnam Krieg aufzubringen, ließ die Regierung der USA Geld drucken. Damit entwertete sie den Dollar, musste Dollar aber nach wie vor zum festgelegten Satz in Gold konvertieren. Die Situation verschlechterte sich zusätzlich, weil die Förderung von Gold nicht in dem Maße stieg, wie das 1944 unterstellt worden war. Bereits in den 1960er Jahren kam es auch zur Herausbildung des sog. Euro-Dollar-Marktes, einer Entwicklung, die als Vorläuferin des heute immensen *Offshore* Systems zu werten ist. Viele US Firmen transferierten damals ihre ausländischen Gewinne nicht zurück in die USA, sondern deponierten sie in europäischen, insbesondere britischen Banken. Die Banken arbeiteten mit diesen sog. Eurodollars – und zwar zu Bedingungen, die - weil es sich nicht um die heimische Währung handelte - nicht den heimischen Kredit- und Mindestreserveregelungen unterlagen. Um einer möglichen Einfrierung von Guthaben in den USA vorzubeugen, gingen auch immer mehr ölproduzierende Länder, ging insbesondere die UdSSR dazu über, die in Dollar erhaltenen Erlöse für Öl nicht in den USA, sondern in Europa zu deponieren. Damit entwickelte sich ein internationaler Kapitalmarkt außerhalb der nationalen Regulierungen. Heute spricht man noch immer von Euro-Dollar-Geschäften, doch sind damit alle Geschäfte gemeint, die mit einer Fremdwährung getätigt werden. Historisch bedeutete die Entwicklung des Euro-Dollarmarktes eine Schwächung der Wirkungsweise des Systems von Bretton Woods von den Rändern her. Denn mit Euro-Dollar-Geschäften ließen sich die Kapitalverkehrskontrollen – bei Duldung der jeweils zuständigen Regierungen – zumindest teilweise umgehen.

Es waren allerdings weniger die Euro-Dollar-Märkte als vielmehr die veränderte Handelsbilanz der USA mit der Bundesrepublik einerseits und Japan andererseits, die zum Ende des Systems von Bretton Woods führte. Durch den Aufschwung dieser beiden Wirtschaften kam es zu immer mehr Dollarreserven in den jeweiligen Nationalbanken. Die US Zentralbank sah sich nicht mehr in der Lage, sie auf Verlangen in Gold zu konvertieren. 1971 kündigte die Regierung der USA an, in Zukunft seien Dollar nicht mehr frei in Gold konvertierbar. 1973 kündigte sie das Abkommen von Bretton Woods endgültig auf. Damit endeten die festen Wechselkurse. Folglich konnte jetzt auf Wechselkursänderungen spekuliert werden. Durch diese politische Entscheidung eröffneten sich ganz neue Möglichkeiten der spekulativen Investition auf dem Markt für Währungen. Dagegen bedeutete die Freigabe der Wechselkurse für alle, die Güter entweder exportierten oder importierten, ein erhebliches Risiko. Um das Risiko einer Veränderung der Geldwerte zwischen dem Abschluss eines Vertrages und der tatsächlichen Transaktion abzuschwächen, wurde das Finanzinstrument der Wechselkurssicherungsgeschäfte genutzt. Bald wurden die dafür entwickelten Finanzprodukte aber nicht mehr nur im Zusammenhang von Gütertransaktionen gehandelt, sondern als eine neue Art von Spekulationsobjekten angeboten. Inzwischen übertrifft der Handel mit derartigen Finanzprodukten den Handel mit Währungen zum Zwecke des Warenaustauschs um ein Vielfaches.

Weil Kapitaleigner ein Interesse hatten, die Möglichkeiten der Investition in Finanzmärkte wahrzunehmen, forderten sie die Aufhebung der bislang geltenden Kapitalverkehrsbeschränkungen. Ausgehend von den USA und der Schweiz hat eine Regierung nach der anderen dieser Forderung in den Jahren nach 1974 entsprochen.[3] Die wachsende Bedeutung der Finanzmärkte wurde weiter gefördert, als die ölproduzierenden Staaten, die sich in der OPEC zusammengeschlossen hatten, in den Jahren 1973 und 1974 den Preis für Rohöl um insgesamt ein Vierfaches erhöhten. Das verteuerte die Produktion und den Transport von Gütern. In vielen Konzernen erfolgte eine vermehrte Orientierung auf Investitionen in den Finanzmarkt. Vollbeschäftigung war Vergangenheit. Die ökonomische Dominanz der Finanzmärkte, wichtigstes Unterscheidungsmerkmal dieser dritten Welle der Internationalisierung gegenüber vorhergehenden Wellen, wurde erleichtert, weil sich nahezu gleichzeitig die Kommunikationstechnik entwickelte, die internationale Finanztransaktionen nahezu ohne Zeitverlust ermöglichte.

Der Beginn jener Epoche, für die sich der Terminus „Globalisierung“ eingebürgert hat, ist also ziemlich genau auf die Mitte der 1970er Jahre zu datieren. Angestoßen durch ökonomische Krisen, steht ihre konkrete Entwicklung doch in engem Zusammenhang mit politischen Entscheidungen. Im politischen *mainstream* wurde und wird dieser Zusammenhang allerdings geleugnet und statt dessen behauptet, es handle sich um eine unausweichliche Entwicklung, der sich politische und gesellschaftliche Kräfte nicht entgegen stemmen könnten. Vielmehr sei es jetzt erforderlich, die nationale Wirtschaft international konkurrenzfähig zu machen. Vielen galt und gilt Konkurrenz seither nicht mehr nur als ein Mittel wirtschaftlicher Aktivität, sondern als die unausweichliche Zielsetzung von Gesellschaften. Die Verteidigung des Wirtschaftsstandorts wurde zur nahezu ausschließlichen Leitlinie von Politik. Sonstige politische Programme, wie etwa Brandts „Mehr Demokratie wagen“

oder auch Kennedy's „New Frontier“ galten als Konzepte, die angesichts der Dynamik globaler Konkurrenz wie Träumereien wirkten. *Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde diese kapitalistische Welt, in der das Prinzip der Konkurrenz zum politischen Leitmotiv erhoben worden war, nahezu global.* Die Notwendigkeit zur Verteidigung anderer Ziele, wie die Absicherung und Erweiterung sozialer und liberaler Grundrechte, die durch die Konfrontation zwischen den Blöcken immer wieder erzwungen worden war, entfiel.

Die grundlegende Veränderung der Weltwirtschaft ist durch politische Entscheidungen herbeigeführt worden. Von der Entscheidung für den Krieg in Vietnam und den immer neuen Entscheidungen zugunsten einer Korrumpierung von Führungskräften in Entwicklungsländern, bis zum Verzicht auf die Schaffung eines neuen Weltwährungssystem, das nicht auf dem Dollar als Leitwährung basiert hätte und der anschließenden Aufhebung von Kapitalverkehrsbeschränkungen handelte es sich nicht um Entwicklungen, die ohne Alternative gewesen wären. (Huffschmid, 2002, 124-127) Mit ihren Folgen sind heute allerdings tatsächlich alle Staaten konfrontiert. Solange nicht neue internationale Stabilität geschaffen wird, ist politisch nur der Spielraum umstritten, den es für nationale Politik auch unter den gegenwärtigen Bedingungen gibt.

Eine der zentralen Folgen frei flottierender Wechselkurse ist die Notwendigkeit, die nationale Währung zu stabilisieren.[4] Denn die Liberalisierung der Kapitalmärkte hat alle nationalen Währungen zueinander in Konkurrenz gesetzt. Devisen werden seither nicht mehr nur – und sogar nur noch zu einem kleinen Teil - gekauft, um ausländische Waren bezahlen zu können, sondern weil sie heute selbst Anlageobjekte sind. Das Ausmaß der Stabilisierungspolitik, das die Europäische Zentralbank verfolgt, wird von linken Ökonomen kritisiert; dass die Möglichkeiten der Staatsverschuldung unter den neuen Bedingungen eingeschränkt sind, wird nicht bestritten. Nach wie vor werden von Kritikern der aktuellen Politik Investitionsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen gefordert, aber eine Kreditfinanzierung von Sozialpolitik in dem selben Maße, wie sie beispielsweise in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren praktiziert wurde, ist heute nicht mehr möglich. Diese Verengung des politischen Spielraums ist eine der Einschränkungen staatlicher Souveränität, die auch die Industriegesellschaften trifft. Sie reicht nicht so weit wie die Einschränkungen, die viele Entwicklungsländer in der Form der sog. Konditionalitäten akzeptieren mussten, wenn sie beim IWF um Kredite nachsuchten, ist aber dennoch beträchtlich.

Gleiches gilt für Maßnahmen zur Sicherung des Standorts für Güterproduktion und Dienstleistungen. Seit die Kommunikationstechnologie die Organisation von Produktionsketten und von Dienstleistungen ermöglicht, die in unterschiedlichen Ländern angesiedelt sind, gibt es in vielen Bereichen faktisch einen globalen Arbeitsmarkt. Damit hat der Einsatz souveräner Regulierungskompetenz zur Abschottung des nationalen Arbeitsmarktes erheblich an Wirkung verloren. Heute besteht die wichtigste Wirkung dieser nach wie vor betriebenen Politik darin, dass sie immer wieder von Neuem ein Reservoir an Arbeitskräften schafft, die – weil sie ohne gültige Papiere sind - besonders schlecht bezahlt und besonders hart ausgebeutet werden können. Während internationale Institutionen wie der IWF, das GATT und inzwischen die WTO die Öffnung der nationalen Grenzen für den Güterverkehr und den Kapitalverkehr vorangetrieben haben und neuerdings vereinzelt sogar die bisherigen Ausnahmen angreifen, die sich Regierungen von Industriegesellschaften vorbehalten hatten, ist die rechtliche und militärische Abschottung gegen unkontrollierte Arbeitsmigration die Regel geblieben. Die Möglichkeit einer Verlagerung von Produktion und von Dienstleistungen ins Ausland hat die Konkurrenz um einen Arbeitsplatz, der ein Auskommen sichert, dennoch in erheblichem Maße globalisiert. Es ist diese Entwicklung, die der Politik immer wieder von Neuem Nationalismus zuführt und damit zugleich eine ideologische Aufrüstung nationaler Einheit.

Was bislang angeführt wurde, sind jene Veränderungen der Staatsgewalt in industriell führenden Gesellschaften, für die Joachim Hirsch den Terminus „Wettbewerbsstaaten“ geprägt hat. Es handelt sich zusammengefasst um die verstärkte Orientierung nationaler Politik an internationaler ökonomischer Konkurrenzfähigkeit. Konkret bedeutet dies, dass Regierungen bestrebt sind, Kapital dadurch im Land zu halten, dass Kapitaleignern immer neue Möglichkeiten der Profitproduktion ge-



boten werden und immer neue Möglichkeiten, die erzielten Profite möglichst ungeschmälert zu erhalten. Im Zentrum dieser Politik stehen die Strategie der Deregulierung von Arbeitsbedingungen, vor allem also der Aufweichung von Kündigungsschutz, sowie der Senkung von Steuern und Abgaben, die von Unternehmen zu entrichten sind. Da die Krise überall eine Schwächung von Gewerkschaften bewirkte, wurden in allen Industriegesellschaften Errungenschaften, welche Arbeitskräfte im Laufe von hundert Jahren und vor allem in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpft hatten, zurück geschraubt. Gleichzeitig wurde die Verringerung der von Unternehmen zu entrichtenden Steuern zum allgemein gängigen Mittel der Standortkonkurrenz.

Neben der Internationalisierung von Märkten, auf denen legal mit Gütern, Arbeitskraft und Finanzprodukten gehandelt wird, ist die aktuelle Epoche der Internationalisierung auch durch die verstärkte Entwicklung illegaler Marktbeziehungen geprägt. Der illegale Handel mit Waffen und Diamanten, mit Drogen, Frauen, Kindern und mit Organen, illegale Müllgeschäfte sowie international organisierte Piraterie ist mit Hilfe der Kommunikationstechnologie sehr viel problemloser zu organisieren als in früheren Zeiten und zahlreiche Offshore Finanz-Zentren erleichtern heute die „Wäsche“ illegal erworbenen Geldes. (Masciando, Hg. 2004)Vielfach wird die Globalisierung illegaler Aneignung als Resultat einer Vereinigung von Verbrechersyndikaten unterschiedlicher Nationalität interpretiert, wobei besonders gerne auf das 1993 in Prag durchgeführte „Gipfeltreffen“ zwischen russischen und italienischen Gruppierungen verwiesen wird, aber auch auf Kontakte zwischen chinesischen Triaden und kolumbianischen Kartellen oder nigerianischen Drogendealern. Derartige Verbindungen gibt es, doch ist der Zusammenhang zwischen illegaler Aneignung und Staatsgewalt unzutreffend analysiert, wenn unterstellt wird, Staatsgewalt sehe sich heute generell durch die Aktivitäten international agierender „organisierter Kriminalität“ bedroht.[5] Doch geht die verbreitete Vorstellung, das international organisierte Verbrechen agiere entweder in einem mehr oder minder staatsfreien Raum oder habe die öffentliche Gewalt in manchen Staaten in einem regelrechten Würgegriff, weitgehend an der Realität vorbei. Die „große Narration“ des transnationalen Verbrechens hält der empirischen Analyse vor allem deshalb nur unzureichend Stand, weil illegale Aktivitäten in vielen Staaten heute ein Element der Staatstätigkeit sind. (Bayart, 2004, 98) Für Georgien – und in vorsichtiger Zurückhaltung auch für andere postsozialistische Gesellschaften – entwickelt Barbara Christophe die These, dass die Vorstellung von einer Kolonialisierung der Staatsgewalt durch unabhängige gesellschaftliche Akteure scheitern muss, wenn es sich um Gesellschaften handelt, die „eigentlich nur noch als staatliche Veranstaltungen existieren.“ (2005, 65) Ganz entsprechend betonen Jean-François Bayart, Stephen Ellis und Béatrice Hibou (1997/1999), dass die neuen Möglichkeiten illegaler Aneignung, welche Globalisierung und Privatisierung eröffnet haben, ganz überwiegend durch mehr oder minder stabile Allianzen zwischen politischen und kriminellen Eliten genutzt werden. In einigen Staaten der Sub- Sahara sei diese Zusammenarbeit derart eng, dass von einer Kriminalisierung des Staates gesprochen werden müsse. Nicht die jeweiligen nationalen Gesellschaften, wohl aber der Zugang zu Märkten ist hier in erheblichem Maße „staatlich veranstaltet“, weshalb denn auch die politisch bestimmte Abschöpfung über die Wirkungsweise ökonomischer Konkurrenz dominiert. Auch wenn derartige Erscheinungen nur für ganz spezifische Staaten zutreffen, so ist kriminalisierte Staatsgewalt heute doch nur vordergründig ein lediglich nationales Phänomen, vielmehr handelt es sich um Entwicklungen, die aufs Engste mit Prozessen der Globalisierung verwoben sind. In zahlreichen Ländern, die über global nachgefragte Bodenschätze verfügen, waren und sind große ausländische Konzerne an der Herstellung und Aufrechterhaltung von Strukturen der Korruption beteiligt. Zudem hat erst die Duldung der Entstehung von *Offshore* Finanz-Zentren durch Regierungen von Industriegesellschaften die „Wäsche“ illegal erworbenen Geldes in einem historisch bislang unbekannten Maße erleichtert.

Zur politischen Ökonomie der Globalisierung

Die Entwicklung des Kapitalismus war nie unabhängig von Politik, doch unterscheiden sich seine historischen Phasen durch die jeweilige Dominanz bestimmter Politiken. Für die aktuelle Phase ist der Verzicht auf die Errichtung eines neuen und verbesserten Weltwährungssystems samt der Freigabe des Kapitalverkehrs prägend geworden. Und seit der Rentabilitätskrise in den 1970er Jahren dominieren die - zumeist als neoliberal bezeichneten - Politiken zur Senkung staatlich regulierter Lasten auf Profite und zur staatlich vermittelten Eröffnung neuer Anlagemöglichkeiten. Die Profitproduktion – und damit die Sicherung des nationalen Standorts - soll durch die Senkung von Umsatzsteuern und durch die Aufweichung historisch erkämpfter Arbeiterinnen- und Arbeiterrechte erleichtert werden. Im europäischen Rechtsraum wird dieser Prozess neuerdings durch den Europäischen Gerichtshof vorangetrieben. In zwei Entscheidungen[6] hat der EuGH die Auffassung vertreten, wenn Grundrechte mit den in der Union geltenden wirtschaftlichen Grundfreiheiten (wie etwa der Niederlassungsfreiheit) kol-

lidierten, müsse abgewogen werden, ob im Einzelfall dem Schutz der Grundfreiheiten der Vorzug zu geben sei. In einer Entscheidung vom 8. April 2008 wurde das Recht deutscher Gebietskörperschaften, öffentliche Ausschreibungen an Mindeststandards zu koppeln, mit Hinweis auf die Dienstleistungsfreiheit bestritten.[7] Der Grundrechtsbestand der Mitgliedsstaaten wird somit wirtschaftlichen Zielsetzungen untergeordnet. Sofern der historisch durchgesetzte Bestand an Grundrechten als ein zentrales Element der Staatsgewalt in einigen der Mitgliedsstaaten angesehen wird, beobachten wir hier ein Vordringen neoliberaler Strategien, die den historisch geformten Kern des Rechtssystems und damit der Staatsgewalt betreffen. Die Zielsetzung, neue Möglichkeiten der profitablen Anlage von Kapital zu eröffnen, hat eine *Welle der Privatisierungen* zuvor öffentlicher Dienstleistungen in Gang gesetzt. Privatisiert wurden und werden vielerorts Eisenbahnen, die Versorgung mit Elektrizität und Wasser sowie der Zugang zu Bildung. Zunehmend re-privatisiert werden Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Versorgung im Alter. David Harvey bezeichnet diese Strategien als die „Enteignung" erworbener Ansprüche. (2005, Kap.4)

Während das beschriebene Vordringen neoliberaler Strategien in den verfassungsmäßig abgesicherten Bestand der Grundrechte für Europa gilt, ist das Vordringen dieser Strategien in den Kernbereich des staatlichen Gewaltmonopols ein weltweites Phänomen. Private Angebote von Sicherheit im Sinne von *security* sind ebenso wenig neu wie die Tendenz privater Sicherheitskräfte, sich polizeiliche Kompetenzen anzumaßen. Neu ist allerdings, dass die Angebote privater Sicherheitsfirmen vielerorts an die Stelle staatlicher Bereitstellung von Sicherheit getreten sind. Wenn private Firmen geheuert werden, um die Sicherheit in bestimmten Wohnvierteln sowie in den heimischen und ausländischen Niederlassungen von Unternehmen zu gewährleisten, so besteht immer auch die Gefahr, dass Gewaltmitteln genutzt werden, deren Einsatz Privaten untersagt ist. Was aber, wenn Regierungen das Vordringen des Marktes in das Zentrum des staatlichen Gewaltmonopols vertraglich absichern? Vor allem in den USA, inzwischen aber auch bereits in Europa, sind einzelne Gefängnisse beziehungsweise bestimmte Aufgaben in Gefängnissen privatisiert. Derartige Privatisierung prägt die Art und Weise, in der das Gewaltmonopols des Staates zur Anwendung kommt. Das Ziel der Resozialisierung, in Gefängnissen ohnehin kaum zu erreichen, wird den Erfordernissen einer gewinnbringenden Organisierung des Strafvollzugs geopfert.

Während manche Anbieter von Sicherheit lediglich lokal agieren, handelt es sich bei Unternehmen, die nicht nur *security*, sondern regelrechte Militärdienstleistungen anbieten, um *global players*. Kaum eine andere Branche hat in den 1990er Jahren derartige Zuwächse erzielt. Dieses Wachstum war sowohl angebots- als auch nachfragegetrieben. Das Angebot an qualifiziertem Personal erwuchs aus dem Ende des Kalten Krieges und des Apartheid-Systems in Südafrika. Nachfrage kam und kommt überwiegend, aber keineswegs ausschließlich, aus den USA und aus Entwicklungsländern. (Singer, 2003, I.4.) Manchmal heuern Regierungen Ausbildungs- und Sicherheitsspezialisten an, vielfach beauftragen sie Söldner mit der Sicherung ausländischer Niederlassungen, gelegentlich leasen sie ganze Waffengattungen. Nicht selten bezahlen sie mit dem potentiellen Wohlstand ihres Landes, zum Beispiel mit Schürfrechten. Anders als die Privatisierung von Gefängnissen, trifft die Zulassung eines Marktes für Militärdienstleistungen den Kern der Staatsgewalt.

Hier handelt es sich nämlich nicht mehr nur darum, dass von ökonomisch interessierter Seite Einfluss auf staatliche Entscheidungen ausgeübt wird. Selbst wenn dem Militär eines Staates ausdrücklich die Aufgabe zugewiesen wird, für einen „gesunden Freihandel" (healthy free trade) Sorge zu tragen, wie dies für die Streitkräfte der USA seit dem Ende des Kalten Krieges und seit 1999 auch für die NATO gilt,[8] so verbleibt der Einsatz des staatlichen Gewaltpotentials in der Hoheit des Staates. Formal gilt dies auch, wenn Verträge mit Anbietern von Sicherheitsfirmen und Militärdiensten geschlossen werden, doch wird der tatsächliche Einsatz des Gewaltpotentials dann sowohl durch Erwägungen der Konkurrenz mit anderen Anbietern als auch durch das Bestreben gesteuert, zukünftige Nachfrage zu sichern. (Scahill, 2007, Kap. 10 u. passim) Bewirkt der Markt für Militärdienstleistungen in hochentwickelten Industriegesellschaften, dass die parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen zumindest eingeschränkt, wenn nicht sogar ganz ausgehebelt wird, ermöglicht er Regierungen, die über geringes militärisches Potential verfügen, eine schleunige Aufrüstung. So engagierte etwa die Regierung von Sierra Leone 1995 die damals noch in Südafrika stationierte Firma „Executive Outcomes" und bezahlte die immensen Kosten mit Schürfrechten (Bendrath 1999); 1998 leaste die äthiopische Regierung für den Grenzkonflikt mit Eritrea eine gesamte Luftwaffe einschließlich der Piloten, Mechaniker und des Bodenpersonals. Ähnlich verfuhr die Regierung des Sudan im Jahre 2002. Unbeschadet der im einzelnen unterschiedlichen Wirkung solcher inzwischen zahlreichen Einsätze privater Militärfirmen (Silverstein, 2000, Kap. 4; Singer, 2003, Teil II), in jedem Fall bedeutet ein solcher Einsatz eine Verquickung politischer Entscheidung und politischer Verantwortung mit





den Bedingungen der Produktion von Profit im Sicherheits- und Kriegsgewerbe.

Damit wird aber das ohnehin kritische Verhältnis zwischen Militär und Polizei auf der einen und Staatsgewalt auf der anderen Seite zusätzlich prekär. Tatsächlich lässt sich die Art und Weise der Anwendung des staatlichen Gewaltpotentials auch im Falle der ausschließlichen Nutzung staatlichen Personals nie vollständig vorab bestimmen, sondern lediglich nachträglich kontrollieren. Denn zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben muss diesem Personal eine gewisse Autonomie zugestanden werden. Im Falle des Militärs ist diese Autonomie heute durch internationale Abkommen über die Rechte von Gefangenen und von Nicht- Kombatanten eingeschränkt. Übertretungen werden im Prinzip durch Kriegsgerichte untersucht und abgeurteilt. Angestellte privater Unternehmen unterliegen aber keiner Kriegsgerichtsbarkeit. Und während einerseits darauf hingewiesen wird, dass sie womöglich weniger grausam sind, weil sie nicht aus politischen oder religiösen Motiven töten, gibt es inzwischen mannigfache Beispiele, nicht zuletzt aus dem Einsatz der Angestellten der Firma *Blackwater* im Irak, dass sie ihren Marktwert zu sichern suchen, indem sie ihre Wirksamkeit ohne Rücksicht auf irgendwelche Schutzrechte nachweisen.

Als besonderer Vorzug privater Militärdienstleister erweist sich schließlich die Möglichkeit, sie ohne Zustimmung von Parlamenten und damit ohne Information der Öffentlichkeit einzusetzen. Regierungen der USA haben diesen Vorzug genutzt, indem sie privates Militär für den Krieg gegen Drogen in Südamerika verpflichteten. Weil auf diese Weise nicht das Leben von US-amerikanischen Soldaten riskiert wird, erspart sich die Regierung eine öffentliche Debatte über die Legitimität solcher Einsätze.[9] Die bereits erprobten ebenso wie die möglichen Nutzungen privater Militärdienstleistungen schwächen nicht das staatliche Gewaltmonopol, sie schwächen aber die Möglichkeit nationaler demokratischer sowie internationaler Kontrollen.

Wenn sich eine Regierung (oder auch eine Rebellengruppe, die eine Regierung bekämpft[10]) auf dem globalen Markt Gewaltpotential beschafft, geschieht dies in Form eines Vertrages. Damit ist eine spezifische Entwicklung der jüngsten Phase des Kapitalismus, die *Kontraktualisierung*, bis in den Kernbereich der Staatsgewalt, das staatliche Gewaltmonopol, vorgedrungen. In Anlehnung an eine Formulierung des zeitweise für Afrika zuständigen Vertreters der Firma „Elf" lassen sich derartige Vereinbarungen als „Verträge über Souveränität" bezeichnen.[11] Verträge zwischen Regierungen und privaten Unternehmen bzw. Vereinigungen sind nicht neu. Die Vergabe von Privilegien an Handelsgesellschaften, die Kolonialmächte gegen Zahlungen verliehen, waren ein zentrales Element früher Handelspolitik. Anders als früher können heute in vielen Fällen jedoch die privaten Vertragspartner die Bedingungen diktieren.[12]

Bei Verträgen handelt es sich prinzipiell um Regulierungen, die zeitweise Stabilität und damit Kalkulierbarkeit herstellen sollen. Das gilt auch für Verträge, die zwischen souveränen Staaten geschlossen werden. Obwohl diese Staaten im internationalen Recht als Gleiche gelten, können es sich manche Staaten eher leisten, bestimmten Verträgen nicht beizutreten bzw. bestimmte Konventionen nicht zu ratifizieren. Ein besonders eklatanter Fall der Ausnutzung einer solchen Machtposition liegt in der Weigerung der USA vor, den Vertrag von Rom zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes zu ratifizieren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen – dazu zählen insbesondere das Streitschlichtungsverfahren der WTO und die Hafenstaatskontrolle – sind Verletzungen von Verträgen zwischen Staaten faktisch aber kaum exekutierbar. Deshalb hängt das Ausmaß der Veränderungen, die mittels *global governance* erreichbar sind, davon ab, ob ökonomisch, politisch und militärisch mächtige Staaten bereit sind, sich den Vertragsbestimmungen zu fügen. Trotz dieser Begrenzungen hat sich in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg eine erhebliche Internationalisierung von Staatsgewalt vollzogen. Andererseits ist auch eine neue Art der *Emanzipation von Staatsgewalt* zu konstatieren. Denn privatrechtliche Verträge zwischen Vertragspartnern unterschiedlicher Staatsangehörigkeit werden heute zunehmend unabhängig von staatlicher Sanktionsgewalt geschlossen. Das erklärt sich aus dem Fehlen einer internationalen Instanz zur Entscheidung privater Rechtsstreitigkeiten. Im Konfliktfall müssen sich Kontrahenten deshalb an ein nationales

Gericht wenden. Weil das – insbesondere für den ausländischen Vertragspartner - umständlich und oft sehr langwierig ist, nutzen Vertragspartner im internationalen Handel heute überwiegend Schlichter. Diese Praxis hat sich in den letzten Jahrzehnten weltweit verbreitet. Sie hat auch eine markante Veränderung erfahren.

Als sich – gefördert durch die Internationale Handelskammer in Paris - das Schlichtungswesen zunächst verbreitete, einigten sich Vertragspartner häufig darauf, im Falle eines Konfliktes prominente französische oder Schweizer Rechtsprofessoren als Schlichter zu bestellen. Diese Schlichter bedienten sich zur Kennzeichnung ihrer Praxis der alten Bezeichnung lex mercatoria. In der frühen Neuzeit waren damit die Verfahrensregeln bezeichnet worden, die sich unter Fernhandelskaufleuten herausbildeten. Jetzt schlichteten Professoren Rechtskonflikte zwischen privaten Vertragspartnern, aber auch zwischen Regierungen und Unternehmen nach der Maßgabe dessen, was sie persönlich für aktuell geltende Rechtsbräuche im Weltmarkt erachteten. Die Legitimation der Verfahren basierte ausschließlich auf der Reputation der Schlichter. Mit der raschen Entwicklung der Schlichtungspraxis drängten U.S.-amerikanische Kanzleien auf den wachsenden Markt. Seither wird zunehmend darauf verzichtet, sich im Falle einer gescheiterten Schlichtung an ein nationales Gericht zu wenden. In der aktuellen Praxis werden für den Konfliktfall zwar nach wie vor Schlichtungsverfahren vorgesehen, im Zentrum steht jetzt aber die Praxis der Aushandlung komplizierter vertraglicher Regelwerke. Diese Praxis hat sich aus den vielen Schlichtungsverfahren der siebziger und achtziger Jahre entwickelt. Die daran Beteiligten entwickelten im Laufe der Zeit Formulierungen, die potentielle Konflikte möglichst schon vorab verhindern oder doch regeln sollen. Die Wirkungskraft dieser Verträge basiert nicht nur auf keinem Gesetzbuch, sondern auch auf keiner Doktrin. Sie wird ausschließlich durch praktische Nützlichkeit legitimiert. (Dezalay & Garth, passim) Solche Verträge bleiben in der Regel gültig, so lange es ein gegenseitiges Interesse an ihrer Fortsetzung gibt.[13] Diese Prozesse der Kontraktualisierung sind Ausdruck der ungleichen territorialen Reichweite kapitalistischer Verwertungsprozesse und staatlicher Sanktionsgewalt.

Im Unterschied zu dieser Herauslösung der Funktionsweise des globalen Kapitalismus aus nationalen Regulierungen des Marktes handelt es sich beim *Offshore* Komplex um staatlich verfügte *Ausnahmen von der Allgemeinheit der Gesetze* in einem nationalen Rechtsraum. In den letzten Jahrzehnten sind immer mehr Staaten dazu übergegangen, aus ökonomischen Erwägungen gesonderte Rechtsräume - gewissermaßen Inseln im Territorium des nationalen Rechts - zu schaffen. *Offshore* Strukturen für Finanzdienstleistungen gibt es auch mitten in westlichen Industriegesellschaften, vor allem in der Londoner City. Das macht bereits deutlich, was Vertreter des Internationalen Rechts für alle *Offshore* Strukturen betonen: Obwohl sie vielfach auf Inseln oder in besonders abgeteilten, manchmal sogar eingezäunten Gebieten angesiedelt sind, handelt es sich nicht um Territorien, sondern um Rechtsräume. (Hampton 1996) *Regierungen souveräner Staaten beschließen Ausnahmen vom nationalen Recht, von denen Nicht-Staatsbürger profitieren können. Diese besonderen Bedingungen bieten sie auf dem Weltmarkt an. Anders gesagt, sie vermarkten die Tatsache, dass Souveränität nicht nur genutzt werden kann, um nationale Rechtsgleichheit durchzusetzen, sondern auch, um auf solche Durchsetzung zu verzichten.* (Gerstenberger /Welke 2005) Im wesentlichen haben wir es mit drei Formen von Offshore Strukturen zu tun:

- mit freien Wirtschaftszonen, international in der Regel als *Export Processing Zones* bezeichnet,

- mit dem Angebot von Schiffsregistern, die es ermöglichen, Schiffe unter sehr günstigen Bedingungen unter der Flagge des betreffenden Staates fahren zu lassen und Seeleute legal überall auf der Welt zu besonders niedrigen Heuern einstellen zu lassen und schließlich

- *Offshore* Finanzzentren

Alle diese Formen gibt es in sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Leben manche *Offshore* Finanzzentren überwiegend von Finanzdienstleistungen, so andere vor allem von der Möglichkeit, illegal erworbenes Geld zu waschen; lassen manche Flaggenstaaten inzwischen die Einhaltung internationaler Vorschriften auf den Schiffen ihrer Flotten kontrollieren, so werben andere mehr oder minder offen mit dem Verzicht auf solche Kontrollen. Und Regierungen, die *Export Processing Zones* einrichten, akzeptieren zumeist nach wie vor, dass die dort investierenden Firmen keine Vereinigungsfreiheit einräumen und auch andere Arbeitsrechte verletzen.

Trotz inzwischen durchgesetzter Kontrollen und Verbesserungen haben wir im Rechtsraum Offshore nach wie vor einen Bereich vor uns, in dem Kapitalismus pur herrscht. Staatsgewalt ist hier lediglich eine rechtliche Fiktion. (Picciotto 1999) Formal konstituiert wird er durch die Vermarktung nationaler Souveränität, zusätzlich aber auch durch die Duldung, ja sogar Förderung durch

Regierungen entwickelter Industriegesellschaften. Viele der *Offshore* Finanzzentren sind *on shore* geplant worden, und der Entwicklung einer weltweiten Steuervermeidungsindustrie wurde ebenso wenig Einhalt geboten wie der Praxis der Ausflaggung. In der Phase des weltwirtschaftlichen Umbruchs waren Regierungen ganz überwiegend bestrebt, Kapital am Standort zu halten. Die Praxis der Umgehung heimischer Steuer- und Sozialgesetze und heimischer Löhne wurde akzeptiert, weil diese als Behinderung der Durchsetzung auf dem Weltmarkt angesehen, Auseinandersetzungen mit den zuvor erstarkten Gewerkschaften und anderen sozialen Kräften aber noch nicht gewagt wurden. Inzwischen hat sich nicht nur für die Schifffahrt gezeigt, dass sich die Standards, die *Offshore* geboten werden, schnell als internationaler Maßstab durchsetzen. Insgesamt hat der *Offshore* Komplex erheblich zur Dynamik der Deregulierungskonkurrenz zwischen den Nationalstaaten beigetragen. Das wurde möglich, weil Souveränität nicht nur Basis für Regulierungen ist, sondern eben auch das Recht der Nichtregulierung umfasst. Auf diese Weise wurde nationale Souveränität aber gewissermaßen zu einer Handelsware.

Schlussfolgerungen?

In allen kapitalistischen Staaten ist das staatliche Monopol legitimer Gewaltsamkeit rechtlich durchgesetzt, folglich auch die Berechtigung zur zwangsweisen Sanktionierung rechtlicher Regulierung. Im Kern solcher Regulierung steht in kapitalistischen Gesellschaften der Schutz des Privateigentums. Da in diesen Gesellschaften die Arbeitskraft eine Ware ist, fällt das Eigentum an dieser Ware formal ebenso unter den staatlichen Schutz des Privateigentums wie Eigentum an Kapital und Boden. Insofern konstituiert Staat Gleichheit. Diese Gleichheit steht aber im Widerspruch zur fundamentalen Ungleichheit in den Produktionsverhältnissen. In eben diesem Widerspruch besteht die zuerst von Hegel und dann von Marx konstatierte Trennung von Staat und Gesellschaft. Marxistische Rechts- und Staatstheoretiker sowie Theoretikerinnen haben immer wieder dargelegt, dass es eben dieser Widerspruch ist, der den Staat zu einem Element kapitalistischer sozialer Beziehungen macht, weil er auf diese Weise als neutraler Repräsentant der Allgemeinheit in Erscheinung treten und die bestehenden Verhältnisse folglich stabilisieren kann. (vgl. z.B. Hirsch 2005; Buckel 2007)

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte fordert die theoretischen Konzepte der kapitalistischen Rechts- und Staatsform in doppelter Weise heraus. Zum einen haben politische Entscheidungen bewirkt, dass die Bereiche, in denen gewissermaßen „Kapitalismus pur" herrscht, erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Folglich gilt es, die zumeist stillschweigend getroffene Annahme, dass Kapitalismus nicht ohne kapitalistische Staatsgewalt funktionieren kann, präzisier zu fassen. Zum anderen wird zunehmend deutlich, dass im globalisierten Kapitalismus nicht mehr nur wie in einer früheren Phase der Entwicklung kapitalistische und nicht-kapitalistische Gesellschaften miteinander verwoben sind, sondern sehr unterschiedliche kapitalistische Gesellschaften. Sie alle verfügen über nationale Souveränität, vielfach auch über die institutionellen Formen, die zuerst in bürgerlichen Gesellschaften entstanden sind, dennoch gibt es heute zahlreiche kapitalistische Gesellschaften, in denen der Staatsapparat vor allem als Institution zur privaten Bereicherung fungiert, in denen folglich politische Konkurrenz und nicht ökonomische Konkurrenz über die Chancen der Aneignung entscheidet. Wer sich angesichts derartiger Erscheinungen nicht auf das Argument zurück ziehen will, dass es sich um den Ausdruck eines noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozesses handelt, muss noch einmal neu über die Form kapitalistischer Staatsgewalt nachdenken. Das haben wir noch vor uns.

E-Mail: gerstenb@uni-bremen.de

Anmerkungen:

* Schriftliche Fassung eines am 8. Mai 2008 in Wien im „Depot" gehaltenen Vortrages.

1 Im südchinesischen Meer liegen die winzigen Archipele Paracelsus und Spratleys. Mehrere Staaten erheben Ansprüche, vorläufig sind die Archipele jedoch gewissermaßen staatenlos. (Chemillier-Gendreau, 1996) Auch ein kleines, zwischen Kuweit, Irak und Saudi Arabien gelegenes Gebiet gehört zu keinem Staat, sondern wird als „neutrale Zone" bezeichnet. Trotz aller neuerdings vermehrt erhobener Besitzansprüche gelten vorläufig auch noch die Arktis und die Antarktis als gemeinsames Eigentum der Menschheit.

2 Eine erste Abweichung von dieser machtpolitischen Konstitution souveräner Nationalstaaten erfolgte 1919, als die Siegermächte des Ersten Weltkrieges jenen politischen Gebilden, die aus der Zerschlagung des Österreichisch-Ungarischen Reiches hervorgingen, staatliche Souveränität zugestanden.

3 Österreich erst 2001

4 Bis vor kurzem konnten sich die USA diesem Erfordernis weitgehend entziehen.

5 Heiner Busch hat dargelegt, dass sich der Terminus „organisierte Kriminalität" in Europa im Zusammenhang einer bestimmten, in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts entwickelten Polizeistrategie durchgesetzt hat. Überwiegend auf den Drogenhandel konzentriert, dominiert in den europäischen kriminalpolitischen Debatten nicht mehr die Vorstellung vom klassischen Berufsverbrecher, sondern der Straftäter als homo oeconomicus. Es solle nicht mehr um die kleinen Fische, sondern um die großen Geschäftemacher gehen (1999, 30 und passim) Es solle

auch nicht mehr in erster Linie um die Aufklärung einzelner Straftaten, sondern um die Aushebung international organisierter Banden gehen. (ibid, 32)

6 Es handelt sich um die Entscheidungen Viking vom 11.12. 2007 und die Entscheidung Laval vom 18.12. 2007.

7 Konkret ging es im Fall Rüffert um die Bedingung, dass auch ausländische Bewerber zusagen sollten, tarifrechtlich ausgehandelte Mindestlöhne zu bezahlen.

8 Im April 1999 wurde die NATO, zuvor eine Organisation zur Verteidigung des territorialen Bestandes der Mitgliedsstaaten, in ein militärisches Bündnis umgeformt, das überall auf der Welt gegen die potentielle Gefährdung ökonomischer, politischer und ökologischer Interessen der Mitgliedsstaaten eingesetzt werden soll.

9 Ein weiterer Vorzug – vorläufig scheint er noch nicht genutzt zu werden – besteht in der Möglichkeit, Abkommen über den Verzicht auf den Einsatz bestimmter Waffen durch Verträge mit privaten Unternehmen zu unterlaufen.

10 Die großen Anbieter von Militärdienstleistungen betonen regelmäßig, dass sie nur Verträge mit legitimierten Regierungen schließen. In konkreten Konflikten war und ist aber häufig privates Militär auf beiden Seiten im Einsatz.

11 Die Formulierung fiel im Zusammenhang eines Korruptionsprozesses, in welchem der konzernintern als „Monsieur Africain" bezeichnete Angestellte aussage. (Le Monde, 25.10.1999)

12 Mit dem in den 1990er Jahren von der OECD (Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit) vorbereiteten Multinationalen Abkommen über Investitionen war geplant, international agierende Unternehmen und Regierungen auch rechtlich auf die gleiche Stufe zu stellen. Dieses Abkommen - abgekürzt MAI - sollte Regierungen nicht nur dazu zwingen, ausländische Investoren genau so zu behandeln wie einheimische, sondern Investoren auch berechtigen, Staaten vor Schiedsgerichten zu verklagen, wenn sie die Bedingungen für Investitionen änderten. Souveräne Staatsgewalt wäre ganz allgemein zum Vertragspartner für privates Kapital herabgestuft worden und Staaten hätten Schadensersatz zahlen müssen, wenn sich aufgrund demokratischer Entscheidungen die Bedingungen für die Profitproduktion, zum Beispiel im Bereich des Umweltrechts, geändert hätten. Das MAI wurde durch eine internationale Kampagne verhindert, seine Zielsetzungen wurden aber nicht aufgegeben. Inzwischen sind sie in einigen bilateralen Abkommen, –so etwa im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen – verwirklicht.

13 Wird ein Schiedsspruch nicht akzeptiert, können nach wie vor nationale Gerichte angerufen werden. Manche Fachleute betonen deshalb, dass die internationale Schiedsgerichtsbarkeit weiterhin nationaler Justizhoheit integriert bleibt. Formal trifft dies zu, faktisch ist es weitgehend ohne Bedeutung.

Bibliographie:

Azzellini, Dario & Kanzleiter, Hg., (2003) Das Unternehmen Krieg, (Assoziation A) Berlin & Hamburg & Göttingen

Bayart, Jean-François & Ellis, Stephen & Hibou, Béatrice, (1999, franz. 1997) The Criminalization of the State in Africa, (James Curry & Indiana Univ. Press) Oxford & Bloomington, Ind.

Bayart, Jean-François, (2004) Le Crime Transnational et la Formation de l'État; in: Politique Africaine, Nr. 93, 93-104

Bendrath, Ralf, (1999) Waffen gegen Minen; Junge World 05/1999 (http//:www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world_99/05/20b.htm)

Buckel, Sonja (2007) Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, (Velbrück Wissenschaft) Weilerswist

Busch, Heiner, (1999) Polizeiliche Drogenbekämpfung – eine internationale Verstrickung, (Westf. Dampfboot) Münster

Chemillier- Gendreau, Monique (1996), La Souveraineté sur les archipels Paracels et Spratleys, (L'Harmattan) Paris

Christophe, Barbara, (2005) Metamorphosen des Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft. Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht, (transcript) Bielefeld

Dezalay, Yves & Garth, Dryant G., (1996) Dealing in Virtue. International Commercial Arbitration and the Construction of an International Legal Order, (Univ. of Chicago Press) Chicago & London

Gerstenberger, Heide & Welke, Ulrich (2005) Wie nationale Souveränität zu Markte getragen wird; in: Prokla, 35. Jg., Nr. 2, S. 225-246

Giraud, Pierre-Noël, (1996) L'inégalité du monde. Économie du monde contemporain, (Éd.Gallimard) Paris

Hampton, Mark (1996) Creating Spaces. The Political Economy of Island Offshore Finance Centres: The Case of Jersey; in: Geographische Zeitschrift, Bd. 84, S. 103-113

Harvey, David, (2005, Engl. 2003) Der neue Imperialismus, (VSA) Hamburg

Hirsch, Joachim, (1998) Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, (ID Verlag) Berlin

Hirsch, Joachim, (2005) Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, (VSA) Hamburg

Huffschmid, Jörg (2002, 2. Aufl.) Politische Ökonomie der Finanzmärkte, (VSA) Hamburg

Masciando, Donato, Hg., (2004) Global Financial Crime. Terrorism, Monealaundering and Offshore Centres, (Ashgate) Aldershot, Hants, England

Mbembe, Achille (2001) On the Postcolony, (Univ. of Calif. Press) Berkeley usw.

Picciotto, Sol (1999) The State as Legal Fiction; in: M.P.Hampton & J.P. Abbot, Hg., Offshore Finance Centres and Tax Havens, (Macmillan) Houndsmill, Basingstoke, S. 43-79

Picciotto, Sol, (2007) Internationale Transformationen des Staates; in: Prokla, 37.Jg. Nr. 147, S. 251-272

Scahill, Jeremy (2007) Blackwater. The Rise of the World's most Powerful Private Mercenary Army, (Serpent's Tail) London

Silverstein, Ken, (2000) Private Warriors, (Verso) New York & London

Singer, P.W. (2003) Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry, (Cornell Univ. Press), Ithaka & London

Teschke, Benno (2007, Engl. 2003) Mythos 1648. Geopolitik und die Entstehung des modernen Staatensystems, (Westf. Dampfboot) Münster



Dieter A. Behr & Lisa Bolyos

„Was wir brauchen, ist eine Landwirtschaft mit hoher Diversität und geringem Karbonat-Input".

Ein Gespräch mit Patrick Mulvany[1] über Hungerrevolten, Ernährungssouveränität und die Rolle der Wissenschaft[2]

Angesichts der weltweiten Lebensmittelkrise und der zahlreichen Hungerrevolten in Ländern des Südens ist es durchaus legitim zu sagen, dass wir uns in einer dramatischen, und gleichsam in einer historisch wichtigen und einzigartigen Situation befinden. Warum ist das so und was passiert eigentlich gerade global rund um das Thema Nahrung?

Wir können beobachten, dass sich unglaubliche Krisen im Bereich Lebensmittel, Energieversorgung und Klima zusammengebraut haben, alles nahezu zur selben Zeit. Nie zuvor hat es so etwas gegeben. Klar, 1974 gab es eine große Energiekrise, die Preise sind nach dem Jom Kippur Krieg enorm gestiegen. Dazu kamen Ernteausfälle in der Ukraine und in den USA. All das verursachte damals große Probleme – die Bedrohung durch den Klimawandel war damals allerdings unbekannt und die Leute waren sich dieser Gefahr nicht bewusst. Wenn sich also nun all diese Krisen zusammenbrauen, könnte man sagen, dass niemand den Tsunami bemerkt, der sich dahinter verbirgt: Ich spreche von den Technologien, die als Lösung präsentiert werden und nun mit Gewalt zur Anwendung kommen sollen.

Es gibt wenig Zweifel darüber, dass die Krise im Juli 2007 begann, als große Banken aufhörten, einander Kredite zu vergeben. Diese Finanzkrise, ausgelöst durch die Immobilienkrise in den USA, breitete sich im gesamten globalen Finanzsystem aus und zwang große Summen an Geld in spekulative Geschäfte mit anderen Waren – meist Grunderzeugnisse oder Rohstoffe. Es gab also u.a. einen enormen Anstieg an Termingeschäften mit Lebensmitteln. Wenn ich mich richtig erinnere, überstieg zu einem gewissen Zeitpunkt der Krise die Menge an Lebensmitteln, die gehandelt wurde, die Menge an weltweit tatsächlich existierenden Lebensmitteln um das 30-fache! Das war also pure Spekulation und so wurde der Preis in die Höhe getrieben. Ein Ergebnis dieser Entwicklung war, dass eine Menge existierender Lebensmittel gehortet und somit zurückgehalten wurde – sogar Reis, eine Ware, die international nicht in demselben Maßstab

gehandelt wird wie beispielsweise Mais, wurde in großen Mengen dem Markt vorenthalten. Eine Hortung dieser Waren für einige Wochen konnte den Preis bereits verdoppelt. Das wiederum führte zu einer Verknappung der Lebensmittel bei vielen lokalen Märkten und Anbietern. Ein interessantes Ergebnis dieser Knappheit an Reis war, dass gewisse Regierungen dazu übergingen, nationale Reserven anzulegen. Ich erinnere mich an ein Interview, das der Landwirtschaftsminister der Philippinen gab: Er sagte, dass es notwendig wäre, im eigenen Land und am internationalen Markt Reis einzukaufen, um die philippinischen Reserven aufzufüllen. Natürlich trieben diese Maßnahmen die Nachfrage und somit den Preis auch gewaltig in die Höhe. Wir sehen also, es gab eine Menge von Maßnahmen und Entwicklungen – teils spekulativ und teils opportunistisch, wie das Horten von Lebensmitteln – aber auch das Auffüllen von Reserven einzelner Länder, die zu dieser Situation führten.

Gleichzeitig ist diese Situation nicht vergleichbar mit einem unvorhersehbaren Erdrutsch: Viele von uns haben seit Jahren gesagt, dass das Schwinden der Getreidereserven als Konsequenz der Politik der WTO zu einem Desaster führen würde. Und das hat sich auch bewahrheitet. Nun haben die Regierungen und die internationalen Institutionen keinerlei Handhabe, um die Bedrohung durch Spekulation abzuwenden.

Hat nicht auch der enorme Boom von Agro-Treibstoffen wesentlich zu den Preissteigerungen beigetragen? Sogar ein Bericht der Weltbank, aus dem letztens im „Guardian“ zitiert wurde, besagt, dass die Nachfragesteigerung in diesem Sektor mehr als bisher angenommen die Lebensmittelkrise verursacht hat.

Selbstverständlich. Der Weltbank- Report gibt an, dass 100 Millionen Menschen direkt von den Preissteigerungen betroffen sind, die durch die Nachfrage an Agro- Treibstoffen verursacht wurden. Erst vor 9 Monaten hat Jean Ziegler, der ehemalige Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Ernährung, genau auf diese Gefahr hingewiesen. Es ist aber wichtig, zu betonen, dass es das Ensemble dieser Ereignisse war, das die Wucht der Krise bedingt: Die Krise kann nicht durch Agro-Fuels per se erklärt werden, genauso wenig wie sie allein durch die Ernteausfälle in Australien, den Hurrican in Burma oder den Anstieg des Fleischkonsums in Indien und China erklärt werden kann. All diese Dinge sind natürlich zutreffend. Ich persönlich bin der Auffassung, dass der Hauptauslöser die Spekulationsgeschäfte waren.

In einer ganzen Reihe von Ländern im globalen Süden ist es aufgrund der Lebensmittelkrise zu Hungerrevolten gekommen. Wie schätzen sie diese Revolten ein? Gibt es eine Chance, dass sich dabei emanzipatorische Entwicklungen abzeichnen?

Meiner Information nach gab es in ca. 30 Ländern Aufstände, Revolten oder Kämpfe, die unmittelbar damit zu tun hatten, dass die Leute hungrig sind. Diese Unruhen können auch eskalieren und Regierungen gefährden oder zu Fall bringen, wie das Beispiel Haiti zeigt. Es ist kein Geheimnis, dass dieses Thema beim G8- Gipfel in Hokaido ganz oben auf der Agenda stand. Ich denke, diese acht Staaten sind extrem besorgt über die Möglichkeit, dass sich diese Aufstände ausbreiten und somit das gesamte politische System gefährden könnten. Oder, was gleichbedeutend wäre: dass sie das Projekt der ökonomischen Globalisierung ins Wanken bringen. Diese global Players suchen also nun nach Strategien, um die Ausweitung dieser Revolten zu verhindern. Ich bin überzeugt, dass das Geld, das für diesen Zweck von den G8- Staaten und der Weltbank zur Verfügung gestellt wird, dazu dienen soll, den Ruf nach einer grundlegenden Änderung des politischen und ökonomischen Systems zu unterdrücken. Es ist eine Maßnahme, um die Macht dort zu halten, wo sie ist.

Dennoch, ich denke dass die Leute mit den Revolten zum Teil ihre Eigenmacht demonstrieren konnten – auch wenn diese Ereignisse nicht organisiert waren. Leider gibt es einstweilen keine Allianzen zwischen Bäuerinnen und Bauern und KonsumentInnen – die Motivation für die Aufstände war klarer Weise Verzweiflung und Not. Die Krise hat allerdings dazu geführt, dass die Leute in einer Art über Landwirtschaft reden, wie das früher nicht der Fall war.

Viele von uns wiederholen schon seit Jahrzehnten, dass die Probleme in das System eingebaut sind. Nun sollten wir die Gelegenheit nutzen und über Ernährung und Landwirtschaft im Kontext von Klimawandel und den hohen Energiekosten reden, um so die Öffentlichkeit wachzurütteln. Es ist an der Zeit, dass die Regierungen zugeben, dass sie schuld sind an der aktuellen Krise. Wir leben in einer Welt, die vom Agro- Business dominiert wird, in der fortlaufend Lebensmittel zu Waren gemacht werden und in der natürliche Ressourcen systematisch schneller verbraucht werden, als sie sich regenerieren können. Ernährungssouveränität sowie der Zugang zu Produktionsmitteln für lokale Bevölkerungen wurden im Interesse der multinationalen Unternehmen gezielt unterminiert. All das ist kein Unfall, es ist keine Naturkatastrophe und es handelt sich nicht um einen Meteoroiden, der den Planeten von außen trifft – nein, all das ist von Menschen gemacht. Es wurde ein Regelwerk ge-

schaffen, das es den Multis erlaubt, immer mehr zu wachsen – also können wir auch ein Regelwerk schaffen, um das zu stoppen. Dafür müssen wir – und darin besteht die große Herausforderung – gemeinsam darüber nachdenken, wie aus dieser Krise nun langfristige Lösungen gefunden werden können.

Oft wird behauptet, dass die KritikerInnen der industrialisierten Landwirtschaft das Rad der Zeit zurückdrehen wollen und dass sie neue wissenschaftliche Erkenntnisse pauschal ablehnen. Welche Rolle messen Sie Technik und Wissenschaft bei der Kritik des Agrobusiness und für die Entwicklung von Alternativen bei?

Um von vorne anzufangen: Es ist zunächst sehr wichtig, zu verstehen, was Wissenschaft überhaupt ist, und weiters, was als Technik und Fachwissen definiert wird. Wir dürfen den Begriff Wissenschaft nicht gänzlich vereinnahmen lassen von der High-Tech- Wissenschaft, die Mobiltelefone oder Chipkarten herstellt. Wissenschaft ist die Anwendung von fachlichem Wissen und kann somit von jedem Menschen zum Einsatz gebracht werden. Das Wissen der indigenen bäuerlichen Bevölkerungen beispielsweise ist in seinem Kontext äußerst hoch entwickelt.

Wissenschaft und Technologie subsumiert also auch das Wissen und die Fähigkeit, Nahrung zu produzieren und zu verstehen, wie komplexe ökologische Systeme funktionieren. Es kann sich also um das Anbauen von Früchten handeln, um Viehzucht, um Wasserversorgung, den Bau von Häusern usw. Es gibt also alle möglichen Arten von Technologien, die nachhaltig sind und eine nachhaltige Versorgung von communities gewährleisten. Das Wissen, das also von einer indigenen Bäuerin stammt, die Kartoffeln anbaut und Samen selektiert, ist also genauso stichhaltig wie das Wissen von jemandem, der in einem Labor arbeitet und irgendwelche neuen Chemikalien erfindet.

Um mich klar auszudrücken: Die Herausforderung besteht darin, die Produktivität pro Flächeneinheit auf nachhaltige Weise zu erhöhen. Denn verfügbares Ackerland ist in Relation zur Gesamtfläche der Erde sehr begrenzt; und es schwindet weiter: durch Erosion, Versalzung, Versiegelung und Verstädterung. Angesichts steigender Bevölkerungszahlen müssen wir also tatsächlich versuchen, die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen.

Zweifelsohne sind massive Produktivitätssteigerungen durch den Einsatz von Agro-Cemie erreicht worden – nun, in der Situation der Lebensmittelkrise versuchen all die Konzerne, die aus dieser misslichen Lage Profit schlagen wollen, zu propagieren, dass „more of the same" getan werden soll – sprich mehr Chemie, mehr Düngemittel, mehr Pestizide, mehr Herbizide, Insektizide usw. Dieses Konzept propagiert eine Landwirtschaft, die immer weniger divers ist, immer weniger Sorten nutzt und immer abhängiger von Carbonat- Input ist. Dazu werden immer mehr Samen gentechnologisch verändert, damit sie unter solchen Umständen überhaupt wachsen. Nun: das wird in den meisten Fällen auf die kurze Sicht tatsächlich die Produktivität pro Flächeneinheit erhöhen – der Preis dafür ist allerdings hoch. Außerdem: Auf lange Sicht wird die Produktivität nicht so hoch sein wie bei der Anwendung von diversifizierten, nachhaltigen Agrarsystemen.

Die politische Alternative ist also, genau in die andere Richtung zu gehen. Sprich: Eine diversifizierte Landwirtschaft mit geringerem Carbonat-Input und kleineren Flächeneinheiten. Die wissenschaftliche Herausforderung wird nun darin bestehen, Wege zu finden, wie wir von einer Landwirtschaft mit hohem Input und geringer Diversität zu einer Landwirtschaft mit geringem Input und hoher Diversität kommen ohne einen dramatischen Rückgang in der Produktivität zu riskieren. Dazu braucht es nicht nur Wissen über Biologie und Produktionssysteme, sondern auch Wissen über soziale und politische Dynamiken.

Was die Wissenschaft anbelangt, ist es völlig falsch zu sagen, dass diejenigen, die zum Thema Ernährungssouveränität und produktiveren Agrarsystemen arbeiten, NachzüglerInnen sind, dass wir gegen wissenschaftlichen Fortschritt sind und so weiter. Das ist absoluter Unsinn. Natürlich sind wir der Meinung, dass die Wissenschaft, die wir brauchen, eine ganz andere ist und dass die Kontrolle dieser Wissenschaft anders sein muss. Es gibt ja einige sehr interessante Debatten in Bezug auf die Demokratisierung von Wissenschaft, die Funktion von Entscheidungsprozessen, die Frage, was investiert wird, wer mitbestimmt, wer davon profitiert und so weiter. Eine Frage, die sehr wichtig geworden ist, ist die, in welchem Ausmaß Lehrende, ForscherInnen und Universitäten effektiv davor geschützt werden können, dass Universitäten Gelder von der Privatwirtschaft annehmen müssen. Welche Möglichkeiten gibt es, sich dagegen zu wehren und diese Gelder abzulehnen oder, wenn sie denn gezahlt werden, sie wenigstens selbst kontrollieren zu können. Es handelt sich also um eine Menge komplexer Angelegenheiten; die Art von Wissenschaft, die für die Gesellschaft sinnvoll ist, ist bei weitem nicht die gleiche, die der Privatwirtschaft dient. Und die, die uns rückschrittlich nennen, sind mei-

stens VertreterInnen der Privatwirtschaft. Es ist wirklich erbärmlich mitanzusehen, wie sich dieses Denken innerhalb der NGO-Landschaft ausweitet, und generell bei allen, die von diesen Finanzierungen abhängig sind. Was wir brauchen, sind fundierte Wissenschaften, in dem Sinn, dass diese Wissenschaften ein Verständnis von biologischen, biochemischen, physikalischen, ökologischen, sozialen und politischen Systemen haben.

Was hat es mit dem Konzept der Ernährungssouveränität auf sich und in welchem Stadium befindet sich die Debatte?

Zuallererst würde ich behaupten, dass Ernährungssouveränität kein Konzept mehr ist. Im Englischen zumindest bedeutet Konzept etwas Vages, wie etwa eine Idee, nach dem Motto: „Es könnte sein, es könnte aber auch nicht sein.“ Das Thema ist jetzt seit 15 Jahren aktuell und hat sich von einem rein konzeptuellen Stadium zu etwas sehr Realistischem gemaustert, etwas mit vielen Gedanken dahinter und mit politischer Bedeutung. Ernährungssouveränität wird heute von sehr vielen sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt, und sogar von einigen Regierungen (Bolivien, Mali und Nepal zum Beispiel). Also ist Ernährungssouveränität wirklich über einen konzeptuellen Zustand hinaus; sie ist zu einer Art Rahmen für politische Prozesse geworden. Wir können uns nun die Entwicklung ansehen, von dem Zeitpunkt, als Ernährungssouveränität in den 90er Jahren erstmals benannt, dann am Welternährungskongress 2001 von Via Campesina in der „Havanna Declaration“ zum erstem Mal festgeschrieben, und später 2002 in Rom und 2007 in Nyeleni, dem Forum für Ernährungssouveränität, weiterentwickelt wurde. Das Thema hat im Laufe der Zeit viele AkteurInnen sozialer Bewegungen ergriffen – so wurde ein Verständnis über Inhalt und Wichtigkeit, wie auch ein konzeptionelles Verständnis von Ernährungssouveränität entwickelt.

2002 gab es einen sehr wichtigen Moment, als das leitende Komitee des Forums für Ernährungssouveränität 155 gestellte Anträge bearbeiten musste. Eine Teilnehmerin sagte, wir können diese 155 Anträge auf vier herunterbrechen: 1. Das Recht auf Nahrung, 2. Handel und lokale Märkte, 3. Zugang zu Ressourcen und 4. Agroökologische Produktion. Und diese vier Prinzipien sind wirklich eine gute Beschreibung dafür, worum es bei Ernährungssouveräinität geht.

Um im Klartext zu reden: Es geht bei Ernährungssouveränität nicht um Nationalstaaten. Es geht darum, dass Menschen, Gemeinden und Länder ihre eigenen Ernährungssysteme bestimmen können. Es geht um lokale Ernährungspolitiken. Und um eine wachsende Demokratisierung in lokalen Ernährungssystemen. Das kann auf allen möglichen Ebenen definiert werden: im Haushalt, in der Gemeinde, in der Region, im Land. In der Erklärung von Nyeleni ist es sehr genau aufgeschrieben: Ernährungssouveränität ist das Recht auf kulturell angemessene Nahrung, die mit ökologisch verantwortlichen und nachhaltigen Methoden hergestellt wird, sowie das Recht, das eigene Ernährungs- und Landwirtschaftssystem zu bestimmen. Die Reflexionen im Nyeleni-Forum drehten sich auch um Themen wie Konfliktlösung bei Konflikten über diesen Ressourcenzugang (zwischen ProduzentInnen, zum Beispiel HirtInnen und BäuerInnen usw.). Außerdem wurde das Thema Migration behandelt. Das war ein sehr interessantes Subthema im Forum von Nyeleni, und das kommt auch im Schlussreport vor.

Wie sieht es mit den Versuchen aus, Ernährungssouveränität auf verschiedenen Ebenen – lokal und politisch- konstitutionell – umzusetzen?

Die Wahrheit ist, dass das alles sehr aufgesplittert ist: Sogar in den Ländern, in denen Ernährungssouveränität in der Verfassung steht oder als Gesetz vorgeschlagen ist, was zum Beispiel in Nepal, Mali und Bolivien der Fall ist, sogar in diesen Ländern wird das Konzept nur teilweise umgesetzt. Die bolivianische Regierung ist von einer ganzen Reihe von despotisch regierten Ländern umgeben. Nun gibt es in der Provinz von Santa Cruz die Bestrebung, unabhängig zu werden, da sie nichts mit der nationalen Politik zu tun haben wollen: Die wollen genmanipuliertes Soja anbauen, weil es für eine kurze Zeit sehr schnelle Erträge bringt. Also gibt es große Konflikte in Bolivien.

Ernährungssouveränität ist also kein Konzept mehr, es ist definitiv ein Rahmen, ein politischer



Vorschlag. Das Recht auf Nahrung ist in der Menschenrechtsdeklaration von 1945 festgelegt und doch sind wir erst in den letzten Jahren so weit damit gekommen: wir sind bei einem Set an freiwilligen Richtlinien. Diese sind nicht einmal soweit verbindlich, dass ein Staat das Recht auf Nahrung innerhalb seines eigenen Territoriums und seiner außerterritorialen Verpflichtungen umsetzten muss. Wir sehen also die Entwicklung von sechzig Jahren und müssen feststellen, dass es sich um sehr langsame Prozesse handelt.

Wirklich interessant ist, dass die Gier der Privatwirtschaft, die von Regierungen unterstützt wird, aufgedeckt wurde. Denn eine Menge Leute haben genügend Verständnis darüber gewonnen, was die Alternativen sein müssten: gutes Essen ohne Pestizide und GMO. Den Leuten ist das bewusst, es ist in den Medien und die Menschen beginnen sich irgendwo im Hinterkopf Sorgen zu machen. Es ist sehr aussagekräftig, dass innerhalb der Europäischen Union das Essen mit den wenigsten Rückständen die Babynahrung ist. Es wird ständig geprüft: keine Pestizide, keine Spuren – die Standards sind unglaublich hoch. Denn die Leute sagen, wir werden sicher nicht unsere Babies vergiften. Also wurde die Gier, mit der diese schnellen „Lösungen" für die Krise präsentiert wurden, zum Teil enthüllt.

Und dennoch – es wird große Investitionen von einer agrarindustriellen Allianz für eine grüne Revolution in Afrika geben: mehr Chemie, mehr Dünger, mehr Pestizide, neues Saatgut. Sie müssen das allerdings in dem Wissen tun, dass es falsch ist, dass es keine langfristige Lösung ist. Sie müssen das in dem Wissen tun, dass sie in Wirklichkeit nur neue Marktzugänge schaffen wollen, dass sie das Projekt der ökonomischen Globalisierung bis an die letzten Grenzen bringen wollen, und die sind in Afrika - dem einzigen Ort der Welt, in den noch expandiert werden kann. Sie machen das ungeniert, und sie wissen, dass es falsch ist, und dass es andere Möglichkeiten gäbe.

Es ist höchst interessant, dass die internationale Studie über landwirtschaftliches Wissen, Wissenschaft und Technologien für Entwicklung, die im April von der UNO und der Weltbank veröffentlicht wurde, zu genau denselben Ergebnissen kommt! Die Studie besagt, dass wir mehr agro-ökologische Wissenschaft und Technologie und kleinere landwirtschaftliche Produktionseinheiten brauchen, sie hebt die zentrale Rolle der Frauen und die Notwendigkeit der politischen Veränderung in den großen Institutionen hervor. Alles Dinge, über die wir seit langer Zeit geredet haben. Und diese Ergebnisse sind, wenn's um UN und Weltbank geht, ziemlich revolutionär. Nichts Neues für uns, nichts Neues für irgendeine soziale Bewegung, wir sagen das ja schon seit Jahren. Aber jetzt wurden diese Zusammenhänge von 400 WissenschafterInnen evaluiert, und die sind zum gleichen Ergebnis gekommen!

Bezeichnend war, dass die Ergebnisse der Studie beim Ernährungsgipfel, der zwei Monate nach deren Veröffentlichung stattfand und an dem 57 Regierungen teilnahmen, nur von einer einzigen Regierung erwähnt wurde, und das nur ganz kurz. Denn die Ergebnisse sind nicht angenehm. Sie sprechen nicht für die technologischen Spielzeuge, die die Privatwirtschaft sich hat patentieren lassen. Sie sprechen viel mehr für eine ganzheitliche und gemeinsame Position von Wissenschaft und Technologie. Eine, die Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften zusammenführt. Eine, die sich auch Technologien anschaut, die nicht mehr patentierbar sind: ökologische Landwirtschaft, Saatgutdiversität. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse nicht angenehm – sie unterstützen nicht das Projekt der ökonomischen Globalisierung. Und aus dem gleichen Grund wurden sie nicht von den Regierungen publiziert, die sich für die Konferenz angemeldet hatten. Ein ziemlich interessantes Dokument, wert es zu lesen – 22 Hauptergebnisse und insgesamt 2000 Seiten. Es beinhaltet auch Biotechnologie und andere moderne Wissenschaften. Diese Dinge sind darin aber alles in allem sehr vorsichtig formuliert. Es wird gesagt: ja, es gibt ein paar Möglichkeiten darin, die mensch sich auch mal ansehen kann, aber wenn wir die Geschichte der gentechnologischen Manipulation bis heute betrachten, hat sie nichts dazu beigetragen, den Hunger zu vermindern. Und das Potential, dass es das in nächster Zukunft tun wird, ist nicht außerordentlich groß. Gut, vielleicht irgendwann in der Zukunft. Aber in der Zwischenzeit kennen wir ja die Dinge, die funktionieren, und das sind gute ökologische landwirtschaftliche Praktiken.

Danke für das Gespräch!

Anmerkungen:

1 Patrick Mulvany arbeitet bei der UK food group und beschäftigt sich v.a. mit Biodiversitätspolitik im landwirtschaftlichen Bereich, genetischen Ressourcen und Ernährungssouveränität. Er ist außerdem im Beirat der „Intermediate Technology Development Group" (http://www.itdg.org/).

2 Das Interview fand während der Sommeruniversität der ungarischen NGO „Védegylet" („Protect the Future") statt. Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Lisa Bolyos und Dieter A. Behr

Jens Kastner

Aspekte der Guerilla-Form

Bildende Kunst und soziale Bewegungen um 1968

Die Geschichte von 1968 und der bildenden Kunst ist weder die Geschichte eines Jahres noch die eines vollkommen autonom funktionierenden gesellschaftlichen Sektors. Denn selten zuvor oder danach kam es zu dermaßen großen Überschneidungen zwischen dem künstlerischen und dem politischen Feld wie in jenen Jahren, für die 1968 als Chiffre fungiert. Der bildenden Kunst wird zunehmend eine „potenzielle moralisch-politische Bedeutung" (Godfrey 2005: 130) abverlangt, bestimmte Zweige der konzeptuellen Kunst entstehen gar in Form von „Didactics of Liberation" (Camnitzer 2007). Kurz: Obwohl Pierre Bourdieu sie als Invarianten des jeweiligen Feldes beschreibt, kamen die Überlappungen zwischen künstlerischem und politischem Feld in den „1968er Jahren" vergleichsweise häufig vor. Die Verwirklichung des strukturell unrealistischen Traums „von einer Versöhnung von politischer Avantgarde und Avantgardismus in Sachen Kunst und Lebenskunst durch eine Art gleichzeitig sozialer, sexueller und künstlerischer Globalrevolution" (Bourdieu 2001: 398f.) war selten so greifbar wie damals. Teil dieser künstlerisch-poilitisch-alltagsweltlichen Annäherungen war das, was ich im Folgenden als die Guerilla-Form zu skizzieren versuchen möchte.

„…the great wake-up call" (Lucy Lippard)

Als der Ministerpräsident des Kongo, Moise Tschombé, im Dezember 1964 auf Staatsbesuch in Deutschland war, kam es in mehreren Städten zu Protestkundgebungen. Tschombé galt als einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung seines Vorgängers Patrice Lumumba (1961), der als erster antikolonialer Präsident das Land nach der Unabhängigkeit regiert hatte. Die Proteste wurden u. a. von jenen situationistischen KünstlerInnen und AktivistInnen koordiniert, die als lose Gruppe „Subversive Aktion" ebenfalls 1964 in München und Berlin in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) eingetreten waren, um dort eine aktivistischere Politik durchzusetzen. Rudi Dutschke bezeichnete die Aktionen zum Tschombé-Besuch später als „Beginn unserer Kulturrevolution" (Dutschke 1968). Das war der Eintritt der Peripherie ins Zentrum: Nicht die Situation an der Hochschule oder die Nazi-Vergangenheit der Eltern wurden zum Ausgangspunkt der Protestbewegungen in Westdeutschland erklärt, sondern die Solidarität mit dem antikolonialen Befreiungskampf, für den Lumumba zum Symbol geworden war. Mit den antikolonialen Kämpfen wurde zu-

gleich der Stellenwert von Autorität und Repression relativiert, gegen die die antiautoritäre Revolte sich formierte. Zwar waren das Nachwirken der Kolonialgeschichte, die Unterstützung der westlichen Regierungen für korrupte und unterdrückerische Regime in aller Welt und allen voran der Krieg der USA gegen Vietnam die wesentlichen Ereignisse, die die vielen Bewegungen der 1960er Jahre in ihren antiautoritären und antirepressiven Anliegen verbanden. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte neben diesen negativen Klammern aber auch das positive, utopische Befreiungsmotiv.

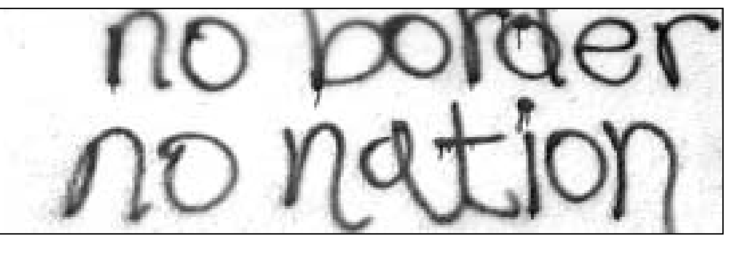
Inspiriert durch die Schriften des Sprechers der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN), Frantz Fanon, setzte sich innerhalb der schwarzen US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung ab 1966 im Student Nonviolent Coordinating Comittee (SNCC) mit Stokeley Carmichael die separatistische Fraktion durch, die für den „Aufbau eines afrikanischen kulturellen Bewusstseins" (Carson 2004: 367) kämpfte. Die Bürgerrechtsbewegung wiederum war auch für die bildende Kunst der 1960er Jahre, wie Lucy Lippard (2007: 410) betont, „the great wake-up call". Was sich aus dem Kunstfeld heraus entwickelte und die 1960er Jahre prägte – die Kritik an der Figur des Künstler-Genies und die Kritik an den Institutionen des Kunstfeldes –, fand also zusätzliche Motivationen in den sozialen Bewegungen und wurde über das Kunstfeld hinaus getrieben. Den als repressiv und entfremdet diagnostizierten Institutionen sollte nicht nur innerhalb des Kunstfeldes, sondern gesamtgesellschaftlich etwas entgegen gesetzt werden.

Um die künstlerischen Impulse zu verstehen, denen es auch darum ging, soziale Effekte zu zeitigen, erscheint es hilfreich, den Fokus über feldimmanente, generationenspezifische und innergesellschaftlich-nationalstaatliche Erklärungsmodelle hinaus auszuweiten. Diese Ausweitung ist umso mehr für soziale Bewegungen in Anschlag zu bringen, als diese nach wie vor häufig innerhalb der drei Paradigmen (oder einem davon oder zweien in Kombination) wahrgenommen und untersucht werden. Für die Bewegungen um 1968 drängt sich diese Erweiterung der Perspektive überdies dadurch auf, dass ein erneuerter Internationalismus – in Abgrenzung zum arbeiterbewegten und parteiendominierten der Zweiten und Dritten Internationale – oft Anspruch der Bewegungen selbst war. (Ein Anspruch, über dessen ge- oder misslungene Einlösungen auch nur diskutiert werden kann, wenn er ernst genommen wird).[1] Dieser Internationalismus war einer der „zentralen Bestandteile" (Hierlmeier 2002: 23) der 68er-Bewegungen. Um all dies in den Blick zu nehmen, sei also an die Langzeiteffekte zweier Ereignisse erinnert, die die genannten positiven Identifizierungsmodelle der Befreiung überhaupt erst möglich gemacht haben: Die kubanische Revolution (1959) und die Revolution in Algerien (1956-1962).

„Der Sieg ist möglich" (Che Guevara)

In einer Rede im Juli 1960 widmet sich Ernesto Che Guevara den Erfolgen und Aufgaben der kubanischen Revolution. Die zwei wesentlichen Ergebnisse der Revolution im Hinblick auf andere revolutionäre Bewegungen sind demnach folgende: Erstens, „der Sieg ist möglich" (Guevara 2003: 43f.). Die Massen, und das ist der zweite Effekt, wüssten nicht nur, dass der Sieg möglich sei, sondern sie würden bereits ihre Zukunft kennen. Diese könne nur in der sozialen Gerechtigkeit liegen. Auch wenn die Einschätzung, die konkrete Situation des prärevolutionären Kubas ließe sich auf ganz Lateinamerika (und weiter noch) verallgemeinern, sich als Fehleinschätzung mit katastrophalen Auswirkungen herausstellte, gehörte es doch zum festen Bestandteil des 68er-Glaubensuniversums, dass eine erfolgreiche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich wäre.

Zwar unterschieden sich die Lebensverhältnisse von Mittelschichtsstudierenden in den westlichen und östlichen Industrienationen von denen lateinamerikanischer oder afrikanischer Bäuerinnen und Bauern fundamental, was im Übrigen auch für das Wissen und Bewusstsein der „Massen" galt. Dennoch entwickelte die von Frantz Fanon (1981: 44) für die Kolonisierten formulierte Vorstellung, „die Rolle des Freiwilds aufzugeben, um die des Jägers zu übernehmen", im übertragenden Sinne also selber tätig zu werden und sich nicht mehr von einer kaum mehr legitimierten Klasse regieren zu lassen, enorme Ausstrahlungskraft und ein Aktivierungspotenzial, das nicht zu unterschätzen ist. Die beiden zunächst erfolgreichen Guerilla-Kriege in Ländern der Peripherie schufen eine posi-



tive Folie, einen Imaginationsraum, der für die Überlappungen von sozialen Protestbewegungen und künstlerischen Produktionen entscheidend werden sollte: Die Guerilla-Form.

Mit der Frage nach der Form fragt Marx danach, wie, also auf welche Art und Weise arbeitende Menschen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Produktionsmitteln in Beziehung treten. Diese Verhältnisse zwischen ArbeiterIn und Produktionsmitteln unterscheiden sich nach Marx je nach den ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur. (Vgl. Marx 1973: 765) Zwar zielt Marx mit dem Begriff der Formbestimmtheit auf die Produktionsverhältnisse insgesamt, um die es hier gar nicht gehen soll. Um das Verhältnis arbeitender Menschen zu ihren Produktionsmitteln geht es aber sehr wohl. Die soziale Form bezeichnet die „sich hinter dem Rücken der Subjekte herstellende und von ihnen nicht unmittelbar durchschaubare Verobjektivierung sozialer Beziehungen. Mittels dieser Formen vollzieht sich die Reproduktion der Gesellschaft zwar durch das Handeln der individuellen Akteure, aber nicht planmäßig und bewußt“ (Hirsch 2001: 104).

„…Organisator schlechthinniger Irregularität“ (Rudi Dutschke/Hans-Jürgen Krahl)

Im November 1967 publizierte Germano Celant in der Zeitschrift Flash Art den Text „Arte Povera. Notes for a guerrilla war“, in dem er die von ihm beschrieben Kunst in einen eindeutig politischen Kontext stellt. „Arm“ an der Arte Povera sind hier nicht mehr nur die verwendeten Materialien (Erde, Lehm, Wachs, etc.) oder die reduzierte Formsprache. Celant versteht „arm“ als normativen Gegensatz zur reichen Welt des westlichen Kapitalismus. Das durch Massenmedien und Technologie entfremdete Dasein gelte es aufzuheben, die KünstlerInnen sollten die Rolle der Ausgebeuteten verlassen und zu Nomaden werden. Denn die Beweglichkeit biete Vorteile im Kampf. Laut Bettina Ruhrberg (1997: 21) forderte Celant aber nicht die gezielte politische Aktion, sondern verstand die Guerillataktik eher „als Unterminieren eines Systems, als subversives Gegenverhalten.“ [2]

Die Guerilla-Form ist nicht als konkrete Wirkung peripherer auf zentrale Bewegungen zu denken. Gemeint sind damit also gerade nicht die in den 1970er Jahren entstandenen Stadtguerillagruppen, die die Fokus-Theorie Che Guevaras in den Metropolen umsetzen wollten. Guevara hatte 1967 dazu aufgerufen, „zwei, drei, viele Vietnam“, also verschiedene Brennpunkte im Kampf gegen den Imperialismus zu schaffen. (Vgl. Guevara 1967) Die Guerilla-Form stellt vielmehr deskriptiv einen allgemeinen Kontext von Praktiken und Organisierungen sowie normativ eine Möglichkeit dar, diese Praktiken und Organisierungen zu fassen: Und zwar in Abgrenzung von holistischen Gemeinschaftskonzepten einerseits und konkreten Entwürfen von Kollektivität andererseits. Die Guerilla-Form ist also weniger als das allgemeine „Wir“, das die differenten Bewegungen als Gemeinsames für sich beanspruchten. Und sie ist mehr als die konkreten Kollektive, die sich in den späten 1960er Jahren als Reaktion auf die als entfremdet ausgemachte Individualisierung auch innerhalb der Kunstfelder gründeten. Sie ist eine besonders in den 1960er Jahren relevante Vermittlung von individueller und kollektiver Praxis, die sowohl in sozialen Bewegungen als auch im Kunstfeld ihre Effekte zeitigte und so als wesentliche Verbindung zwischen beiden diente.

Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl hatten in ihrem „Organisationsreferat“ für den 22. Delegiertenkongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) betont, die von Che Guevara ausgerufene „Propaganda der Schüsse“ in der „Dritten Welt“ müsste in den Metropolen durch eine „Propaganda der Tat“ vervollständigt werden.[3] Anstelle von (meist anarchistisch motivierten) Attentaten auf Staatsoberhäupter, in deren Kontext der Begriff um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert aufgekommen war, forderten Dutschke und Krahl eine Organisierung alternativen Handelns: „Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.“ (Dutschke/Krahl 1992: 257)

Dutschkes und Krahls Idee der Stadtguerilla gründet zweifellos auf der Fokus-Theorie Che Guevaras, und der Aufruf zu einer Guerilla für Sabotage und Verweigerung bleibt gegenüber der Anwendung von physischer Gewalt immerhin offen. Wie Celant ging es aber auch Dutschke und Krahl um eine bestimmte Haltung und ein daraus resultierendes, alltägliches Verhalten. Beides war keineswegs als direkter Übergang in den bewaffneten Kampf konzipiert, sondern kann – und sollte – gerade auch als Alternative zu ihm gelesen werden.[4] Als in den Alltag diffundierte Militanz im Sinne einer kämpferischen Bereitschaft, gegen Unrecht anzugehen, ohne auf den historisch richtigen Moment dafür zu warten und ohne die quantitative Unterlegenheit als qualitative wahrzunehmen. „Guerilla-Mentalität“ würde flexible Gruppenbildungen ebenso enthalten wie permanentes Training, überraschende Strategiewechsel und unerwartete Attacken. Wobei auch variiert, wie metaphorisch und wie materiell diese Bestimmungen aufgefasst werden.

„...become involved in the actual policy-making" (Guerrilla Art Action Group)

In ihrem „Manifesto for the Guerrilla Art Action Group" wandte sich die darin angesprochene Gruppe 1969 mit drei Forderungen an das New Yorker Museum for Modern Art. Erstens sollte das Museum einen Teil seiner Kunstwerke (im Gegenwert von einer Millionen Dollar) verkaufen und das Geld an bedürftige Gemeinden verteilen. Zweitens sollte die Machtstruktur des Museums dezentralisiert und damit kommunalisiert werden. Und drittens forderte die Guerilla Art Action Group (GAAG) die Schließung des Museums für die Dauer des Vietnam-Krieges mit dem Argument, in Zeiten des Massenmordes gebe es keine Legitimation für den Kunstgenuss (vgl. GAAG 2007: 175f.). Diese dritte Forderung ist neben jenen nach Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen und der Dezentralisierung/Kommunalisierung von Macht einerseits eine typische Ausdrucksweise der Guerilla-Form, andererseits aber auch ihre problematischste. Denn in der Konsequenz läuft sie auf das Ende aller Kunstpraktiken hinaus, denn gemordet und gelitten wird, auch im großen Stil, immer.

Dass die Überlappungen zwischen politischem Aktivismus und künstlerischer Produktion aber auch im Rahmen der Guerilla-Form nicht unbedingt mit dem Ende der Kunst einhergehen muss, kann die folgende Typologie erläutern. So lassen sich grob vier verschiedene Arten unterscheiden, in denen sich die Guerilla-Form äußert. Alle vier stellen bereits unterschiedliche Überlappungen zwischen Kunstfeld und Alltagsleben dar, die zugleich als politische Interventionen gelesen werden können.

Eine erste Kategorie wäre die, die dem Ende der Kunstproduktion noch am nächsten kommt und die hier mit „Kunst im Dienste der Revolution" bezeichnet sein soll. Gemeint ist damit nicht nur die ideelle Übereinstimmung künstlerischer Produktion mit bestimmten sozialrevolutionären Zielen (wie sie der „Surrealismus im Dienste der Revolution" verkörperte), sondern deren tatsächliche und materielle Indienstnahme für den politischen Kampf. Solche Propaganda kann durchaus hohen ästhetischen Kriterien genügen, wie beispielsweise die posthume Anerkennung der Grafiken des Black Panther Party-Grafikers Emory Douglas im Kunstfeld belegen. Douglas hatte in den späten 1960er Jahren verschiedene Plakate für die militanten Schwarzen entworfen und die Zeitschrift der Organisation layoutet. (Vgl. Sack 2007) Eine Ausgabe dieses Blattes mit dem Aufmacher „Guerilla War in the U.S.A." war u. a. in der Ausstellung „Forms of Resistance" 2007/2008 im Van Abbemuseum Eindhoven zu sehen. Ein anderes gutes Beispiel für diese propagandistische Kunst, die zugleich unter bildpolitischen und designgeschichtlichen Geschichtspunkte interessant ist, sind die Plakate des „Atelier Populaire", die im Pariser Mai 1968 von großer Bedeutung waren und verschiedene systematische Zusammenhänge versuchten deutlich zu machen, ohne dabei, als Reflex auf die situationistische Kritik der kapitalistischen Bildproduktion, auf Fotografien oder andere spektakuläre Abbildungen zu setzen.

Eine zweite Art und Weise, in der die Guerilla-Form zum Ausdruck kommt, ist in jener künstlerischen Produktion im engeren Sinne zu sehen, in der Beziehungen und Bezugnahmen auf die zeitgleich existierenden sozialen Bewegungen implizit oder explizit deutlich werden. Das sind z. B. Werke wie „Two, three, many… Terrorism" (1972) von Allan Sekula oder „Bringing the War Home" (1967-1972) von Martha Rosler, die sich bereits im Titel explizit auf die Fokus-Theorie beziehen (vgl. Kastner 2006). In Sekulas Serie von Performance-Fotos robbt ein mit vietnamesischem Strohhut bekleideter und Plastik-Maschinengewehr ausgerüsteter junger Mann durch die Vororte von Los Angeles. Eine ähnliche Idee, den „Krieg nach Hause" zu bringen, vertritt Martha Rosler in der genannten Serie, die Bilder aus Inneneinrichtungsmagazinen mit solchen aus dem Vietnam-Krieg collagiert. Produktionsprinzip und Aussage sind hier ähnlich wie beim Flugblatt der Berliner *Kommune 1*, die nach einem Kaufhausbrand in Brüssel 1967 auf einem Flugblatt jenes „knisternde Vietnamgefühl (dabei zu sein und mitzubrennen)" beschwor und als Werbegag der US-Regierung ausgab. Den BetrachterInnen bzw. LeserInnen sollte der Abstand zwischen dem konsumistischen Alltag in den westlichen Industrieländern und dem in Vietnam geführten Krieg vorgeführt und damit verkleinert werden.[5] Aber auch Arbeiten wie „Che fare?" (1968) von Mario Merz, in der die beiden Worte als Leuchtröhren in einer Wanne mit Lehm liegen, oder „Heuschrecken" (1969/70) von Wolf Vostell, die zwei sich liebende Frauen mit dem Einmarsch sowjetischer Panzer in Prag 1968 kombiniert und zusätzlich eine Kamera auf den/die BetrachterIn richtet, der sie sich selbst auf 20 Bildschirmen ins Bild einbezogen sieht, zählen zu dieser zweiten Kategorie. Sie handeln zwar zuallererst von Problemen bestimmter Medien und/oder Materialien, entwickeln sie weiter und nehmen nur implizit auf Bewegungen Bezug. Aber ihre an die BetrachterInnen gewandten Fragestellungen sind durch den eröffneten Kontext auch als Fragen nach der politischen Positionierung zu lesen.[6]

Drittens sind künstlerische Praktiken im weiteren Sinne zu nennen, also kollektive Aktionen wie Happenings und Performances und kollektive

Organisierungen in KünstlerInnen-Gruppen oder zu einzelnen Ausstellungen. Hierzu zählen beispielsweise das Guerilla Art Collective Project, das 1970 in San Diego unter dem Titel *Ship to…* mit Fleisch gefüllte Plastiksäcke auf den Universitätscampus legte und damit gegen den Vietnam-Krieg ebenso protestierte wie neue Formen der Intervention in den öffentlichen Raum vorbereitete. Oder die Guerilla Art Action Group (GAAG), die im New Yorker Museum of Modern Art 1970 vor Picassos *Guernica* eine Andacht für die in Vietnam ermordeten Kinder hielt. Auch die kollektiven Organisierungen innerhalb oder am Rande des entstehenden second wave-Feminimus´ wie Women Artists in Revolution oder Women´s International Terrorist Conspiracy from Hell (WITCH) (vgl. Jones/Butler 2007: 134) sind für die explizit politisch auftretenden Gruppen ebenso gute Beispiele wie die „Internationale Bewegung des Signalismus" in Belgrad, die zwar keinen Politikaktivismus im eigentlichen Sinne betrieben hat, aber – „entschlossen, Verbindung zur Welt aufzunehmen" (Cosic 2007: 30) – für den eher kollektivistischen und internationalem Esprit steht.

Die vierte Ausdrucksweise der Guerilla-Form findet sich dann in noch weiter gefassten kulturellen Praktiken, die nicht mehr direkt an das Kunstfeld gebunden sind, aber durchaus dort ihre Motivationen herholen. Der Filmemacher Andreas Veiel beispielsweise erzählt von dem Einfluss, den der Film „Die Schlacht um Algier" (1966) von Gillo Pontecorvo, in dem es um den guerillaförmigen Widerstand gegen das französische Kolonialregime geht, auf den Style von Andreas Baader (wohlgemerkt vor seiner Terroristenkarriere) hatte. (Vgl. Runge/Veiel 2007: 7) Auch wenn solche Adaptionen popkultureller Zeichen die Kategorie selbst ins uferlose auszudehnen drohen, kommt doch in manchen von ihnen sicherlich das zum Ausdruck, was Dutschke und Krahl im Anschluss an Herbert Marcuse die „Guerilla-Mentalität" genannt haben. Es geht weniger darum, den Fehler mancher Cultural Studies-Fans zu wiederholen und das Hören bestimmter Platten oder Tragen bestimmter Kleidung gleich für Widerstand zu halten. Eher umgekehrt äußert sich die Guerilla-Form u. a. in den Effekten, die solche Produkte bzw. Praxisformen zeitigen können. (Oder noch anders gesagt: Welcher linksradikale Werdegang ist denkbar, ohne eine Reihe von Auslösern, zu denen – neben der scharfen Analyse, ist klar – auch gehört, zu einem bestimmten, in diesem Falle richtigen Zeitpunkt die richtige Zeitschrift in die Hand bekommen, den richtigen Film gesehen oder mit den richtigen Leuten gefeiert zu haben?)

form follows…

Um jene vielfältigen kollektiven Aktionen und individuellen politischen Akte, die die Überlappungen zwischen dem künstlerischen Feld und den sozialen Bewegungen der späten 1960er in vielen Ländern prägten zu verstehen, kann die Guerilla-Form möglicherweise eine Erklärungshilfe sein. Als eine Art kulturelles Muster, das einerseits deutliche Zeichen verlangt und andererseits bereits auf kollektiven Strukturen beruht, ist sie zumindest ein Versuch, den Widerspruch zwischen tätiger Entscheidung (für die kollektive Organisierung oder politische Aktionen) und der nicht durchschauten „Verobjektivierung sozialer Beziehungen" (Hirsch 2001: 104) jener Jahre produktiv zu umgehen – oder gar aufzulösen. Sie kann zudem als Folie fungieren, auf der die nationalstaatlichen Narrative, die die „68er Jahre" nach wie vor beherrschen, durch den Fokus auf transnationale Effekte überwunden werden kann. Und sie trägt möglicherweise dazu bei, die rein feldimmanenten Erklärungen für sozialen Protest und/oder die BetrachterInnen zur Positionierung zwingende, Institutionen kritisierende und geniales Schöpfertum ablehnende künstlerische Formen durch die Aufmerksamkeit für deren gegenseitiges Durchkreuzen zu erweitern.

E-Mail: petzos@yahoo.de

Anmerkungen:

1 Zur globalhistorischen Sichtweise auf „1968" vgl. Ebbinghaus 2008 und Kastner/Mayer 2008.

2 Ruhrberg (1997: 17) macht darauf aufmerksam, dass im Falle von Arte Povera sich nicht eine Gruppe von KünstlerInnen zusammengeschlossen und einen Namen gegeben habe, sondern es ein Kunstkritiker war, der diese – dann notwendiger Weise nicht ganz eindeutig bestimmbare – Zusammenfassungsleistung vollbracht hatte. Germano Celant versammelte unter diesem Begriff 1967 einige Künstler für eine Ausstellung in Genua.

3 Es ist beileibe nicht die einzige Differenz, die Götz Aly in seinem viel besprochenen Abrechungspamphlet einebnet, wenn er zwischen Schüssen und Taten nicht mehr unterscheidet und schreibt, in einem „Sendschreiben an die engere Gemeinde" habe Dutschke „den dunklen Ton des Hasspredigers" angeschlagen: „Dort raunte er von der `Propaganda der Schüsse´ und legte den herben Ernst-Jünger-Sound auf: `Der Kampf allein bringt die Herstellung des revolutionären Willens.´" (Aly 2008: 95).

4 Der Bewegungschronist Wolfgang Kraushaar (2005: 46ff.) zieht aus dem Aufruf zu „schlechthinniger Irregularität" eine Schlussfolgerung, die nicht nur all die KunsthistorikerInnen überraschen sollte, die sich allgemein um eine kunstfeldimmanente Beschreibung bemühen. Kraushaar (2005: 50) schreibt: „Wer also die Wurzeln des bewaffneten Kampfes weiter zurückverfolgen will, der kommt nicht umhin, einer Spur nachzugehen, die aus dem Traditionsstrom der europäischen Post-Avantgarde, genauer dem Situationismus, hervorgegangen ist." Die SituationistInnen, in verschiedensten Sammelausstellungen der letzten Jahre meist ihres Marxismus ebenso entkleidet wie ihrer Effekte auf soziale

Bewegungen, bekommen hier also als Vorbereitung nicht etwa dessen vorgehalten, wofür man sie im Kunstfeld pries (Kunst im öffentlichen Raum, radikale Geographie, ephemerer Urbanismus, etc.), sondern des bewaffneten Kampfes. Guy Debord ein Prototerrorist, wer hätte das gedacht.

5 Der Kunstgeschichtsschreibung entgehen gerade diese Zusammenhänge von „Kunst" und „Bewegung" häufig. „Witzig war das nicht und besonders anspruchsvoll auch nicht" meint beispielsweise Jörg Heiser, einer der Chefredakteure der Kunstzeitschrift frieze, über Roslers Arbeit, ohne den für sie wesentlichen Zusammenhang mit sozialen Bewegungen zu berüksichtigen. Diesen Konnex belegt aber nicht nur der Inhalt, sondern auch der Publikationskontext: Erste Bilder der Serie waren um 1970 als Beiträge zu einer Zeitschrift namens Goodbuy to all that neben einem Artikel des „Angela Davis Comitee in Defense of Women Prisoners" erschienen. „Aber", so Heiser weiter, „Bringing the war home" habe „mustergültig John Haertfields Technik der Untergrabung von Autorität durch `enttarnende Bildmontage´ (…) in die politischen Auseinandersetzungen der sechziger Jahre" (Heiser 2007, 64) übertragen.

6 Mag sein, dass Dieter Schwarz (2007) Recht hat und Mario Merz sich trotz des offensichtlich geliehenen Titels mit „Che fare?" nicht auf Lenins bekanntes Buch (1902) bezieht, sondern bloß auf die von Schwarz angebotene seichte Allgemeinformel, „dass der Moment der Entscheidung prekär und die Zukunft offenbleibt". Gerade dann ist es ein gutes Beispiel, weil die Guerilla-Form eben nicht ein Verhältnis von Ursache und Wirkung behauptet, sondern einen Effekt anzeigt. Denn auch wenn Merz sie nicht mit gemeint hat, also unabhängig von der Intention des Künstlers, liegt die Assoziation zu Lenins Untertitel, den „brennende(n) Fragen unserer Bewegung" im Jahr 1968 nicht gerade fern. Dass in „Che fare?" auch Materialien kontrastiert, die Neonleuchte, in der die Worte geformt sind, und der Lehm, auf dem sie liegen, und damit Metaphern geschaffen werden für Tradition und Moderne, Natur und Technik, Land und Stadt, etc., ist ja deshalb nicht ausgeschlossen.

Literatur:

Aly, Götz 2008: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt a. M. (S. Fischer Verlag).

Bourdieu, Pierre 2001: Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes, Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag).

Camnitzer, Luis 2007: Conceptualism in Latin American Art: Didactics of Liberation, Austin (University of Texas Press).

Carson, Clayborne 2004: Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren. Aus dem Amerikanischen von Lou Marin, Nettersheim (Verlag Graswurzelrevolution).

Cosic, Bora 2007: Ein Pferd mit acht Beinen. Häretiker und Träumer – Rückblick auf die phantasiebegabte jugoslawische Moderne 1945-1992, in: in: Neue Zürcher Zeitung, 20./21. Oktober 2007, Zürich, S. 30, http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/literatur_und_kunst/ein_pferd_mit_acht_beinen_1.571742.html (05.01.2007)

Dutschke, Rudi 1968: o. T., in: Bergmann, Uwe, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre und Bernd Rabehl (Hg.): Rebellion der Studenten oder die neue Opposition, Reinbek (Rowohlt Verlag), S. 63, hier zit. n. http://www.glasnost.de/hist/apo/DutschkeTschombe.html (03.01.2008)

Dutschke, Rudi und Hans-Jürgen Krahl 1992: Organisationsreferat, in: Redaktion diskus (Hg.): Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, Berlin/Amsterdam (Edition ID Archiv), S. 252-258.

Ebbinghaus, Angelika 2008: Die Bewegungen der 68er – Eine Einführung, in: dies. (Hg.): Die 68er. Schlüsseltexte der globalen Revolte, Wien (Promedia Verlag), S. 9-36.

Fanon, Frantz 1981: Die verdammten dieser Erde, Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag).

Godfrey, Tony 2005: Konzeptuelle Kunst, Berlin (Phaidon Verlag).

Guevara, Ernesto Che 1967: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam, in http://www.infopartisan.net/archive/1967/266738.html (05.01.2008)

Guevara, Ernesto Che 2003: Die Freiheit muß in jeder Region Amerikas erkämpft werden! Ansprache anlässlich der Eröffnung des 1. Kongresses der Lateinamerikanischen Jugend (Juli 1960), in: ders.: Schriften zum Internationalismus. Ausgewählte Werke in Einzelausgaben, Bd. 4, Hgg. von Horst-Eckart Gross, Bonn (Verlag Pahl-Rugenstein), 2. Aufl., S. 12-46.

Heiser, Jörg 2007: Plötzlich diese Übersicht. Was gute zeitgenössische Kunst ausmacht, Berlin (Claassen Verlag).

Hierlmeier, Josef Moe 2002: Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua, Stuttgart (Schmetterling Verlag).

Hirsch, Joachim 2001: Die Internationalisierung des Staates. Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie, in: ders., Bob Jessop und Nicos Poulantzas (Hg.): Die Zukunft des Staates, Hamburg (VSA Verlag), S. 101-138.

Jones, Amelia und Connie Butler 2007: History Makers. Amelia Jones talks to Connie Butler about the upcoming exhibition `WACK!, Art and the Feminist Revolution´, in: Frieze. Contemporary Art and Culture, Issue 105, London, March 2007, 133-139.

Kastner, Jens 2006: Künstlerischer Internationalismus und Institutionskritik, in: transform multilingual webjournal, 1/2006, „do you rember institutional critique?", Wien, http://transform.eipcp.net/transversal/0106/kastner/de (05.01.2008)

Kastner, Jens und David Mayer (Hg.) 2008: Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien (Mandelbaum Verlag).

Kraushaar, Wolfgang 2005: Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf, in: ders., Jan Philipp Reemtsma, Karin Wieland: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg (Hamburger Edition), S. 13-50.

Lippard, Lucy R. 2007: Time Capsule, in: Bradley, Will und Charles Esche (Hg.): Art and Social Change. A Critical Reader, London (Tate Publishing), S. 408-421.

Marx, Karl 1973: Das Kapital I, MEW 23, Berlin (Dietz Verlag).

Ruhrberg, Bettina 1997: in: Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien, Ingvild Goetz und Christiane Meyer-Stollund (Hg.): Arte Povera. Arbeiten und Dokumente aus der Sammlung Goetz 1958 bis heute, München (Kunstverlag Ingvild Goetz), S. 17-27.

Runge, Heike und Andreas Veiel 2007: Die RAF hatte etwas sehr Deutsches. „Die frühen Jahre" heißt der Titel eines Dokumentarfilmprojekts über Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Bernward Vesper, an dem Andreas Veiel zurzeit arbeitet. Ein Gespräch über Ikonen des Widerstands, Feindbilder und Filme, die niemals gedreht wurden, in: Jungle World, dschungel, Nr. 51/52, Berlin, 20./27. Dezember 2007, S. 6-11.

Sack, Adriano 2007: Der graue Panther, in: MONOPOL. Magazin für Kunst und Leben, Berlin, Nr. 11/2007, S. 44-52.

Schwarz, Dieter 2007: „Auch wenn die Form vergeht, ihre Wurzel ist ewig". Zwischen Präsenz und Darstellung – das Werk des italienisch-schweizerischen Künstlers Mario Merz, in: Neue Zürcher Zeitung, 3. Februar 2007, Zürich, http://www.nzz.ch/2007/02/03/li/articleEUSGC.html (05.01.2008)

Vassilis Tsianos

Die Karte Europas und die Ströme der Migration[1]

„Governance of Migration" und die herausgeforderte Gemeinschaft: zwischen Kollaps und Überschuss

I.

Mapping hat schon längst Eingang in die neue Regierungsrationalität von Schengen gefunden. Die Karte, die in Kooperation zwischen ICMPD, mit Europol, der berühmt berüchtigten Frontex und den am MTM-Dialog (Dialogue on Mediterranean Transit Migration) beteiligten Staaten hergestellt wird, ist eine internetgestützte digitale Karte, die versucht, den afrikanischen und mediterranen Raum der Migrationsbewegungen in „Echt-Zeit" kartographisch zu repräsentieren und ein digitales Archiv der relevanten Daten von Migrationsströmen anzulegen. Spätestens nach der Lektüre der so genannten „I-Map" der Migrationen nach Europa, kann man sich des Verdachtes nicht mehr erwehren, dass die avancierten konzeptiven Ideologen des Schengener Prozesses heimlich - wie ihre Israelischen Kriegsführungskollegen - Deleuze und Guattari lesen. Ströme, Informationen über „local points of Entry", antizipative Kontrolldiagramme, visualisieren den gegenwärtigen Formwechsel des wissensbasierten Regierens der Migration in Europa. Wie wird also Migration in Europa regiert? Wer regiert sie hier eigentlich? Für welche Regierungsrationalität steht das Konzept der „Governence of Migration"? Ich werde versuchen am Exempel der intergouvernametalen Organisation ICMPD (www.icmpd.org), die Scheinheiligkeit des propagierten „sanften Regierens" mit ihrem wahren Gesicht zu konfrontieren. Meine These ist, dass sowohl die Migration als soziale Bewegung als auch die Institutionen der Regierung der Migration in ihrer turbulenten Kommunikation als Systeme nicht statisch bleiben, sondern sich wechselseitig verändern. Governence of Migration steht für den postliberalen Versuch diese migrationspolitische Spannung im Europäisierungsprozess zu rekuperieren [wiedererlangen]. Diese Regierungsweise macht gerade die flexible Anpassung der migrantischen Subjektivierungsweisen im Kontext des bordercrossings zum Gegenstand ihrer Steuerung und nicht zur Zielscheibe ihrer hermetischen Abschottung.

The making of Schengen ist die Geschichte der Steuerung dieser Anpassung. Doch wie wir spätestens mit dem Komplexitäts-Theorem John Urrys wissen, ein System „vergisst" nichts und mikrosoziale Ereignisse können bis zum Kollaps oder einer Produktion von Überschuss kumulieren. Die herausgeforderte Gemeinschaft schlägt zurück.

II.

Europäisierung wird meist synonym verstanden mit Supranationalisierung, wobei im Sinne eines „Nullsummenspiels“ mehr EU mit weniger nationalstaatlicher Souveränität gleichgesetzt wird. Einige neuere politikwissenschaftliche Ansätze, insbesondere aus dem Kontext der Governance-Forschung, machen allerdings deutlich, dass die EU, ihre politische Architektur und Praxis ebenso wenig mit klassischen Konzeptionen aus der Ära des modernen Nationalstaats zu fassen sind, wie die Nationalstaaten in diesem Prozess unverändert bleiben. Sie sprechen von „network state“, was das Fehlen eines eindeutigen Entscheidungszentrums, die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren sowie die gestiegene Bedeutung horizontaler Aushandlungen zum Ausdruck bringen soll; oder von der EU als „multi-level system of governance“, um die spezifische mehrdimensionale und dezentralisierte Form der Entscheidungsstrukturen zu bezeichnen. Mit dem Begriff der Governance ist eine Kritik an solchen Vorstellungen verknüpft, nach denen der Staat ein „erster Beweger“ sei und als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Handlungen verstanden werden könnte. Um genau diese Problematik dreht sich die gesamte Debatte um „Governance of Migration“. Mit dem Leitspruch „Governance statt Government“, wurden die Lehren aus der Regimetheorie, wie sie in den Internationalen Beziehungen entwickelt wurden, mit normativem Gehalt versehen. Von Nationalstaaten nicht oder nicht mehr zu steuernde gesellschaftliche Prozesse sollten von einer Vielzahl politischer Akteure in einem netzwerkartigen Zusammenwirken bearbeitet werden. Zwar war transnationale Migration lange vor der Governance-Debatte Gegenstand intergouvernementaler und transnationaler Institutionen (wie etwa der IOM und dem UNHCR), sie erlangt aber erst seit den neunziger Jahren mittels der konzeptiven Netzwerkarbeit solcher Akteure wie der IMPCD den Status eines genuin globalen Phänomens. Kennzeichnend dafür ist unter anderem die Debatte um ein „General Agreement on Movements of People (GAMP)“, die von Mitarbeitern der IOM angeführt wird. Zwar wird die Frage der „Regierung der Migration“ unter der Prämisse gedacht, dass der Staat darin nicht der zentrale Akteur ist. Die Akteursperspektive aber, die nach meinem Dafürhalten entscheidend ist, ist in ihr schlicht nicht vorhanden. Wie in der klassischen Perspektive von „Government“ sind die MigrantInnen nur Objekt von Governance. Sie sind die „abwesende Ursache“ des Governance-Diskurses. Ihre Praxis der alltäglichen, irregulären und massenhaften Grenzüberschreitung stellt „Government“ und damit die Vorstellung in Frage, Staaten als Instanzen der Regulation könnten die Ströme der Migration auf- und zudrehen wie einen Wasserhahn. Eben dieser Umstand wird in der Diskussion um Governance praktisch ignoriert. Zwar reflektiert der Governance-Ansatz die Souveränitätsproblematik im Zeichen des Post-nationalen, jedoch können MigrantInnen und die Migration darin nur als Objekte – -bestenfalls als „coded Flows“- konzeptualisiert werden.

III.

Eine besondere Rolle für die neue gouvernementale Regierungsweise, wie ich sie im Folgenden am Beispiel der ICMPD skizzieren werde, kommt den Kategorien „Wissen“ und „Flows“ zu. Der Begriff der Flows, Terminus Technicus der Schengener Regierung der Migration, verweist hier auf die „Wahlverwandtschaft” der schnellen Multidirektionalität der Subjektivierungsweisen der Migration mit den wissens- und netzwerkbasierten Technologien der gouvernamentalen Akteure ihrer Regulation. ICMPD steht paradigmatisch für diesen wissensbasierten Formwechsel der Technologien der Regierung der Migration innerhalb des Schengener Kontrollraumes. Die Produktionsweise solcher Akteure, ist weniger die operative Abwehr des Transit, sondern vielmehr die Etablierung transnational ausgerichteten antizipativer Strategien gegen die instabilen, temporären Taktiken des Bordercrossings. Denn gerade die Sicherheitsvorkehrungen des Schengener Grenzraums bringen diese temporären Taktiken der Mobilität hervor: neue Lösungen des Transits, die wieder aufgegeben werden, sobald sie von den Grenzhütern durchschaut und als Probleme der Grenzporösität recodiert werden. Mit dem Begriff der liminalen Institutionen will ich diese institutionalisierten „vertikalen Aggregate“ bzw. „Assemblagen“ (vgl. Papadopoulos/Tsianos, 2007 bzw. Saskia Sassen) des Beobachtens und Eingreifens innerhalb von Migrations- und Grenzregimen -wie der ICMPD - fokussieren. Ihre Produktivität besteht darin, die



Zirkulation entlang der Grenz-Zonen in Zirkulations-Zonen abgestufter Souveränität zu verwandeln um ihre Porösität zu regieren. Während die nationale Souveränität eine doppelte Homogenisierung des Raums anstrebte – eine serielle Homogenität innerhalb eines Territoriums und eine Homogenisierung der Rechte darin –, lässt sich der Raum der liminalen Institutionen als ein Regime der Differenz auffassen, bei dem die Unterschiedlichkeit von Territorien sowie die Einzigartigkeit von Grenz-Orten und Routen permanent von der Fluidität und Flexibilität der klandestinisierten Mobilitätsströme und Netzwerke als kontingente „border zone" hergestellt werden. Die Absicherung transitorischer Grenz-Räume erfolgt durch Überwachungs- und Kontrollprozeduren, deren Ziel darin besteht, die Fragmentierung des Schengener Raumes territorial zu fixieren und separierte Zonen herzustellen, die sich durch eine jeweils spezifische soziale Kohäsion von Raumpraktiken auszeichnen sollen. Verwirklicht wird somit eine skalierte differentielle Homogenität, die mit einer Enthomogenisierung von Rechten einhergeht. Das ist das postliberale Geheimnis der Schengener Produktivität!

IV.

Der Budapester Prozess ist einer der ältesten multinationalen Konsultationsprozesse im Bereich der Migrationspolitik in Europa, der seit Beginn der 1990er Jahre osteuropäische Länder zu inkludieren versucht. Der Budapest Prozess, der seinen Namen nach der in Budapest 1993 stattgefundenen ersten Konferenz erhielt, geht mittlerweile in sein vierzehntes Jahr. 1993 hat die ICMPD die Rolle des sog. Sekretariats übernommen und organisiert seitdem auf Anregung bzw. Rücksprache mit den beteiligten Regierungen oder auch der eigenen Rationalität folgend vor allem themenspezifische Workshops. So hat die ICMPD mit dem Budapester Prozess eine ideale konzeptiv-koordinierende Funktion für die „Harmonisierung" der osteuropäischen Länder im Zuge des Beitrittsprozesses eingenommen. Mit ihren ca. 50 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ist die 1993 gegründete und mittlerweile von 30 Regierungen getragene ICMPD im Vergleich zu den beiden bekanntesten großen und , global agierenden Organisationen im Bereich der Migrationspolitik, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem United Nation High Commissioner for Refugees (UNHCR), eine eher kleine intergouvernementale Institution (vgl. TRANSIT MIGRATION 2007). Dennoch flankiert sie auch gegenwärtig die offizielle EU-Migrationspolitik und moderiert den Anpassungsprozess sowohl in Richtung Afrika als auch nach Zentralasien und dem Fernen Osten, wie er in den jüngsten Mitteilungen der Europäischen Kommission zum „Global Approach to Migration" (Co(2005) und Co(2007)247, 16.5.2007) ausgeführt wird. Dies bewerkstelligt sie vor allem mit Hilfe politischer Technologien, dem sogenannten „Budapest Prozess" oder dem sogenannten „MTM-Dialog" in Richtung Afrika. Bei beiden Maßnahmen handelt es sich um institutionalisierte Serien von informellen Konferenzen und Workshops, die sich der klassischen Gewaltenteilung entziehen und Herkunfts-, Transit- und Zielländer der globalen Migrationsbewegungen um einen Aushandlungsprozess vereinigen. Hierbei interessieren mich vor allem die einzelnen Wissenspraktiken und –strategien und wie spezifische Wissensinhalte und -formen, Wissenssubjekte und -objekte legitime Geltung erhalten, wie sie objektiviert werden und normative Kraft verliehen bekommen: wie also in diesem anscheinend politikfernen Raum Politik als Governance gemacht wird und postliberale Macht entsteht. Die Geschichte der Europäisierung lässt sich dann auch aus der Perspektive dieser Organisationen wie der ICMPD anders erzählen (vgl. ausführlicher dazu Hess, 2008). Aus ihrer Perspektive waren es vor allem die ersten 1990er Jahre, die von ihnen als „Krisenjahre" der staatlichen Migrationspolitik in Europa beschrieben werden, die der Europäisierung einen Schub verliehen. Die Krise evozierte ihre Gründung sowie einen politischen Paradigmen- und Praxiswechsel der unter dem Stichwort „global migration management" firmiert, mit dem sie aufs Engste verbunden sind (IOM 2004). So wurde die ICMPD 1993 auf Initiative der Schweiz und Österreichs unter der Leitung des Schweden Jonas Widgren ins Leben gerufen, um die staatliche Regulationsfähigkeit auszubauen. Jonas Widgren, der als Vordenker der „Migrationsmanagementpolitik" gilt, stellte die Phase nachdrücklich als eine dar, in der staatlicherseits eine große Ideenlosigkeit herrschte, wie mit den neuen, turbulenten Migrationswirklichkeiten im kriegs- und krisengeschüttelten Europa umzugehen sei. Vor allem das



bis dato die Einwanderungspolitiken dominierende Asylsystem war in den Augen der neuen Migrationspolitik-Architekten „überdehnt". Doch ein neues „System" jenseits reiner Abschottungsdiskurse war gerade angesichts migrationsfeindlicher Stimmungen in der Mitte der nationalen Gesellschaften nicht zu sehen. Eine zentrale Antwort, wie sie Widgren und andere Vordenker damals einforderten, war die Migrationspolitik radikal zu europäisieren und von einer nationalstaatlichen Zero-Einwanderungspolitik zu einem globalen „migration management" zu kommen. Als paradigmatische Akteure für diesen Politikwechsel boten sich die ICMPD oder die IOM selbst an, da sie u.a. nicht auf die nationalen wahlpolitischen Kalküle der Innenministerien Rücksicht nehmen müssten. Widgren sprach den nationalstaatlichen Regierungen noch 2002 den Willen zu einem „sound migration managment" ab. Angesichts des weiter bestehenden „mysterious lack of a rational government response to these anticipated migration challenges"(2002, 7) plädiert er für „governance" an Stelle von „government". Doch auch die EU-Kommission, sucht eine neue Art und Weise des „Europäischen Regierens" zu erfinden. In ihrem Weißbuch von 2001 unter dem Titel „European Governance" formuliert die Kommission detailliert, was sie darunter versteht: Angesichts der globalen Herausforderungen, so die Kommission, sei Politik „dezentralisiert", auf „multiplen Ebenen", in „Netzwerken", unter „strategischer Partizipation der Zivilgesellschaft" und der starken Einbeziehung von „Experten-Wissen" zu gestalten. In diesem Sinne ist die Multiplizierung von Akteuren, die Privatisierung und gar NGOisierung der Migrationspolitik, als Ergebnis und zugleich als Voraussetzung der Europäisierung der Migrationspolitik zu beschreiben. Dabei sind es gerade jene postliberalen wissensgenerierenden Organisationen wie die ICMPD oder die IOM, die die dynamischen Effekte der Europäisierung mitproduzier(t)en. Das Selbstverständnis der ICMPD ist dabei paradigmatisch für den im Rahmen der EU-Netzwerkpolitik immer wichtiger werdenden wissensbasierten Akteurstyp. So wirbt die ICMPD auf ihrer Webpage damit, „to provide targeted timely services in migration governance to states and their organisations responsible for the design and implementation of migration policies. ICMPD achieves these goals with competent, highly motivated, dedicated as well as customer and team oriented professionals" (www.icmpd.org). Sie umfasst meist Politikberatung oder Trainings im Bereich „capacity building", vor allem bezüglich Gesetzgebung, Infrastrukturentwicklung, Technologieeinsatz, Verwaltungs- und Polizeipraxis. Zum anderen organisieren und moderieren sie als Sekretariat jene regionalen Konsultationsprozesse wie den Budapest Prozess, die sich über eigene Mitgliedsbeiträge der daran teilnehmenden Staaten finanzieren sollten. Dabei scheint insbesondere die Behauptung, als „Dienstleistungsinstitution" per definitionem nicht Politik zu machen, sondern auf der Grundlage von neutralem, wissenschaftlich produziertem Wissen zu agieren, Organisationen wie die ICMPDin den Augen der Adressaten ihrer Politik auszuzeichnen und sie zu einem „neutralen" Akteur zu machen. Dies erlaubt ihr nicht nur, dort zu agieren, wo der EU außenpolitisch, diplomatisch (noch) die Hände gebunden sind. So öffnen sich der ICMPD gleichermaßen nach Norden und Süden, zu NGOs und zu Regierungen die Türen, womit sie in der Governance-Architektur des „Mehrebenensystems" zu einem der zentralen „transversal" agierenden Akteure wird. Dabei beschreibt „transversal" die Richtung des Wissenstransfers, der nicht mehr nur im Sinne des top-down Prinzips gestaltet wird, sondern im Kontext von Governance gezielt bottom-up bzw. querliegend und „criss-cross", sprich die verschiedenen Steuerungsebenen diagonal durchschneidend, also „transversal", organisiert wird. Während die ICMPD gegenüber einzelnen „Klienten"-Staaten als Wissensdienstleister, Berater, Trainer und Moderator auftritt, sieht der Geschäftsführende Direktor die Funktion gegenüber der EU vor allem darin bestehen, dass sie als „Früherkennungssystem" und „path finding mission" diente, d.h. als Laboratorium neuer Kontrollpolitiken. In Kontext dieser Politikstrategie sind u.a. die Rückübernahmeabkommen oder die Definition von „sicheren Drittstaaten" zu nennen, welche alle unter der Ägide der ICMPD konzipiert und begleitet wurden, die einen „Cordon sanitaire" zunächst um die EU-Staaten produzierten, der sich nun immer weiter Richtung Herkunftsländer bewegt (vgl. Hess/Tsianos 2007).

V.

Migration und Mobilität, der Mob, die Menge, die Geschichte der anderen ArbeiterInnenbewegung, begleiten die Geschichte des Souveränismus und stellen beständige Grenzen und Konfliktfelder der kapitalistischen Konstitution selbst dar. Die zu kontrollierenden, hydraköpfigen Momente verändern sich historisch durch Kämpfe und Inkorporationen. Ich habe versucht diese Inkorporationen am Politiktypus der ICMPD zu veranschaulichen. Es scheint so, als sei die Migration ein Problem des modernen Nationalstaats gewesen und befinde sich dagegen im absoluten Einklang mit der postmodernen Welt der Ströme und der Entgrenzungen. Dabei ist das Gegenteil richtig: Zwar spielen Vertreter des Kosmopolitismus oder des Postnationalismus auf der Klaviatur des Globalismus und behaupten, der

freie Strom der Waren müsse auch für die Ware Arbeitskraft gelten. Aber die neuartige postliberale Schengener Souveränität, besteht gerade darin, dass die postnationalen Ströme der Migration durch die Rekodierungsarbeit der postliberalen liminalen Institutionen der Porocratie, zu regierbaren Blöcken geformt werden, die zu einer neuen Kerbung des Raums in Europa führen. Wir können deshalb heute noch nicht wissen, welche Formen der Inkorporation der Migration sie morgen und übermorgen zur Wirkung bringen werden und wo sie sich ereignen: in London, Ceuta oder in Paris.

In einem Text von Jean-Luc Nancy mit dem Titel „die herausgeforderte Gemeinschaft“ entwikkelt er einen geradezu paradox anmutenden Gedanken, den ich hier etwas ausführlicher zitieren will: „Der gegenwärtige Zustand der Welt ist kein Krieg der Zivilisationen. Sondern ein Bürgerkrieg: der Krieg im Inneren einer Bürgerschaft, einer Zivilität, einer Städterschaft (citadinite), die im Begriff sind, sich bis an die Grenzen der Welt auszudehnen und infolgedessen bis ans Äußerste ihrer eigenen Konzepte. Am äußersten Ende zerbricht ein Konzept, zerspringt eine überdehnte Figur, kommt eine Kluft im Vorschein“ (Nancy, 2007, S.9). Ich möchte diese etwas kryptischen Sätze in einen anderen, in unseren Kontext übersetzen2. Unser situierter Kontext ist Europa und seine Grenzen, sind die Orte und die Konflikte der inkorporierten Ereignisse der Migration. Die Kluft, die im Inneren Europas alltäglich und allnächtlich zum Vorschein kommt, sind die Grenzen Europas, die Grenzen der Bürgerschaft als die Grenzen der Demokratie in Europa (Balibar/Mezzadra, 2006). Wir beginnen unsere Übersetzung mit der Frage nach dem Inneren einer Bürgerschaft, welche im Begriff ist, sich bis an die Grenzen der Welt auszudehnen. Die Antwort dazu liefert uns Nancy erst am Ende seines kleinen Textes. Es ist die kommende Gemeinschaft, der Raum also, in dem sich das Innere einer Bürgerschaft bis an die Grenzen dieser Welt ausdehnt. Es ist der Raum einer kommenden Gemeinschaft, die im Krieg, im Bürgerkrieg mit dieser Welt ist, es ist der Raum der Globalisierung, der Raum, in dem es kein Außerhalb mehr gibt, der Raum, an dessen äußeren Enden ein Konzept, die Figur dieser neoliberalen Globalität zerbricht und eine Kluft - eine Spannung innerhalb der Rekuperation - zum Vorschein kommt. Diese kommende Gemeinschaft hat ein Gesicht, einen Akzent, eine Hautfarbe (?), eine postkoloniale Geschichte: Es ist die Gemeinschaft der nach Europa Kommenden, der schon lange Angekommenen, die Gemeinschaft der an den Grenzen Europas einen Krieg, in den Vorstädten Europas einen Bürgerkrieg innerhalb der Grenzen der Demokratie in Europa Führenden. Stellen wir uns diesmal gemeinsam dieser Herausforderung!

Literatur:

Bojadzijev, Manuela, Isabel Saint-Saens (2006): „Borders, Citizenship, War, Class: A Discussion with Etienne Balibar and Sandro Mezzadra”, in new formations, 01/2006, p. 10-30.

Nancy, Jean-Luc (2001): „La Communaute affrontee”. Editions Galillee, Paris.

Papadopoulos, Dimitris, Vassilis Tsianos (2007): „How to do sovereignity without people? The subjectles conditions of postliberal Power“, Boundary 2, 34, (1), 135-172.

TRANSIT MIGRATION (Hg.) (2007): „Turbulente Ränder“, Transcript Verlag, Bielefeld

Hess, Sabine (2008): „Man schickt doch nicht eine Ersatzbraut zum Altar.“ Zur Konfliktualität der neuen Formen des Regierens in und von Europa. In: Gisela Welz u.a. (Hg.): „Projekte der Europäisierung“. Frankfurt am Main, forthcoming

Anmerkungen:

1 Der Titel wurde von der Redaktion verändert. Der Originaltitel lautet: „Die Karte und die Flows! „Governance of Migration“ und die herausgeforderte Gemeinschaft: zwischen Kollaps und Überschuss.“

2 Ich beziehe mich hier auf die Konzeption einer Übersetzungspolitik von Sandro Mezzadra, die er in einem Vortrag mit dem Titel „The Labor of Translation Imagining the Politics of Translation: Beyond Communication and Articulation“ in Wien dieses Jahr gehalten hat. Sandro Mezzadra unternimmt den Versuch einer Umdefinition der gängigen Übersetzungspolitiken, damit er Übersetzung in tief greifender Beziehung zu Gewalt, Herrschaft und Ausbeutung konzipieren kann. Insbesondere arbeitet er die Möglichkeit heraus, das Kapital selbst als Übersetzung zu denken. Diese Beziehung und diese Möglichkeit weisen auf die strategische Bedeutung einer Reihe von Problemen hin, die vielfach unterschätzt werden, wenn die Übersetzungspolitik in Begriffen der Kommunikation und/oder Artikulation verstanden wird. Ich bedanke mich hier an dieser Stelle für Kommentare, Kritik und der „Übersetzungsarbeit“ bei der Entstehung dieses Textes bei Sandro Mezzadra und bei Sabine Hess, deren Forschung zu ICMPD mich mehr als inspiriert hat, last but not least bei dem migrationsaktivistischen General Intellect Frassanito Netzwerk.

Andreas Kranebitter

Vom Kriegskommunismus zum Kommunismus im Krieg: Thesen über die Khmer Rouge

Wie „real" ist der „reale Sozialismus"? Kritik der großen Worte

Wie verbindet man geschichtswissenschaftliche Forschung zum so genannten real existierenden Sozialismus mit linken Debatten über dessen Charakter – und wozu? Fakt ist, dass beide nicht unbedingt zueinander passen und nicht oft und gern miteinander verknüpft werden. Scheint die geschichtswissenschaftliche Forschung in vielerlei Hinsicht beinahe „theorieresistent" zu sein (schließlich verhindert die allzu dezidierte Parteinahme, die mit der Theoretisierung tendenziell einher geht, womöglich noch die wissenschaftliche Karriere im akademischen Institutionengeflecht), so muss man linken Charakterisierungsversuchen „sozialistischer" Staaten schon fast so etwas wie eine „Empirieresistenz" vorwerfen. Am Anfang steht hier meist das Wort – Staatskapitalismus, Arbeiterstaat, oder auch nur Sozialismus und Kommunismus[1]. Am Ende dann die große Erklärung/Aufklärung, abgeleitet aus dem verstaubten ideologischen Ballast der diversen Strömungsarsenale, die den großen Vorzug hat, diversen Gruppen „kristallklare" Programme zu liefern und im politischen Alltag die Mitgliedergewinnung zu erleichtern – und die scheinbar ideologischste aller Fragen erfährt die pragmatischste aller „Lösungen". So unterschiedlich die Folgerungen hier auch waren und sind, so einheitlich ist zumeist die Herangehensweise: theoretische Probleme werden nur gestellt, um sie mit einfachen Formeln zu lösen. Kaum eine Frage bleibt unbeantwortet oder offen.

Gemeinsam ist derartigen Analysen oft, dass das zum Ursprungübel erklärte Label – der (Staats-) Kapitalismus, der Staat, die Partei, das Kalkül oder was auch immer – selten genauer unter die Lupe genommen wird, selten *empirisch* betrachtet wird. Er wird im Gegenteil zum fetischisierten Etwas, in Kategorien gefasst, die einfach nicht leben. Anders gesagt: Zuweilen wird in der Real-Soz-Debatte der heutigen Linken oft alles Böse, jede Ausbeutung und Unterdrückung, all das, was wir nicht „sozialistisch" taufen wollen und nicht (wahr) haben wollen, „Kapitalismus" benamst. Oder 70 Jahre unschöne Politik in „real existierenden Sozialismen" ursächlich auf ein „leninistisches Parteimodell" als Wurzel allen Übels zurückgeführt. Aber was ist das – Partei, Staat, Revolution, Kapitalismus? Gerade „die Partei" wird gern zum Ding außerhalb seiner eigenen Geschichte. Doch wenn beispielsweise die

Khmer Rouge 1970 noch 4.000 Parteimitglieder zählen, um 1975 bereits aus 40.000 Menschen zu bestehen[2], wer sind dann *„die Khmer Rouge"*? Sind es wirklich nur Pol Pot und Konsorten, die Geschichte schreiben? Wenn die Bolschewiki in der Sowjetunion 1917 ca. 25.000 Parteimitglieder zählten, 1925 auf 700.000 anwachsen, um kurz darauf auf 350.000 Menschen gesäubert zu werden und schließlich mit dem so genannten „Lenin-Aufgebot" wieder auf knappe 600.000 anzuwachsen[3] – was ist dann *„die Partei"*? Lenin, Trotzki und Stalin? Wenn im GOSPLAN, dem Staatskomitee für Planung in der Sowjetunion, 1924 von 527 Beschäftigten gar nur 49 Parteimitglieder sind, von denen 23 FahrerInnen, Wachleute und Schreibkräfte waren[4] – wie mächtig und *allmächtig ist dann „die Partei"*? Kann dieses organisatorische Etwas tatsächlich ein- und derselbe Akteur gewesen sein? Kann man hier ernsthaft von einem „leninistischen Parteimodell" sprechen, gleich einem sich in aller Geschichte ewig durchsetzendem Prinzip, kann man hier der Meinung sein, dieses Parteimodell sei real – 1905, 1917, 1927, 1936 oder wann auch immer – immer und ewig *ein- und dasselbe* gewesen?

Partei, Staat, Kapitalismus usw. sind – und diese Feststellung ist ebenso wichtig wie banal – keine metaphysischen Wesenheiten, sondern konkrete Verhältnisse, die konkret analysiert werden wollen. Zahlen wie die obigen können diese Realitäten nicht einmal annähernd beschreiben; doch ohne derartige Zahlen bleibt jede Analyse utopische Sozialphilosophie[5]. Gerade für Kambodscha, den Ort dieses Artikels[6], sind Begriffe wie Arbeiterstaat und Staatskapitalismus schlicht absurd, greifen Analysen „ökonomischer Kalküle" zu kurz. Die konkrete Analyse einer historischen Situation – soviel Lenin darf wohl noch sein – könnte demgegenüber die festgefahrene Debatte beleben. Eine fruchtbare Analyse fordert die radikale Dekonstruktion der „großen Worte"; und sie erfordert ein radikales nein zu jedem historischen Determinismus. Vor allem muss dabei die Akteurin – die Partei, in diesem Fall die *Khmer Rouge* – genauer unter die Lupe genommen werden, der im medialen, aber auch linken Diskurs, ebenso wie von Teilen der wissenschaftlichen Mainstream-Geschichtsschreibung aufs Podest gehoben wird, ohne an der Beleuchtung zu arbeiten.

Im Folgenden also die Auseinandersetzung mit einem der wohl absurdesten Formen „real-sozialistischer Staatlichkeit" – der kurzen Herrschaft der Khmer Rouge in Kambodscha.

Ein Krieg im Reisfeld

Marxistische Grundschulungen in „Dialektischem Materialismus" lieben Metaphern, illustrieren gerne manch philosophische These als „dialektisches Gesetz" mit Beispielen aus der Natur. Wasser etwa finge bei 100 und nicht bei 99 Grad Celsius zu kochen an („Umschlag von Quantität in Qualität"), Gegensätze zögen sich wie in der Liebe irgendwie immer an, und die berühmte *„Negation der Negation"* hieße nichts anderes, als dass der Satz „Ich liebe dich nicht *nicht*" nicht unbedingt bedeuten muss: „Ich liebe dich". Die Khmer Rouge, die Ehebruch und Ehestreit nicht selten als Kapitalverbrechen ahndeten[7], hielten allerdings wenig von Wasser und Liebe. Quantität und Qualität schlugen hier anders um sich: *„4. Feinde attackieren uns von hinten…"*, heißt es in einem Manuskript mit dem Titel *„Aufbau und Stärkung der Partei durch einige marxistische Meinungen"* zur Illustration des Gesetzes zum Umschlag von Quantität in Qualität. *„Sie versuchen, einen nach dem anderen ihrer (…) Spione in unsere Partei zu bringen, nicht 1.000 auf einmal. Sie machen dies nach und nach. Wenn wir beschließen, dass dies in Ordnung ist, werden mehr und mehr kommen, und sie werden von vier auf fünf und von fünf auf zehn anwachsen (…). Sind sie einmal eine große Gruppe, dann werden sie zu einem großen Problem für uns. Wenn wir dagegen jeden einzelnen Feind zerstören und alles vom Trieb weg schneiden, dann haben wir keine Sorgen"*[8]. Um also zu verhindern, dass eine größere Quantität an Feinden in der Partei die Qualität der Partei verändert, muss folgerichtig schon der erste Feind am Schopf gepackt werden. Doch auf militärische Metaphern wie diese griff man nicht nur im theoretischen Bereich zurück – auch in der „Internationale", vermutlich von Pol Pot persönlich auf Khmer übersetzt, sang man den in anderen Sprachen unbekannten Vers: *„Von heute an – Leben oder Tod – gleichgültig"*[9]. Und die *„12 Disziplinregeln der revolutionären Kämpfer"* forderten den SoldatInnen in jeder Hinsicht eine „revolutionäre Haltung" ab: *„Nichts trinken und essen, was nicht revolutionär ist"*[10].



Militärische Floskeln und martialisches Säbelrasseln sind in sozialistischen Texten nichts Ungewöhnliches (und schon gar nichts spezifisch „Kambodschanisches"). Für die „*letzte Schlacht*" und den „*blutigen, heiligen Kampf*" braucht man nicht nach Südostasien zu fahren. Im Falle Kambodschas dürfte auch klar sein, dass die Sprache auf jenen so genannten Vietnamkrieg verweist, dessen Ausmaß der Zerstörung Kambodschas bei weitem die Vorstellungen noch der kritischsten KritikerInnen übertroffen hat[11]. Doch wäre der Krieg die alleinige Erklärung, so müsste sich – sieht man von so etwas wie Gewöhnungseffekten ab – mit dem Ende des Krieges, dem Einmarsch der Khmer Rouge in der Hauptstadt Phnom Penh am 17. April 1975, der Ton der Sprache verschieben. Und gerade das war nicht der Fall; verbale Kriegserklärungen an versteckte Feinde finden sich weiterhin überall – in Exportquoten oder Vierjahresplänen ebenso wie in Radioansagen oder Notizbüchern. Die Schlacht, die vormals mit Waffen ausgefochten wurde, musste nun lediglich mit anderen Mitteln geführt werden – ökonomischer und militärischer Kampf seien, so liest man des Öfteren, dasselbe. Der erste und auch letzte „Vierjahresplan" der Khmer Rouge, der 1976 erstellt wurde und 1977 in Kraft treten sollte, wobei bereits Ende 1976 auf die Veröffentlichung des Textes verzichtet wurde, im O-Ton: „*Lenin hat eine Revolution mit leeren Händen vollzogen. Wir haben dasselbe gemacht: Wir haben eine Revolution mit Schwierigkeiten und leeren Händen gemacht. Aber wir hatten eine klare Linie und einen festen Standpunkt. Wir haben eine Revolution gemacht, und wir haben unsere Feinde besiegt. Das Land in ökonomischer Hinsicht aufbauen, ist dieselbe Sache*"[12]. Metaphorisch gipfelte die Gleichsetzung von Krieg und wirtschaftlichem Wiederaufbau schließlich in der Parole: „*Eine Hand packt die Hacke, die andere ein Gewehr*"[13].

Doch Kriege brauchen, auch das wusste man in den Headquarters der Khmer Rouge, nicht nur Hände und Gewehre, sondern auch – wie könnte es anders sein – einen Feind (oder besser noch: mehrere Feinde). Die Frage des Reispflanzens wurde so zu Lenins alter Frage: „Wer wen?". „*Im Reispflanzen gibt es zwei Schlachten. Erstens, die Schlacht mit der Natur. Zweitens, die Schlacht mit zerstörerischen Feinden. Die feindliche Zerstörung beginnt mit dem Brechen der Stängel beim Pflanzen der Setzlinge; sie pflanzen überhaupt nicht vom Stängel und der Wurzel an – sie demolieren die Stängel, um sie zu zerstören, sie zerstören während der Ernte, sie zerstören während des Transports, und sie zerstören während des Dreschens. Pflanzen anbauen ist ein technischer Kampf, ein Klassenkampf, ein Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution*"[14]. Die logisch folgende Suche nach den Volksschädlingen, die in gemeiner Sabotage die Setzlinge am Stängel abbrechen, der Drang, sie zu „entlarven" und zu „liquidieren", wurde jungen Khmer-Rouge-Kadern in ihren Fortbildungs- und „Kritik und Selbstkritik-Seminaren" regelrecht eingetrichtert – wie die Erinnerungen ehemaliger Kader belegt: „*Peng* [Kommandant der Wärter in Tuol Sleng[15] – AK] *ermahnte unsere Genossen, in der Arbeit sorgfältig zu sein, vor allem wenn wir Wachdienst hatten, denn der CIA könnte kommen und unsere Kehlen durchschneiden, wenn wir einschlafen würden. Peng sagte uns immer, dass Feinde überall waren, aber ich sah niemals einen*"[16]. Dass die Feinde überall seien, sogar in uns selbst, wurde sogar in Lernheften festgehalten: „*Die Feinde sind in unseren Körperschaften* [bodies – Körpern? AK], *unter den Militärs, den Arbeitern, in den Kooperativen und sogar in unseren Reihen*"[17]. Doch woher kommen sie, diese Feinde? Warum sind sie immer noch hier, warum allgegenwärtig – nach einem gewonnenen Krieg gegen die größte Militärmacht der Welt? Warum die Sprache des Krieges *nach* dem Krieg?

Die Terminologie scheint hier symbolisch den sozialen Inhalt der Politik zu beschreiben; das „Fortbestehen" martialischer Bilder ist keine Sache der Sprache und keine Frage von Mentalitäten allein, sondern die sicht- und hörbare Spitze fundamentaler organisatorischer und struktureller Kontinuität nach Kriegsende 1975. Man muss sich von der Vorstellung lösen, dass der 17. April 1975, der Tag des Einmarsches der Khmer Rouge in Phnom Penh, *das* Datum der Revolution gewesen wäre, *das* Datum einer punktuellen „Machtergreifung". Die militärische Schlacht war gewonnen und vorbei, und der 17. April bedeutete tatsächlich einen markanten Wendepunkt für die Bevölkerung von Kambodschas Städten – und damit für beinahe die Hälfte der Bevölkerung des Landes. Doch er bedeutete *keinen* markanten Wendepunkt für die Organisierung der Verwaltung der bereits „befreiten" Gebiete oder die Organisierung der Partei. Der *Parallelstaat* der Khmer Rouge war in weiten Teilen des Landes längst etabliert. Was den BewohnerInnen der Städte (und in weiterer Folge der west-östlichen Berichterstattung) als totale, radikale Revolution erschien, war vom Standpunkt der Khmer-Rouge-Verwaltung die Integration dieser Schichten in ihre bestehende Verwaltungsstruktur, die Eingliederung der Menschen in den gegenstaatlichen Staatsapparat, wobei eben der Berg zum Propheten kam. Und Gegenstaatlichkeit meint: nicht die *radikale, totale Abschaffung* von Staatlichkeit schlechthin, sondern die Verschiebung der Staatlichkeit, die *Erhaltung und Ausdehnung des Status quo* aus dem Blickwinkel der Khmer Rouge. Wer also das soziale Gefüge der kambodschanischen Gesellschaft zu

„Amtszeiten" der Khmer Rouge erklären will, muss sich mit der Herausbildung ihrer Kriegsökonomie und Gegen-Staatlichkeit zu Anfang des Jahrzehnts auseinandersetzen.

Revolution mit Biss – der 2-Phasen-Plan ins Glück

Diverse Maßnahmen wirtschaftlicher Reorganisierung eröffneten den Khmer Rouge im Krieg die Möglichkeit, ohne breitere Verbindung zur Außenwelt und allen Bombardierungen zum Trotz eine auf Dorfebene funktionierende Kriegsökonomie auf die Beine zu stellen – eine Ökonomie, die selbst US-Geheimberichten aus jener Zeit einen gewissen Respekt abverlangte[18]. Die Produktion und der Verkauf des Ernteertrages wurden durch ihre umfassende Kollektivierung geregelt (wenn auch in unterschiedlichen Größen: Kooperativen „auf niedriger Stufe" umfassten 1973 noch einige hundert Familien, Kooperativen „auf hoher Stufe" ab 1977 schon bis zu 1.000 Familien[19]). Zwar wurde der Verkauf überschüssiger Produktion durch einzelne BäuerInnen am Dorfmarkt erlaubt, der Verkauf und Tausch des Mehrprodukts *an andere Dörfer* oder an vietnamesische AbnehmerInnen aber ausschließlich über die verantwortlichen KaderInnen in den Kooperativenwarenhäusern organisiert. Diese zwischendörfliche Tauschwirtschaft machte den Transfer von Geld teilweise überflüssig – wohl der Hauptgrund, warum das Geld, obwohl bereits gedruckt, nach dem 17. April 1975 „abgeschafft" wurde. Um den individuellen Verkauf zu unterbinden, führte man ein Verbot der Reisefreiheit zwischen den Dörfern ein und griff sogar auf Maßnahmen wie die Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen zurück. Trotz des Zwangscharakters dieser Regulationsweise hatte die Khmer-Rouge-Politik offenbar ökonomisch Erfolg und dürfte zuweilen sogar auf Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen sein[20].

Nach dem militärischen Sieg wurde diese Politik eines kambodschanischen Kriegskommunismus nicht aufgegeben, sondern umgekehrt verallgemeinert und – als *„ ertsein (schließlich versautRiesengroßer Sprung nach Vorn"*[21] verpackt – auf das gesamte Staatsgebiet ausgedehnt: im ganzen Land wurden Kooperativen eingerichtet, das Geld abgeschafft, das Reisen strikt reguliert – und vor allem: Millionen Menschen als *„Neubefreite"* aus den Städten in ländliche Gebiete „evakuiert". Das übergeordnete Ziel dieser Maßnahmen, soviel kann unter Rückgriff auf verfügbare Dokumente behauptet werden, war allerdings kein ominöser „Steinzeitkommunismus", sondern im Gegenteil sogar die Modernisierung des Landes durch den Export landwirtschaftlichen Überschusses. Es ging um ein 2-phasiges Akkumulationsmodell[22] – zuerst sollten durch den massenhaften Einsatz menschlicher Arbeitskraft (gerüstet mit politischem Bewusstsein und ein bisschen „Einsicht in die Notwendigkeit") überschüssiger Reis produziert werden, dann sollte nach dessen Verkauf der Erlös für Maschinerie und Industrie ausgegeben werden können: *„Wir stehen auf der Landwirtschaft, um andere Bereiche auszuweiten; Industrien, Fabriken, Metalle, Öle, etc. Der wesentliche Schlüssel ist die Landwirtschaft. Eigenständigkeit heißt Kapital aus Landwirtschaft. Von 1977 an wird der Staat nichts mehr haben, um es den Zonen zu geben, weil es dann keine Ressourcen mehr gibt. Also müssen wir sie durch Handel anschaffen, indem wir Reis von den Zonen nehmen, um Zukäufe zu machen"*[23] – und mit Zukäufen waren immer öfter Waffen gemeint, nicht Maschinerie[24].

Die Khmer-Rouge-Führung erkannte allerdings durchaus, dass in punkto ökonomischer Grundlage für derartige Pläne einige „Schwierigkeiten" zu überwinden waren – war sie doch gerade erst aus einem desaströsen Krieg siegreich hervorgegangen. Dennoch zweifelte sie offenbar keine Minute daran, dass dieses Akkumulationsregime erfolgreich ins Glück führen würde. Pol Pot im O-Ton, anlässlich der „Erklärung" des 4-Jahres-Plans vor ausgewählten GenossInnen: *„(…) wir bemerken die folgenden Schwierigkeiten: 1. Wir sind eben erst aus dem Krieg hervorgegangen. 2. Uns fehlt es an Technologie, obwohl dieses Problem schnell gelöst werden kann. 3. Es fehlt uns an fixem Kapital [capital equipment] und wir müssen sie von außerhalb ankaufen. Wir lösen dieses Problem im Weitergehen. Diese Schwierigkeiten sind geringfügig. Wir können sie alle innerhalb einer kurzen Zeitperiode lösen"*[25]. Warum auch nicht – wer ohne Technologie und Kapital aus den Trümmern des Vietnamkriegs emporsteigt, löst seine Probleme eben „im Weitergehen" – mit Hacke und Gewehr. Schließlich schrieb der Vierjahresplan ja auch „nur" eine Verdreifachung der landwirtschaftlichen Produktion vor (während die Ausgaben für Kleidung beispielsweise sogar planmäßig zu verringern waren)… Ohne den Vergleich hier überstrapazieren zu wollen, erinnert die Strategie „zuerst sofortige Kollektivierung, dann Industrie", doch ein wenig an Stalins erste Kollektivierungswelle von 1929, die Trotzki damals mit den Worten kommentiert hat: *„Wie man aus einer Flotte von Fischerbooten keinen Dampfer machen kann, so kann man aus den Pflügen und Gaulen der Bauern, selbst wenn alle zusammengefaßt würden, keine großen landwirtschaftlichen Kollektive schaffen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft kann nur durch deren Mechanisierung erreicht werden. Daraus folgt, daß das allgemeine Niveau der Industrialisierung eines Landes das mögliche Tempo der Kollektivierung seiner Landwirtschaft bestimmt. In Wirklichkeit hat man aber diese beiden Prozesse als getrennt und unabhängig voneinander betrachtet"*[26].

Die verfügbaren Daten lassen im Unterschied zu den hochfliegenden Erwartungen der Khmer Rouge nur einen Schluss zu: Das am Reißbrett erdachte Akkumulationsregime führte real zu einer einzigen ökonomischen und sozialen Katastrophe. Die im ganzen Land ausgegebene Losung *„Drei Tonnen pro Hektar!"* blieb unerfüllt, weil unter gegebenen Umständen unerfüllbar: Die vom Krieg nicht zerstörte Anbaufläche lieferte den Ertrag an den meisten Orten nicht, weil die Bewässerung nicht funktionierte. Die neu errichteten Dämme brachen, Bewässerungskanäle lieferten kein Wasser, Reisfelder wurden überflutet oder vertrockneten durch falsche Bewässerung – denn neben Technologie- und Maschinenmangel setzte man IngenieurInnen und BrückenbauerInnen als Reisbauern bzw. -bäuerinnen ein … und nicht als IngenieurInnen und im Brückenbau. Statt drei Tonnen Reis pro Hektar lag der Ertrag mancherorts nicht selten sogar bei Null[27]. Gleichzeitig leiteten regionale Stellen der Partei und des Staates falsche Zahlen an die höheren Stellen weiter – zuungunsten der Bevölkerung schickte man so viel Reis von den Kooperativen an den Staat wie möglich[28]. Doch der größte Faktor der Krise, der schließlich schon 1976 eine umfassenden Hungersnot zur Folge hatte, lag in der politischen Entscheidung, trotz Knappheit Reis zu exportieren – 1977 exportierte man immerhin 150.000 Tonnen Reis[29]. In den Kooperativen etablierte sich in Folge der Knappheit eine (aus anderen „sozialistischen" Ländern bekannte) informelle Ökonomie einer primitiven Tauschwirtschaft. Der Unterschied: der Schwarzmarkt deckte hier nicht so genannte Luxusbedürfnisse ab, sondern wurde bald prinzipielle Anlaufstelle für die elementarste Grundversorgung. Den so genannten *„Neubefreiten"* (den deportierten „Evakuierten" der Städte) blieb vielerorts überhaupt nur dieser Schwarzhandel, um an ausreichend Grundnahrungsmittel heranzukommen – ein Handel, den lokale Khmer-Rouge-Funktionäre zumindest tolerierten, nicht selten aber sogar selbst ankurbelten[30]. Nach dem Tausch ihres Hab und Guts – wobei die ehemals Wohlhabenderen mehr einzutauschen hatten und dadurch länger überlebten – blieb Vielen ganz einfach nichts mehr.

Der Misserfolg ihrer Wirtschaftspolitik blieb offenbar auch der Khmer-Rouge-Führung nicht verborgen, wie Interviews mit ehemals führenden Figuren seit 1979 bestätigen. Bestritten wurde das Ausmaß des Hungersterbens; bestritten wurde die Intention, StädterInnen verhungern zu lassen; abgestritten wurde, „damals davon gewusst zu haben", geleugnet wurde jede Verantwortung für die Katastrophe – doch die Katastrophe selbst wurde beinahe immer in erstaunlicher Offenheit eingestanden. Zugegeben wurde sogar, dass das Khmer-Rouge-*Akkumulationsregime* letztlich versagt hatte. Ieng Sary, prominenter Außenminister der Khmer-Rouge-Regierung, in einem Interview auf die Frage, warum man in den letzten Monaten des Regimes doch noch versucht habe, Handelsbeziehungen mit anderen Ländern aufzunehmen: *„Wir sahen zum Zweiten [neben der Bedrohung durch Vietnam – AK], dass wir nicht auf uns selbst beruhen konnten. Das war meine Meinung seit dieser Zeit, zum Beispiel in der Frage des Geldes (…). Die Ökonomie… wir konnten nicht weiter machen, uns selbst zu versorgen"*[31].

Angesichts der historischen Entwicklung ist allerdings die Frage zu stellen, ob der wirtschaftspolitische Plan einer nationalen, autarken Selbstversorgung von Anfang an feststand. Die Frage ist, ob es überhaupt gesellschaftlichen oder innerparteilichen Widerstand gegen diesen Plan gab, ob es überhaupt Diskussionen dazu gab. Und warum wurde trotz offensichtlicher „Misserfolge" an der Linie festgehalten? Wer hatte letztlich überhaupt Interesse an einem derartigen Akkumulationsregime? Wer waren sie also, diese Khmer Rouge?

Demokratie auf Khmer Rouge. Oder: „Es ist verboten, über den Sinn der Revolution zu diskutieren"[32]

Die *Kommunistische Partei Kampucheas* (CPK) wurde ihrem Anspruch[33], ein monolithischer Block mit einer einzigen vertikalen Befehlskette von oben nach unten zu sein, niemals gerecht. Seit ihrem Bestehen war sie von innerparteilichen Spaltungen und Spannungen durchzogen. Über viele der getroffenen politischen Maßnahmen bestand allem Anschein nach keineswegs Einigkeit innerhalb der CPK – nicht nur die Frage des Ausmaßes an Zusammenarbeit mit Vietnam blieb umstritten; selbst gegen die erst im Februar 1975 vorgebrachte Direktive, die Städte zu evakuieren, regte sich auf höchster Ebene Widerstand[34]. (Auf unteren Ebenen in Partei und Armee schien man teilweise bis zum 17. April selbst nichts von der geplanten Maßnahme gewusst zu haben[35].) Die Partei vereinte Menschen, die in den 50er-Jahren als so genannte *„Khmer*

Kein Mensch ist illegal!
Kein Mensch ist illegal!
Kein Mensch ist illegal!

Issarak“ mit der vietnamesischen *Viet Minh* gekämpft hatten, Menschen, die in Frankreich studiert hatten und dort der KPF beigetreten waren (wie Pol Pot selbst), Mitglieder der Gruppe „*Pracheachon*“ (jener Teil der Partei, der ab Mitte der 50er-Jahre in Phnom Penh öffentlich auftrat und bei Wahlen antrat), „Mao-phile“ Mitglieder der kambodschanisch-chinesischen Freundschaftsorganisation, KommunistInnen, die eher dem Prinzen Sihanouk zusagten oder KommunistInnen, die eine eher prosowjetische Haltung hatten (denn die Frage „China oder Sowjetunion?“ war wie in der thailändischen und sogar vietnamesischen Partei auch in der kambodschanischen lange Zeit nicht entschieden). Das Vorhandensein von Fraktionen und Oppositionen, auch wenn diese natürlich niemals statutarisch-formal als solche auftraten[36], blieb weder westlichen Historikern noch der Parteiführung um Pol Pot selbst verborgen. Fanden erstere allerdings 3 bis 6 dieser Fraktionen[37], so zählte man in Pol Pots Sicherheitszentren mehr als 20 „*konterrevolutionäre Basen*“ im Inneren der Partei – von vietnamfreundlichen GenossInnen, die letztlich zu „*100 Prozent VietnamesInnen [wurden] und (…) als Khmer nichts mehr übrig*“ hatten, über „konterrevolutionäre Intellektuelle“ aus der Jugendorganisation der Partei, bis zu angeblichen KGB- und CIA-AgentInnen[38].

Die Partei war allerdings kein fröhlicher Haufen bunt zusammengewürfelter Linker. Fraktionen und Oppositionen durfte es hier genauso wenig geben wie in anderen „real-sozialistischen“ Staaten. Innerparteiliche Oppositionelle wurden in Kambodscha sogar in einer Schärfe und Gründlichkeit physisch verfolgt und vernichtet, die rückblikkend noch die Sowjetunion zu Zeiten des Großen Terrors atmosphärisch als das sprichwörtliche Gala-Diner erscheinen lassen. Im 5-stufigen Netz der Sicherheitszentren des Geheimdienstes *Santebal*, in dem jede Spezies von „konterrevolutionären Schädlingen“ eingekerkert wurde, stellten Oppositionelle aus den Reihen der Partei oder der Armee die große Mehrheit. Vor allem die obersten Ebenen des Netzes, nicht zuletzt das Office S-21 in der berühmt gewordenen ehemaligen Volksschule *Tuol Sleng*, Folterzentrum für mehr als 14.000 Personen, wurden beinahe vollständig mit Oppositionellen gefüllt[39]. Die „Geständnisse“, die hier produziert wurden, erinnern an die fantastischen Geschichten aus den Kellern des sowjetischen Geheimdienstes. Berühmte Oppositionelle wie Hu Nim, in den 60er-Jahren geradezu Aushängeschild der Linken in Kambodscha und nun Khmer-Rouge-Informationsminister, gestanden nicht nur Delikte wie sexuelle Untreue, sondern auch Putschpläne gegen das Pol-Pot-Zentrum – natürlich zur Restauration des Kapitalismus, oder um „*Kampuchea als revisionistisches Land zu regieren, die Linie komplett der Sowjetunion anzupassen, und Hilfe von allen Ländern zu akzeptieren… speziell [von] den Vereinigten Staaten*“[40].

Der fantastische Charakter der Behauptungen bedeutet jedoch noch nicht, dass das Vorhandensein von Oppositionen an sich bloße Erfindung des Sicherheitsdienstes war. Legt man das Wissen, das heute bezüglich der sowjetischen Prozesse besteht, auf Kambodscha um, so könnte man von Geständnissen mit „Amalgam-Charakter“ sprechen – Aussagen, in denen tatsächliche oppositionelle Haltungen und Handlungen mit fantastischen Plänen dramaturgisch zu jenen Stories verknüpft wurden, wonach mit Hilfe von Mikado und Gestapo (oder eben CIA, KGB und Vietnamesen) versucht worden wäre, die Partei-Granden zu ermorden und den „Kapitalismus wiederherzustellen“. Viele Aussagen aus den Folterkellern legen die Vermutung nahe, dass man es weder mit einer einzigen irrealen Lüge, noch mit der „ganzen Wahrheit“ zu tun hat: „*Ich kann nicht sehen, wie der Kommunismus in der Zukunft bestehen soll, wenn alle technischen Arbeiter entlassen werden, industrielle Produktion stillsteht und Fabriken ihre Tore schließen*“[41]; „*Ich bin kein Mitglied des CIA. Ich habe gestanden, CIA zu sein, als ich mit meiner Schuld konfrontiert wurde. Ich bitte die Organisation, mich zu töten, weil ich nicht der Revolution gefolgt bin (…). Aber ich muss erwähnen, dass ich in meinem Herzen die Organisation überhaupt nicht betrogen habe. Ich bekenne meine Schuld… weil ich sterbe. Lang lebe die glorreiche Revolution! Lang lebe die Revolutionäre Organisation!*“[42]; „*die Organisation ist Scheiße*“[43]; „*Die Organisation befiehlt uns herum wie Kühe oder Büffel*“[44], etc.

Doch jenseits der Frage, wie groß das Körnchen Wahrheit in den Geständnissen tatsächlich ist, bleibt zu erklären, warum ausgerechnet die innerparteiliche Opposition mit einer derartigen Gründlichkeit vernichtet wurde. Das Regime schien die *internen Feinde* mehr noch als die *externen* Feinde gefürchtet zu haben – der Losung verschrieben, dass „*die Feinde ohne Gewehr (…) versteckter, durchtriebener, unheimlicher und bösartiger [sind] als die Feinde mit Gewehr*“[45]. Warum – angesichts einer sozialen und ökonomischen Krise, die selbst der Parteiführung aufgefallen war – die bedingungslose Jagd nach den innerparteilichen Oppositionellen? Warum fraß die Revolution scheinbar schon wieder ihre Kinder?

Die Vermutung liegt nahe, dass die Opposition für die wirtschaftlichen Misserfolge der Regierung verantwortlich gemacht wurde. Die Ereignisse riechen tatsächlich nach der Umsetzung eines „*stalinistischen Drehbuchs*“[46], dem die Khmer-Rouge-

Führung in der Überwindung der „Schwierigkeiten" in einem revolutionären Prozess gefolgt wäre: man verkaufe die eigenen Fehler als Sabotageakte durch Volksfeinde und Schädlinge aus den Reihen der Partei, die man als Sündenböcke an die Wand stelle – denn bei einer Parteilinie, die immer und an sich die einer „*korrekten und klarsichtigen Führung*"[47] ist, kann ganz einfach nur die Anwendung und Ausführung fehlerhaft sein. Die Partei hat ja immer recht.

Doch eine derartige Erklärung hat dennoch einen argumentativen Schönheitsfehler: Sie tendiert dazu, die Opposition als rein „*ideologische*" Opposition zu begreifen, den Konflikt zwischen den Fraktionen als Konflikt zwischen divergierenden „Meinungen" oder „Ideen" über bestimmte Maßnahmen zu behandeln. Und der Verfolgung von *Ideen* haftet irgendwie immer etwas Absurdes, Irrationales an. Schnell wäre man in der Erklärung der Ereignisse wieder bei der diabolischen Irrationalität des CPK-Zentrums angelangt, bei einer vulgärpsychologischen Erklärung, wonach die Pol-Pot-Fraktion in paranoider Furcht vor dem *ideologischen* „Feind im eigenen Bett" unterschiedlichste Menschen gnadenlos dahinschlachtet – bei einer Erklärung, die letztlich an die früher erwähnten Analysen des Sowjetblocks erinnert. Außerdem suggeriert sie die kausale Kette „*falsche Politik – Katastrophe – Suche nach Sündenbock – Erfindung der Opposition – Vernichtung dieser Opposition*". Die Opposition tritt hier nur als zufällige Erscheinung ex post auf die Bühne, als „Opposition im Nachhinein" (so sie nicht sogar gänzlich als Konstrukt des Geheimdienstes angesehen wird). So gesehen klingt diese Erklärung selbst verdächtig nach der logischen Kette, die man sich in den Sicherheitszentren des Geheimdienstes zusammengebastelt hat.

Interessanter wäre eine Erklärung, die die Vernichtung der Opposition nicht als *irrational*, sondern umgekehrt *rational* begreift (im Sinne von nüchtern-durchdacht, keineswegs positiv wertend als „vernünftig"). Denn *quer* zur obigen Unterscheidung diverser *ideologischer* oder historischer Fraktionen, *quer* zur tatsächlichen Ermordung von pro-vietnamesischen Parteimitgliedern oder auch sich als MaoistInnen verstehenden Oppositionellen, lässt sich der Kampf der Fraktionen als *regionaler* Konflikt darstellen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Parteiapparat der Khmer Rouge personell und strukturell bald den Staatsapparat stellte, ließe sich so die These vertreten, dass es weniger um „Gedankenkonflikte" zwischen Vietnam-, Frankeich-, Thailand- oder China-geschulten Kadern ging, als vielmehr um Verteilungskonflikte zwischen den regionalen Fraktionen innerhalb des neuen Staatsapparates.

Empirisch unterstützt vieles diese These. Die regionale und temporale Unterschiedlichkeit der Implementierung diverser politischer Maßnahmen, von der Evakuierung der Städte bis zur Schaffung der Kooperativen, ist vielfach belegt[48]. Gerade die Situation der Deportierten dürfte generell von Provinz zu Provinz, manchmal sogar von Dorf zu Dorf völlig verschieden gewesen sein. In vielen Erinnerungsberichten sind die regionalen Unterschiede der Khmer Rouge zentrales Thema: „*Die Leute hier [in der Ostzone des Landes – AK] arbeiteten nur drei Tage die Woche (…). Sehr große Kanäle waren gegraben worden, die Reisernte war groß, und es gab einiges an Palmzucker und Schweinezucht (…). Die Leute mochten die Ostzonen-Kader, sie waren einig. Es gab keine Klassen wie in den Pol-Pot-Gebieten: jeder war ein Soldat für die Revolution. Wenn die Ostzonengruppe 1977 im ganzen Land die Macht errungen hätte, wären die Dinge nicht so gelaufen, wie sie passierten*"[49]. Ein gänzlich anderes Bild zeigten demgegenüber die anderen Regionen des Landes: Die Zonen im Nordwesten, Westen, Norden und die Zentrumsregion wurden – abgesehen von einigen wenigen Gebieten – vor allem in Bezug auf die Versorgungssituation später durchgehend als „schlechte" Zonen bezeichnet[50].

Auf Verteilungsstreitigkeiten lassen mysteriöse Maßnahmen wie diejenige der so genannten „*zweiten Evakuierung*" Ende 1975 schließen. Nach der ersten Evakuierung der BewohnerInnen Phnom Penhs arbeiteten viele Deportierte z.B. in den Reisfeldern der Südwestzone. Kurz vor der Ernte schickte man allerdings Tausende Menschen geschlossen in Zonen wie den Nordwesten – in Gebiete, die die Versorgung dieser Leute unter gegebenen Umständen unmöglich leisten konnten[51]. Aus der Ostzone wurden ebenfalls etwa 50.000 Menschen, teilweise Angehörige der islamischen Cham-Minderheit, in die Nordzone umgesiedelt. „Bruder Chhon" schrieb diesbezüglich am 30. November 1975 an Pol Pot, dass der Norden die islamischen Menschen nicht aufnehmen wolle, sondern nur die „*puren Khmer*": „*Der Nordwesten und der Norden müssen sie annehmen, sodass wir sie vom Mekong-Fluss fernhalten können, was die Atmosphäre entspannen würde. Allerdings nehmen sie sie nicht an. Bruder, bitte triff eine Entscheidung bezüglich dieses Problems*"[52]. Die Beispiele stehen symptomatisch für die Tendenz bestimmter regionaler Verwaltungen, sich unabhängig von den Folgen der getroffenen Entscheidung – ob nun der Evakuierung der Städte auf nationaler Ebene oder der Rochade ganzer Bevölkerungsgruppen auf lokaler Ebene – auf Kosten anderer Fraktionen oder Regionalverwaltungen zu behaupten[53]. Man nutzte die Arbeitskraft der Evakuierten, versuchte aber, deren Versorgung Anderen zu überlassen – eine Praxis, die manche

Evakuierte später nicht anders denn als Ausbeutung erinnerten: *„Ich begriff, dass sie schon vorher gewusst haben mussten, dass wir nicht sehr lange hier bleiben würden. Sie hatten uns für alles, was wir wert waren, benutzt, unsere Kräfte aufgezehrt und unser Hab und Gut in die Finger bekommen. Nun [nachdem man sie weiterschickte – AK] zerflossen sie in Selbstmitleid* “[54].

Die regionalen Spannungen innerhalb der Khmer-Rouge-Verwaltung traten schließlich auch offen zutage und wurden in Kritik-und-Selbstkritik -Seminaren als Problem *„schlaffer organisatorischer Disziplin“* und *„Sektor-Vetternwirtschaft“* gebrandmarkt – man handle *„noch nicht in enger Solidarität als einheitlicher Korpus“*[55]. In mehreren Gebieten, in der Nordzone 1976 und 1977, in der unter Koy Thuon offenbar tatsächlich ein Putschversuch gegen die Pol-Pot-Fraktion vorbereitet wurde, im Westen unter Chou Chet im April 1977 und in der Ostzone unter So Phim 1977 bis 1978, kam es zu militärischen Erhebungen und zu Gefechten zwischen den regionalen Khmer-Rouge-Einheiten und der Khmer-Rouge-Zentralregierung[56]. Die Erhebungen gingen Hand in Hand oder folgten auf breitere Demonstrationen in verschiedenen Dörfern und eine Reihe von Aufständen, die großteils blutig niedergeschlagen wurden[57]. Die „RädelsführerInnen“ dieser Aktionen, bald aber auch nur potentielle Oppositionelle, wurden nächtens unter irgendwelchen Vorwänden verhaftet oder von Tötungskommandos hingerichtet – bald nicht mehr nur „neubefreite“ Intellektuelle, sondern auch „Altbefreite“[58]. In Reaktion auf die Aufstände ersetzte die Zentralregierung mit Unterstützung durch die Zonenverwaltungen des Nordostens unter Ke Pauk und vor allem des Südwestens unter Ta Mok Schritt für Schritt die regionalen Verwaltungen. Truppen aus beiden Zonen überrannten regelrecht die West-, Nord-, Nordwest- und schließlich auch die mächtige Ostzone – bis zahllose Familienmitglieder von Mok und Pauk auf den Verwaltungsposten der Zonen und Regionen zu finden waren[59]. Die aufständischen Kader und deren Familien, tatsächliche wie potentielle Oppositionelle innerhalb der Partei ebenso wie Zig-Tausende reale oder vermeintliche UnterstützerInnen der betreffenden Fraktionen, wurden deportiert, exekutiert oder in den erwähnten Sicherheitszentren inhaftiert. Viele starben in Kämpfen und während Deportationen, an Hunger ebenso wie durch sofortige Exekutionen. Die Anzahl der Todesfälle übertraf jene der vorangegangenen Jahre nun bei weitem[60] – allein im Rahmen des Ostzonenaufstands schätzt man die Zahl der Toten auf mehr als 100.000 Personen[61]. Doch während sich das Land schon allein durch diese Kämpfe real im Bürgerkriegszustand befand – sogar in Phnom Penh kam es 1978 nach der Verhaftung Vorn Veths, des Ökonomieministers, zu Gefechten zwischen FabrikarbeiterInnen und SoldatInnen[62] –, während Tuol Sleng immer voller und die Partei immer kleiner wurde, versuchte die verbleibende Fraktion um Pol Pot im letzten Akt des Dramas den drohenden politischen Zusammenbruch erneut militärisch abzuwenden: in einem de facto aussichtslosen Krieg gegen Vietnam, den *„Aggressor, Annexionist[en], Verschlucker von Territorien, der sich wie Hitler verhält (…) auf barbarische, grausame und faschistische Art“*[63]. Der „Kriegskommunismus“ mutierte zum Kommunismus im Krieg…

Der Staat der Revolution

Die einzelnen Fraktionen standen also offenbar nicht nur politisch oder ideologisch in Konflikt, sondern auch bezüglich ihrer regionalen Verwaltungen in einem Konkurrenzverhältnis. Dieses Konkurrenzverhältnis war Resultat des Krieges, der militaristisch-wirtschaftlichen Organisation eines kambodschanischen Kriegskommunismus und damit der Macht lokaler Parteiapparate, an deren Spitze stets eine Persönlichkeit stand, die politische und militärische Positionen in Personalunion vereinte und die man daher als Warlord charakterisieren könnte. Die Zentralisierung der Apparate – beispielsweise die Schaffung der nationalen Armee, die erst im Juli 1975 stattfand[64] – griff in dieses Konkurrenzverhältnis ein und verschob Kräfteverhältnisse: das „Parteizentrum“ um Pol Pot, die lokalen Militärverwaltungen des Südwestens und Nordostens und der Sicherheitsdienst entledigten sich sämtlicher anderer regionaler Khmer-Rouge-Fraktionen. Die politische wie auch gesellschaftliche Opposition gegen die Khmer Rouge war dabei nicht nur real existent, sondern beeinflusste in großem Ausmaß die Handlungsweise und „Entscheidungsfindung“ der CPK-Führung. Meines Erachtens wäre sogar die These vertretbar, dass die Spannungen innerhalb der Partei maßgeblich die Wahl der politischen Maßnahmen beeinflussten. Selbst Maßnahmen wie die „Evakuierung“ Phnom Penhs erklären sich eher politisch, denn ökonomisch oder ideologisch. Pol Pot selbst versteifte sich (im Gegensatz zu seinen westlichen Sykophanten) nie auf die Argumentation, das Hungerproblem damit zu lösen beabsichtigt zu haben – die Evakuierung sei durchgezogen worden, *„(…) weil wir wußten, daß vor der Zertrümmerung aller Arten von feindlichen Spionageorganisationen unsere Macht nicht groß genug war, um das revolutionäre Regime zu verteidigen (…). Aber als wir sie überwältigten, war es schwierig für sie, eine Rückkehr zu arrangieren. Ihre Kräfte waren zerstreut in verschiedenen Kooperativen, die wir im Griff hatten. So hatten wir die Initiative in unseren Händen“*[65]. Und mit dieser Formulierung war

nicht nur der CIA gemeint, sondern auch der Feind in den eigenen Reihen. Die aus Maßnahmen wie der Evakuierung der StadtbewohnerInnen resultierende ökonomische Katastrophe wirkte sich jedenfalls umgekehrt auf die Konflikte innerhalb der Partei aus, deren Verschärfung wiederum eine Zerschlagung nicht nur der politischen, sondern auch der gesellschaftlichen Opposition mit sich brachte. Die politische Dynamik des Regimes könnte insofern über die Wechselwirkung zwischen innerparteilichem Konflikt und sozialen Folgen politischer Maßnahmen erklärt werden.

Pol Pots „Wissen" in obigem Zitat, dass *„die Macht nicht groß genug war*", dass es also offenbar um die Hegemonie der Khmer Rouge schlecht stand, regt ebenfalls zum Nachdenken an. So manches Dokument unterstellt regelrecht, dass die CPK in Friedenszeiten schlicht „baden gegangen" wäre: *„Wenn die Revolution Kampucheas den Waffenstillstand [den Vietnam mit den USA in Paris 1973 unterzeichnete – AK] akzeptieren würde, würde sie zusammenbrechen*"[66]. Offenbar glaubte man 1973, den Krieg *politischqe zu brauchen – doch wohin sollte ein gewonnener Krieg führen, wenn die CPK nur im Krieg nicht* kollabierte? Wohin, wenn nicht in die militarisierte Revolution?

Tatsächlich wäre es analytisch verlockend zu behaupten, dass die Khmer-Rouge-Führung die permanente Mobilisierung des Kriegszustands politisch benötigte; sich politisch nur selbst „reproduzieren" konnte durch die Ausrufung des permanenten Ausnahmezustands – sie ergänzte den Krieg gegen die USA durch den Krieg gegen die internen Feinde, um schließlich im Krieg gegen Vietnam zu (ver)enden. Zentrale Teile der Partei schienen großes Interesse an der Erhaltung der Verwaltungsstrukturen aus Kriegszeiten zu haben, weil sie u.a. zweifellos materiell profitierten. Die Suche nach den dunklen Kriegstreibern hinter den Kulissen kommt meines Erachtens nicht an einer sozioökonomischen Analyse der lokalen Militärverwaltungen, der Macht der regionalen *Warlordsqe, vorbei. Hier findet sich der Staatsapparat innerhalb der Revolution, der Staat der Revolution – eine militärbürokratische Schicht privilegierter Bonzen, die gleichzeitig Partei, Reis und Menschen verwaltete, die schon seit Jahren in Kommandocamps gelebt hatte, stets außerhalb der Dörfer angesiedelt*[67]. Eine Schicht „revolutionärer Parteikader", die sich in den Dörfern Obstbäume reservierte[68]; ArbeitsgruppenführerInnen, die weniger bis gar nicht arbeiten mussten[69], aber neben zusätzlichen Extrarationen auch z.B. das (anderen nicht gegönnte) Privileg hatten, Fahrrad zu fahren[70]. „Kader", die – frei nach Pierre Bourdieu – den feinen Unterschieden frönten, US-Army-Wasserflaschen, Zahnbürsten, Ho-Chi-Minh-Sandalen, Uhren, westliche Medizin, Moskitonetze, Kugelschreiber, Nylonhängematten, Zahnbehandlungen mit Gold und schließlich eigene SekretärInnen und Gemüsebeete besitzen zu dürfen[71]. Eine Schicht, die sich bemühte, sogar ihre Sicherheitszentren vor den Blicken der Bevölkerung zu schützen – denn „[a]ll diese Kader", so einer der ehemaligen Kader eines Sicherheitszentrums offen, *„verteidigten ihre Zentrumsumfassung aus zwei Gründen: um Geheimhaltung zu wahren und um die Pflanzen, Früchte und den Reis zu bewachen, um [all das] für sie selbst zum Verzehr zu behalten*"[72].

„Die Partei" wäre insofern weder analytisch-begrifflich noch historisch real von „dem Staat" zu trennen – die Partei ist vielmehr Staat geworden. In Kambodscha wie in anderen Fällen „real-sozialistischer" Revolutionen des 20. Jahrhunderts ging mit dem *„stalinistische[n] Prozess der Destruktion der eigenen administrativen und politischen Basis der Partei*"[73] die *Verschmelzung* von Partei- und Staatsapparat einher. Die revolutionäre Erhebung, so könnten die einen sagen, wurde monopolisiert und kanalisiert durch die Partei und hatte im Parteiapparat bereits ihren Staatsapparat in Nuce. Der Prozess der Zerstörung der eigenen Partei durch die führende Pol-Pot-Fraktion, so könnten andere mit ebensolchem Recht behaupten, war Voraussetzung für die unwidersprochene Herrschaft des militärbürokratischen Verwaltungsapparates. Die Kausalität kann je nach Belieben gedreht und gewendet werden – denn wer kann schon sagen, ob die Partei den Staat übernommen hat oder der Staat die Partei, ob die Partei zerstört wurde, um den Staat zu bilden, oder der Staat durch die Ausdehnung der Partei zerstört wurde? Eine Entscheidung darüber, wer sozusagen „schuld" ist an der Verschmelzung, scheint wenig sinnvoll – letztlich waren Zerstörung und Ausdehnung der Partei gleichzeitig ablaufende Prozesse. Die Suche nach dem Ursprungsübel aber, wie jenem ominösen „leninistischen Parteimodell", taugt hier offenbar wenig[74]. Wie auch immer man sich hier „entscheidet", die Herausbildung einer neuen Staatlichkeit neben dem alten Staatsapparat, die Ersetzung dieses alten Apparats durch einen neuen, scheint der zentrale Nerv in der Frage zu sein, warum die Entwicklungen schließlich den Lauf nahmen, den sie nahmen.

Und eines lässt sich hier wohl resümieren: Die Revolution in Kambodscha war keine radikale Revolution, die den Staat zerschlagen hat, sondern eine staatliche Revolution, die die Revolution zerschlagen hat.

E-Mail: andreas.kranebitter@gmx.at

Anmerkungen:

1 Siehe – nur als ein Beispiel unter vielen – z.B. Gáspár Miklós Tamás: Ein ganz normaler Kapitalismus, in: grundrisse #22 (Wien 2007). Den großen Begriff untermauert der Autor vor allem mit einer großen Portion Gewissheit: „Es kann keinen Zweifel über das Fortdauern klassischer kapitalistischer Merkmale in den Regimes des Ostblocks geben" (ebd., S.10); „Ich denke nicht, dass irgendein Zweifel daran bestehen kann, dass der „real existierende Sozialismus" ein Staatskapitalismus besonderer Art war" (Gáspár Miklós Tamás: Konterrevolution gegen eine Konterrevolution, in: grundrisse #23 (Wien 2007), S.46). Doch was, wenn wir zweifeln? Warum verbietet uns der Autor hier überhaupt das Zweifeln?

2 David Chandler spricht von 14.000 Mitgliedern (David P. Chandler.: The Tragedy of Cambodian History. Politics, War, and Revolution since 1945 (Chiang Mai 1999), S.242f.); nach Stephen Heder behauptete die CPK, 1975 eine Größe von 40.000 erreicht zu haben (Stephen Heder: Interview mit dem Autor, Phnom Penh, 31.3.2007).

3 Siehe dazu z.B. Edward Carr: Die russische Revolution. Lenin und Stalin 1917-1929 (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980) oder Richard Lorenz: Sozialgeschichte der Sowjetunion (Frankfurt/Main 1981). Das so genannte Lenin-Aufgebot ging auf Lenins Wunsch zurück, der Gefahr des „Bürokratismus" mit dem „Anwachsen" der Parteigremien zu entkommen. Lenin, der in seinen letzten Briefen wie ein verbales Rumpelstilzchen um sich schlug – „Bei uns sind alle in dem widerlichen bürokratischen „Behörden"sumpf versunken (…). Behörden sind Dreck; Dekrete sind Dreck." (Lenin: Werke, Bd. 36, S.551) –, offenbarte damit seine prinzipielle Unfähigkeit, administrative „Probleme" anders als administrativ lösen zu wollen. Die Aufnahme der neuen Mitglieder kontrollierten die Parteiinstanzen des Politbüros, des Orgbüros und des Sekretariats des ZK – sprich: Stalin, der in allen drei zu finden war.

4 Alec Nove: The Challenge of Industrialization, in: Robert V. Daniels (Hg.): The Stalin Revolution: Foundations of the Totalitarian Era (Lexington/Toronto 1990), S.34.

5 „Die Partei" als abstrakt handelnde Einheit zu begreifen, heißt darüber hinaus die alte Story von der monolithischen Geschlossenheit der Partei akzeptieren – heißt also, die Geschichtsschreibung der kommunistischen Parteien selbst als „wahr" anzuerkennen. Schon bei der leisesten Berührung mit empirischer Forschung zerfallen derartige Analysen allerdings zu Staub: Monolithismus und Omnipotenz der Partei sind und waren Illusionen. Viele HistorikerInnen erwarteten sich nach dem Umbruch von 1989 und der Öffnung der sowjetischen Archive etwa die „Enthüllung der ganzen Wahrheit" – ganz so, als würde sich schwarz auf weiß ein Masterplan Stalins zur Liquidierung von 10 Millionen Menschen samt zugehöriger Erklärung finden. Zum Leidwesen dieser HistorikerInnen musste mensch bald entdecken, dass sich „die Wahrheit" so offen nicht finden ließ – dass Stalin beispielsweise in seinen Briefen an Kaganowitsch oder Molotow seine eigenen Konstrukte tatsächlich selbst zu glauben schien (R.W. Davies/Oleg V. Khlevniuk/E.A. Rees: The Stalin-Kaganovich Correspondence 1931-36 (New Haven & London 2003), S.12).

6 Dieser Artikel versteht sich als Fortsetzung des in der #21 der grundrisse erschienenen Artikels „Von Brillen und Schlangen". Für eine historische Übersicht über die Ereignisse siehe ebd. Auch hier wurden sämtliche Zitate durch den Autor ins Deutsche übersetzt.

7 Michael Vickery: Cambodia 1975-1982 (Boston 1984), S.177.

8 „Aufbau und Stärkung der Partei durch einige marxistische Meinungen". Yale University with the Documentation Center of Cambodia (DC-Cam): Khmer Rouge Top Secret Santebal (S-21) Archives (D Collection) (New Haven/Phnom Penh, D21475), S.9; die Signaturen im Folgenden beziehen sich auf dieses Archiv.

9 Henri Locard: Pol Pot's Little Red Book. The Sayings of Angkar (Chiang Mai 2004), S.38.

10 Botschaft des Demokratischen Kampuchea (Hg.): Khèm, die junge Kämpferin und andere Erzählungen des kambodschanischen Widerstands (Berlin 1976), S.69.

11 Wie bereits früher berichtet gingen Anti-Kriegs-JournalistInnen für Kambodscha beispielsweise von einer Tonnage von insgesamt 500.000 Tonnen Bomben aus, neuere Daten hingegen von der fünffachen Menge.

12 David P. Chandler/Ben Kiernan/Chanthou Boua: Pol Pot Plans the Future. Confidential Leadership Documents from Democratic Kampuchea, 1976-1977 (New Haven 1988), S.48. Ähnliche Zitate finden sich in dieser Publikation zuhauf. Die Organisierung der Kooperativen folgte beispielsweise der militärischen Unterscheidung zwischen stehendem Heer (workforce) und mobilen Arbeitsbrigaden, die in Größen von Gruppen bis zu Bataillonen und Regimentern existierten (Francois Ponchaud: Cambodia Year Zero (New York 1977), S.87-108; Marie Alexandrine Martin: Rice Culture and Water Control in Democratic Kampuchea, in: Rural Studies Magazine (July-September 1983) (D01062), S.5ff.).

13 Locard: Little Red Book, S.163.

14 Zitiert nach Meng-Try Ea: The Chain of Terror. The Khmer Rouge Southwest Zone Security System (Phnom Penh 2005), S.6.

15 Siehe David P. Chandler: Voices from S-21. Terror and History in Pol Pot's Secret Prison (Berkeley/Los Angeles 1999), S.23.

16 Ho Mean, ehemaliger Wärter in Tuol Sleng, zitiert nach Meng-Try Ea/Sorya Sim: Victims and Perpetrators? Testimony of Young Khmer Rouge Comrades (Phnom Penh 2001), S.24.

17 Ebd., S.39.

18 „Diese Warenhäuser [die Kooperativen-Dorfwarenhäuser – AK] bringen den KK [„Khmer Krahom", Khmer für „Khmer Rouge" – AK] einen großen Profit, der gänzlich von der Regierung einbehalten wird" (Kenneth M.: Quinn The Khmer Krahom Program to Create a Communist Society in Southern Cambodia (1974) (D17476), S.30f.).

19 Ben Kiernan: The Pol Pot Regime. Race, Power, and Genocide in Cambodia under the Khmer Rouge, 1975-1979 (New Haven/London 2002), S.182ff.; Dy, Khamboly: A History of Democratic Kampuchea (1975-1979) (Phnom Penh 2007), S.29.

20 Osman Ysa: The Cham Rebellion. Survivors' Stories from the Villages (Phnom Penh 2006), S.9; Quinn: The Khmer Krahom Program, S.29, Ith Sarin: Life in the Bureaus (Offices) of the Khmer Rouge (3 June 1972 to 15 January 1973), in: Timothy Michael Carney (Hg.): Communist Party Power in Kampuchea (Cambodia) (Ithaca 1977), S.46ff.; Philip Short: Pol Pot. Anatomy Of A Nightmare (New York 2005), S.229ff.

21 Chandler et al.: Pol Pot Plans, S.14. Die englische Formulierung lautet „Super Great Leap Forward".

22 Die aus anderen „sozialistischen" Ländern bekannte schematische Phasentrennung revolutionärer Prozesse spiegelt sich auch darin



wieder, dass man die Zeit vor dem 17. April 1975 als „nationale demokratische Revolution" bezeichnete und erst die Zeit danach als „sozialistische Revolution" charakterisierte (Vgl.: Kosal Phat/Ben Kiernan (Hg.): Ieng Sary's Regime: A Diary of the Khmer Rouge Foreign Ministry, 1976-79 (New Haven 1998), S.13).

23 Chandler et al.: Pol Pot Plans, S.30„ S.97. Man brüstete sich sogar damit, im Unterschied zu anderen sozialistischen Ländern den verfügbaren gesellschaftlichen Mehrwert re-investieren zu wollen: „Wenn wir eine Million riels [traditioneller Name der Währung in Kambodscha – AK] hätten, würden wir alles für den Aufbau des Landes und die Verteidigung des Landes verwenden. Wenn sie eine Million riels hätten, würden sie die Hälfte davon für Löhne ausgeben und nur die Hälfte für den Aufbau und die Verteidigung des Landes. Das bringt sie eine halbe Million hinter uns" (ebd., S.129).

24 Siehe z.B. Martin: Rice Culture, S.30.

25 Ebd., S.130. Ähnliches Selbstvertrauen findet sich zum Beispiel auch in einer Rede Khieu Samphans: „Es ist unsere strategische Linie, das Land in allen Bereichen aufzubauen, indem wir auf die Kräfte des Volkes vertrauen, auf nationale Rohstoffe, und indem wir uns grundlegend auf nationales Kapital stützen. Wir haben Vertrauen in diesen Plan [line of action]" (Khieu Samphan: Speech by Comrade Khieu Samphan. President of the Presidium of the State of Democratic Kampuchea at the mass meeting held on the occasion of the Third Anniversary of the Glorious April 17 and the Founding of Democratic Kampuchea (D21934), S.8).

26 Leo Trotzki: Schriften 1.1., S.146f.. Es geht hier offensichtlich um die uralte marxistische, eben unter anderem in der Sowjetunion geführte Industrialisierungs-Debatte über die „ursprüngliche sozialistische Akkumulation". In Kambodscha wurde diese Debatte nicht geführt – sie wurde (mit der Ermordung Hou Yuons) vielmehr im Keim erstickt und durch die „Gewissheit" ersetzt, die Industrialisierung aus eigener Kraft finanzieren zu können.

27 Vgl. zu diesem umfassenden Punkt vor allem Marie Martin (Martin: Rice Culture, S.15, ebd., S.19, S.22ff. und S.28 zum Ertrag von Null Tonnen pro Hektar), Vickery: Cambodia, S.157ff., Kiernan: Pol Pot Regime, S.241, sowie die Beobachtungen Pin Yathays, der seines Zeichens als Ingenieur erkennen musste, dass die mühsam und unter immensem Einsatz von Arbeitskraft errichteten Kanäle kein Wasser liefern konnten, weil sie stellenweise bergauf (!) flossen (Pin Yathay: Stay Alive, My Son (Chiang Mai 1987), S.74ff.): „Ich konnte außerdem sehen, dass all unsere Arbeit umsonst sein würde. Niemand hatte die Baustelle besichtigt, es gab keine Pläne, und niemand machte Aufzeichnungen. Die Khmer Rouge schienen zu denken, dass revolutionärer Eifer die Gesetze der Physik ersetzen konnte" (ebd., S.76).

28 Dy: History, S.58.

29 Kiernan: Pol Pot Regime, S.204; siehe auch ebd., S.236, sowie Ponchaud: Cambodia Year Zero, S.74f. Der Handel mit China – neben Nordkorea anfangs einziger Handelspartner und einzig akzeptierter Kreditgeber – stabilisierte die kambodschanische Ökonomie nicht. Kambodscha erhielt von China zwar bereits im September 1975 eine Hilfe in der Höhe von einer Milliarde US-Dollar, der die drohende unmittelbare Hungerkatastrophe im April 1975 lindern half; diese Hilfe fiel allerdings bereits 1976 weg (Kiernan: Pol Pot Regime, S.129ff..). Der weitergehende Handel blieb ein äußerst ungleicher Tausch zuungunsten des Khmer-Rouge-Regimes: letzteres exportiert nicht nur Reis nach China, sondern auch Güter wie Geckoköpfe, Tigerknochen, Tiger- und Schlangenhäute, Bärenfelle, Moschushirschgeweihe, Schildkrötenpanzer u.v.m. (ebd., S.136ff.) – zu einem immens niedrigen Preis: China bezahlte pro Tonne Hirschgeweih 211 US-Dollar – während ein einzelnes Hirschgeweih an der thailändischen Grenze 50 US-Dollar kostete (ebd., S.382f.).

30 Vickery: Cambodia, S.158; Pin: Stay alive, S.103. Nach Pin Yathay bekam man am Schwarzmarkt für 200 US-Dollar zunächst 40 Kondensdosen Reis, bald jedoch nur mehr 3 Dosen (ebd., S.139). (Milch-Kondensdosen mit Reis schienen so etwas wie das „allgemeine Äquivalent" der Khmer-Rouge-Epoche geworden zu sein.)

31 Elizabeth Becker: Interview of Ieng Sary, 22 July 1981, New York at the U.N. Mission of Democratic Kampuchea, S.3.

32 Regel in der „Sicherheitsordnung" im Foltergefängnis Tuol Sleng (vgl. z.B. Walter Heynowski/Gerhard Scheumann: Die Angkar (Berlin 1981), S.59f.).

33 Der betreffende Anspruch liest sich sogar in den durchaus auf demokratische Worte bedachten Statuten der Partei: „IV. Organisatorische Statuten der Partei (…) a. Die Parteiführung auf der höchsten Ebene der Partei wird durch Wahl gebildet. Allerdings wird in Orten, wo die Bedingungen nicht geeignet sind, die Partei die Entscheidungen und Ernennungen machen (…). c. Pflicht eines Mitglieds ist es, die Mehrheit zu respektieren (die niedrigere Ebene muss die höhere Ebene respektieren)" („A Short Guide for Application of Party Statutes", in: Carney (Hg.): Communist Party Power, S.60). Der jede Wahl sofort relativierende Punkt a) legt die Vermutung nahe, das das beschworene Subjekt „Partei" in Wahrheit ihr Zentralkomitee meint; Punkt c) setzt wiederum eindeutig „die Mehrheit" der Partei mit „der höheren Ebene" der Partei gleich.

34 Vickery: Cambodia, S.33. Hou Yuon, praktisch der bekannteste Kommunist der 1960er-Jahre, der nicht nur die antivietnamesische Haltung der CPK kritisiert hatte, sondern auch der Evakuierungsentscheidung widersprach, wurde offenbar aus diesem Grund noch im April 1975 ermordet (Kiernan: How Pol Pot Came To Power. A History of Communism in Kampuchea, 1930-1975 (London 1985), S.230f.).

35 Vickery: Cambodia, S.73ff.

36 Heder: Interview mit dem Autor.

37 Kiernan zählt 3 größere Fraktionen (Kiernan: How Pol Pot, S.308ff., Ben Kiernan: Conflict in the Kampuchean Communist Movement, in: Journal of Contemporary Asia Vol. 10 No.1/2 (1980), S.7-74); Craig Etcheson zählt 6 Fraktionen: Craig Etcheson: The Rise and Demise of Democratic Kampuchea (Boulder 1984), S.164f. Im persönlichen Gespräch hat Etcheson diese Einteilung bekräftigt (Craig Etcheson: Interview mit dem Autor (Phnom Penh, 31.3.2007)).

38 „The Last Joint Plan" (D01525), S.5ff.

39 Dy: History, S.48; Ea: Chain of Terror, S.2ff. Nur von zwölf Personen ist das Überleben bekannt.

40 Zitiert nach Ben Kiernan/Chanthou Boua: Bureaucracy of Death, NEW STATESMAN vom 2.5.1980, S.669-676 (D17024). Ein weiterer Oppositioneller, Koy Thuon, so Hu Nim weiter, habe ihm die Gründung einer zweiten kommunistischen Partei vorgeschlagen, um die CPK zu stürzen. Er habe geantwortet: „Es würde gut sein, sie [Koy Thuons und Hu Nims Partei – AK] zu fusionieren, denn die beiden Parteien haben nur ein Ziel, i.e. die Kommunistische Partei Kampucheas zu stürzen, die Macht zu erringen und Kampuchea in der Form eines kapitalistischen Landes zu regieren (…)" (ebd.).

41 Ho Tong Ho, zitiert nach Chandler: Voices, S.99.

42 Elektrizitätsarbeiter Suy Chheng Huot, zitiert nach Chandler: Voices, S.79.

43 Prak Chhean, zitiert nach Chandler: Voices, S.99.

44 Nop Nuon, zitiert nach Ea/Sim: Victims and Perpetrators?, S.32). Ein Eisenbahnarbeiter, der seinen Kollegen denunziert – ein Geständnis, das einiges über das Verhältnis der Khmer Rouge zur theoretisch privilegierten ArbeiterInnenklasse aussagt: „Ton [der Kollege – AK] war ein Senior-Arbeiter. Er war mit der Revolution nicht zufrieden, wie seine Kollegen. Jeden Tag verbreitete er Propaganda wie folgt: [Punkt 1] Weil ich ihnen beinahe alle Techniken beigebracht haben, wollen sie mich von diesem Platz verjagen (…). [Punkt 3] Heutzutage sind Senior-ArbeiteInnen für sie wie Müll unter ihren Füßen, sie können auf ihnen herumtrampeln, wann immer sie wollen. [Punkt 4] Sie sind nur gut im Angeben und in der Theorie, aber nicht in der Praxis (…)" (Um Samnang, zitiert nach Dy: History, S.52f .). Zur Frage des Verhältnisses der Khmer Rouge zur ArbeiterInnenklasse vgl. auch folgendes Zitat: „Wir verwenden [use] alte ArbeiteInnen nicht. Wir brauchen sie nicht, denn wenn wir die alten ArbeiteInnen ohne sorgsame Auswahl und Purifikation [purification] verwenden, wird es viele politische Komplikationen geben, die zu vielen Schwierigkeiten für uns führen werden… Wir wollen uns nicht in

alte Sachen verwickeln“ (Tung Padevat, zitiert nach Kiernan, Ben: Kampuchea and Stalinism, in: Colin Mackerras, Nick Knight (Hg.): Marxism in Asia (London/Sydney 1985), S.246).

45 Chandler: Voices, S.174. Ieng Sary in dem oben zitierten Interview: „Die Befürchtung war aus meiner Sicht ein Coup im Inneren, nicht die Gefahr einer Invasion von außen. Ich weiß nicht, wer den Coup machen würde. Ich war nicht für die Sicherheit verantwortlich. Ich habe nur Berichte gehört“ (Becker: Interview of Ieng Sary, S.2).

46 Heder: Interview mit dem Autor.

47 Vgl. z.B. Department of Press and Information of the Ministry of Foreign Affairs of Democratic Kampuchea (Hg.): Black Paper: Facts and evidences of the acts of aggression and annexation of Vietnam against Kampuchea (New York 1978), S.85.

48 Siehe exemplarisch nur Vickery: Cambodia.

49 Ben Kiernan: Wild Chickens, Farm Chickens, and Cormorants: Kampuchea’s Eastern Zone under Pol Pot, in: David P. Chandler/Ben Kiernan (Hg.): Revolution and its Aftermath in Kampuchea: Eight Essays (Yale University Southeast Asia Studies, Monograph Series No. 25, New Haven 1983), S.136. Siehe zum Punkt der regionalen Widersprüchlichkeit allgemein auch Vickery: Cambodia, S.86; Dy: History, S.31 und Kiernan: Pol Pot Regime, S.205ff. Dennoch wurden auch in der Ostzone die Maßnahmen der Zentralregierung umgesetzt, wie beispielsweise das unbeliebte kommunale Essen, und Aufstände gegen die Khmer Rouge blutig niedergeschlagen (Ysa: Cham Rebellion, besonders S.19ff.).

50 Vickery: Cambodia, S.100ff.

51 Kiernan: Pol Pot Regime, S.220ff.

52 Telegramm Nr. 15 (N0001045), in: The Pol Pot Files, 1975-1977 (http://www.yale.edu/cgp/polpotfiles.html, Abruf 21.10.2007).

53 Vgl. zu dieser These auch David Chandlers Einleitung zum „Vierjahresplan“: Chandler et al.: Pol Pot Plans, S.42f.

54 Someth May: Cambodian Witness (New York 1986), S.141.

55 Phat/Kiernan: Ieng Sary’s Regime, [37], [42] und [45].

56 Zur Nordzone vgl. Heder: Interview mit dem Autor; Kiernan: Pol Pot Regime, S.340f. (Allein im März 1977 kamen 1.059 Khmer-Rouge-Kader der Nordzone nach Tuol Sleng (Chandler: Voices, S.62)). Zur West- und Ostzone vgl. Kiernan: Pol Pot Regime S.345f. und S.369ff.

57 Pin: Stay alive, S.117; Ysa: Cham Rebellion, S.19ff.

58 Kiernan: Pol Pot Regime, S.202. Die Bezeichnung „neu-„ bzw. „altbefreit“ verrät hier Einiges: Den „Neubefreiten“, die verächtlich auch als „Abgelegte“ bzw. „Deponierte“ bezeichnet werden – unter ihnen auch FabrikarbeiterInnen – wird nebst einigen anderen Rechten das Recht zu wählen aberkannt, die „Altbefreiten“ (Khmer „multhan“, Englisch „old people“ bzw. „base people“) werden selbst in zwei weitere Kategorien geteilt: jene Personen, die keine Verwandten unter den Neubefreiten haben und daher alle Rechte genießen („Vollrechts-Leute“), und jene, die einzelne Angehörige unter den Neubefreiten haben und in der Khmer-Rouge-Logik daher nur eingeschränkte Rechte zu besitzen verdienen – sie werden als „Kandidaten“ bezeichnet (Vickery: Cambodia, S.81). Offenbar wurde hier die Parteidiktion für die ganze Bevölkerung übernommen – wie kommt man sonst auf die Idee, Bevölkerungsgruppen mit dem Stempel „KandidatInnen“ zu versehen?

59 Chandler: Voices, S.76.

60 Kiernan: Pol Pot Regime, S.246.

61 Vickery: Cambodia, S.136.

62 Ebd., S.161.

63 Pol Pot: Interview to Mr. Jan Myrdal (Phnom Penh, August 1978), S.13. Demselben Interview zufolge sei Vietnam 1.000 Mal schlimmer als die Imperialisten (ebd., S.2).

64 Vannak Huy: The Khmer Rouge Division 703. From Victory to Self-Destruction (Phnom Penh 2003), S.7; Kiernan: Pol Pot Regime, S.94.

65 Zitiert nach William Shawcross: Schattenkrieg. Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas (Berlin/Frankfurt am Main/Wien 1979), S.405. Eine ähnliche Formulierung findet sich in einem Interview Pol Pots mit einer jugoslawischen BesucherInnen-Delegation: Pol Pot: Interview to the Delegation of Yugoslav Journalists in Visit to Democratic Kampuchea (Phnom Penh, March 1978), S.10. Im oben zitierten Telegramm ist ebenfalls wörtlich von einer „Zerstreuungsstrategie“ (dispersal strategy) die Rede (Telegramm Nr.15). Dass es bei den erwähnten Maßnahmen weder um den ideologisch motivierten Masterplan, noch um ökonomischen Pragmatismus ging, mehr um konkrete Politik als um die verkrampfte „Anwendung“ irgendeiner kommunistisch-kommunalen Ideologie oder eines derartigen Prinzips, zeigt auch das gleichzeitige Bestehen kommunaler Maßnahmen wie kommunaler Verpflegung und individueller Maßnahmen wie individuellen Arbeitsmaßen (Kiernan: Pol Pot Regime, S.241-243; sowie ebd., S.181). Kommunalisierung und Atomisierung waren offenbar kein Widerspruch.

66 Department of Press and Information (Hg.): Black Paper, S.71.

67 Nach Ith Sarin lebte die Khmer-Rouge-Adminstration bereits 1972 abgetrennt und isoliert von der Bevölkerung: „Die Büros der wichtigen administrativen Komitees (kammabhipal) wurden in den stillen Wäldern in 500 bis 1,500 Meter Distanz von kleinen Dörfer gebaut, die Versorgungsdörfer bzw. ihre Basiscamps waren“ (Sarin: Bureaus, S.42).

68 Pin: Stay alive, S.151.

69 Chandler et al.: Pol Pot Plans, S.xiii; Dy: History, S.27, May: Witness, S.126.

70 Vickery: Cambodia, S.109.

71 May: Witness, S.157, 169, 183f., 191, 197.

72 Thuon, zitiert nach Ea: Chain of Terror, S.63. Siehe allgemein zu den Privilegien von Kadern, SoldatInnen und auch Altbefreiten Chandler: Tragedy, S.265, sowie Etcheson: Rise and Demise, S.157.

73 Kiernan: How Pol Pot, S.392.

74 Ebenso wenig sind Theorien von Nutzen (wie sie an anderer Stelle dargestellt wurden), die die Grausamkeit der kambodschanischen Revolution durch ihren „bäuerlichen Charakter“ erklären. Waren es wirklich wild gewordene Bauern, die die Häftlinge Tuol Slengs penibelst in Listen eingetragen, befragt und gefoltert, zu „Geständnissen“ genötigt, fotografiert und letztlich ermordet haben – oder war es nicht doch der Partei-Staatsapparat?

Der Mensch, von dem man uns spricht und zu dessen Befreiung man einlädt,
ist bereits in sich das Resultat einer Unterwerfung, die viel tiefer ist als er.

Michel Foucault

Gabriel Kuhn: Jenseits von Staat und Individuum Individualität und autonome Politik

Münster: Unrast Verlag, 2007, 168 Seiten, 14 Euro

Seit dem Auftauchen des neuzeitlichen Individuums im 16. Jahrhundert sind die Menschen einem permanenten Prozess der Individualisierung ausgesetzt. Diese Entwicklung bedeutet Befreiung und neue Unterwerfung. Der Neoliberalismus bedeutet zum einen einen weiteren Individualisierungsschub innerhalb dieses geschichtlichen Prozesses und zum anderen den erweiterten Zugriff des Kapitals auf die Individualität und Subjektivität der Menschen. Im Unrast-Verlag ist im vergangenen Jahr ein Buch erschienen, das sich mit den kollektiven politischen Ansprüchen in einer individualisierten und individualistischen Gesellschaft auseinandersetzt. In „Jenseits von Staat und Individuum" rekonstruiert Gabriel Kuhn den neuzeitlichen Individualismus und das Verhältnis von Staat und Individuum. Gegen den neuzeitlichen Individualismus setzt er auf eine „antiindividualistische Individualität".

Das Auftauchen des Individuums sollte den Menschen aus den verschiedenen Abhängigkeiten nach und nach befreien, doch diese Sichtweise ist zu einfach. Das neuzeitliche Individuum hat die „Einzelnen eingesperrt, anstatt sie zu befreien, und das, was als ‚Befreiung' übrig bleibt, ist tatsächlich eine *Freisetzung*" (Kuhn 39). Durch diese Freisetzung findet eine Zerstörung sozialer Kollektivität statt. So wird aus dem Individuum eine Gefängnis des Einzelnen oder in den Worten von Foucault, „dass die Macht des Staates … ein zugleich individualisierende und totalisierende Form der Macht ist" (zitiert nach: Kuhn 47). Individualisierung bedeutet nicht Freiheit und Individualität sondern ist Bedingung staatlicher Totalität. „Individuum und Staat bedingen sich gegenseitig: wo die eine Idee auftaucht, ist die andere nicht fern" (Kuhn 48). Das Individuum verdammt den Menschen dazu ein isolierter Einzelner zu sein. Der Einzelne wird zu einem vom Staat kontrollierten und verwalteten Individuum. Das Individuum besitzt nicht wie der Einzelne eine freie Individualität, sondern ist das Ergebnis von Individualisierung und Homogenisierung. Der Staat hasst die Heterogenität der Menge, die Multitude, er liebt die Homogenität, er homogenisiert die Multitude zum Volk, das er besser beherrschen kann. So stellt eine unkontrollierte Gruppe eine Bedrohung für den Staat dar, „weil sie für nichtstaatliche Formen sozialer Zusammenhänge steht" (Kuhn 51). Die Gewerkschaften stellten zu Beginn eine solche Bedrohung dar. Der Staat hat zwei Möglichkeiten: sie zu bekämpfen oder sie zu verstaatlichen. Für die Disziplinierung der ArbeiterInnen hat sich die Verstaatlichung der Gewerkschaft, wie sie in den westlichen Industriestaaten stattgefunden hat, am meisten ausgezahlt. Wenn Gewerkschaften – wie jüngst die Gewerkschaft der LokführerInnen – nicht mehr selber bestimmen können, wie und wofür sie streiken, sondern sich dies von Staat und Kapital vorschreiben lassen, haben sie ihre eigentliche Funktion verloren.

Der Staat hat Angst vor der gelebten Kollektivität: „Gesetze werden verabschiedet, um nicht kontrollierte Gruppenbildungen zu vermeiden; Demonstrationen werden zerschlagen und kriminalisiert; soziale Zentren werden geschlossen; autonom aufgebaute Lebensräume werden unaufhörlich malträtiert; die harmlosesten individuellen Protestformen werden zum Anlass, eine staatsbedrohende Szene auszumachen und zu verfolgen; Jugendgangs werden zur Bedrohung für die Staatssicherheit hochstilisiert; und selbst Fußballstadien werden zu modernsten Sitzplatzarenen umgebaut, um die unüberschaubaren Fangruppen auf den Stehplätzen loszuwerden" (Kuhn 52). Gegen diesen Wahnsinn helfen nur zwei Dinge: gelebte Kollektivität und antiindividualistische Individuali-

tät. Dies heißt für Kuhn, dass eine konsequente Kritik am neuzeitlichen Individualismus anti-bourgeoise Lebensformen einfordern muss. Mit Foucault gesprochen, müssen wir neue Formen der Subjektivität hervorbringen, indem wir die Art von Individualität, die man uns jahrhundertelang auferlegt hat, zurückweisen. Auch in einer zukünftigen freien Gesellschaft löst sich die Frage der Individualität und ihr Verhältnis zur Gemeinschaft nicht in Luft auf, so bemerkt Kuhn, „dass den Einzelnen in einer kollektiven Lebensgemeinschaft ein Wert zukommen muss, der gerade *in ihrer Individualität* besteht, und das deshalb eine antiindividualistische Gruppe *nicht kein* Verständnis von Individualität braucht, sondern ein *antiindividualistisches*" (Kuhn 90). Es geht Kuhn um eine Individualität und Kollektivität jenseits von Staat und verstaatlichtem Individuum. Das Ziel muss eine antiindividualistische Kollektivität sein, in der die Individualität des Einzelnen ihren Raum bekommt. So will die antiindividualistische Praxis nach Kuhn „nicht die Befreiung des Individuums vom Staat, sondern sie richtet sich gegen die Erzeugung des Individuums durch den Staat" (Kuhn 105). Nach der Rekonstruktion des Individuums hat Kuhn die antiindividualistische Individualität skizziert, dabei ist er der Frage nach der Individualpolitik nachgegangen und hat sich auf der Suche nach Kollektivität gemacht, am Ende kommt heraus: „… der Staat bleibt der Feind. Und das Individuum sowieso" (Kuhn 158).

Jürgen Mümken

Niels Seibert: Vergessene Proteste Internationalismus und Antirassismus 1964-1983

Münster: Unrast Verlag, 2008, 224 Seiten, 13,80 Euro

Gegen Kolonialherrschaft und Abschiebungen Internationalismus und Antirassismus 1964-1983

In „Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964-1983" zeichnet Niels Seibert die Entwicklung linker Aktivitäten von der Unterstützung anti(neo-)kolonialer Bewegungen bis hin zum Beginn des Widerstands gegen die bundesrepublikanische Ausländer- und Asylpolitik nach. Der Autor liefert damit einerseits einen Beitrag zur aktuellen „40 Jahre 1968" Debatte, in dem er auf den hohen Stellenwert antikolonialer und internationalistischer Themen innerhalb der Neuen Linken verweist, er schreibt aber zugleich die Vorgeschichte der antirassistischen Aktivitäten der radikalen Linken von den 90er Jahren bis heute. Die in dieser Zeit vor sich gehenden Veränderungen in der Schwerpunktsetzung beschreibt der Autor folgendermaßen: „Allerdings ist über die Jahrzehnte an diesem Punkt ein Wandel feststellbar. Die politisch-strategische Sicht auf Bewegungen in der „Dritten Welt" wurde von einem eher unmittelbaren Blick auf individuelle Flüchtlingsschicksale und Lebensbedingungen abgelöst. Der Verlust politischer „revolutionärer Subjekte", als welche die Befreiungsbewegungen einmal gesehen wurden, ging einher mit einer stärkeren Wahrnehmung von Flüchtlingen und MigrantInnen als von Flucht und Asyl betroffenen Subjekten und potenziellen MitstreiterInnen gegen deutschen Rassismus." (S. 13)

Der Internationalismus als einer der Auslöser der 68er-Bewegungen

Am Anfang dieser Entwicklung steht ab Mitte der sechziger Jahre die Herausbildung der Neuen

Linken, für die der Internationalismus von herausragender Bedeutung ist. Neben den Protesten gegen den Vietnam-Krieg, die in keinem Rückblick auf 1968 fehlen und deshalb in diesem Buch auch nur kurz im Rahmen der Desertionskampagne erwähnt werden, sind es vor allem die Beschäftigung mit antikolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika, die die frühen Studentenproteste prägen. Rudi Dutschke bezeichnet die 1964 in Berlin stattgefundene Demonstration gegen den Ministerpräsidenten des Kongos, Moise Tschombé, als den „Beginn unserer Kulturrevolution" (S. 32) und führt dazu aus: „Mit der […] illegalen, genauer, aus der Legalität in Illegalität transformierten Demonstration Ende 64 in Westberlin in Sachen Tschombé begann die mehrjährige Welle anti-imperialistischer Aufklärung, Aktionen und Demonstrationen usw." (S. 32)

Diese Welle anti-imperialistischer Aktivitäten der sechziger und siebziger Jahre beschreibt der Autor im Folgenden anhand zahlreicher Beispiele, wie den Protesten gegen die Friedenspreisverleihung an Leopold Senghor auf der Frankfurter-Buchmesse 1968, der Chile Solidarität und den Aktivitäten gegen Abschiebungen in den Iran. Er versucht dabei immer den Zusammenhang zwischen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der Peripherie und den konkreten Unterstützungsmassnahmen für die (politischen) Flüchtlinge in der Bundesrepublik herauszuarbeiten.

Seibert gelingt es dabei in der Tat einige, trotz des aktuellen 1968- Gedenkjahresrummels „vergessene Proteste" wieder in Erinnerung zu rufen. Denn heute erinnert sich kaum noch jemand an den Stellenwert, den etwa der antikoloniale Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau und Mosambik für die hiesige Linke hatte. Ein Ausdruck für diese große Bedeutung war etwa die so genannte „Cabora Bassa-Kampagne". Diese richtete sich gegen die deutsche Unterstützung für den Bau eines Staudammes in Mosambik, in deren Verlauf es u. a. zu militanten Demonstrationen kam, die zum Verbot der Heidelberger Ortsgruppe des SDS führten.

Kritik an der Identifikation mit den nationalen Befreiungsbewegungen

Spätestens mit dem Sieg nationaler Befreiungsbewegungen wurde den metropolitanen Solidaritätsbewegungen oftmals klar, dass ihre vorbehaltslose Identifikation mit den trikontinentalen Guerillas enttäuscht wurde. Denn nach der nationalen Unabhängigkeit wurde meist nicht die befreite Gesellschaft errichtet, sondern die neu an die Macht Gekommenen waren nun gezwungen ein System nachholender Entwicklung in Gang zu setzen, dass seinerseits wieder auf Unterdrückung und Ausbeutung basierte. In den schlimmsten Fällen wurde selbst nach der Machteroberung und den darauf folgenden Gewaltexzessen noch an einer blinden Solidarität festgehalten, wie die Beispiele Kambodscha und Uganda bewiesen haben. Dass es innerhalb der Solidaritätsbewegungen aber auch zu selbstkritischem Nachdenken kam, zeigt der Autor u. a. mit einem Zitat der Redaktion der iz3w aus dem Jahr 1978 in dem es heißt: „Unsere Hoffnung, dass sie dort freie Gesellschaften ohne Ausbeutung und Entfremdung aufbauen würden, ist bisher nicht in Erfüllung gegangen. Vietnam und Kampuchea führen heute Krieg gegeneinander, unter dessen Brutalität ihre Bevölkerung zu leiden hat. Die MPLA-Regierung ist dabei, die Souveränität Angolas stückweise an die UdSSR zu verkaufen. Und in Guinea-Bissau treibt die PAIGC Tourismus- und Industrialisierungsprojekte voran, die den hohen Parteifunktionären und Firmen aus Skandinavien und Italien nützen, aber nicht dem Volk. Unsere Solidarität wird deshalb von Zweifeln geplagt, die wir höchst ungern eingestehen. […] Die Hoffnung, die wir auf sie setzten, war unrealistisch, weil wir die Menschen in Indochina und den portugiesischen Kolonien darin zu Erfüllungsgehilfen unserer eigenen Sehnsucht nach Befreiung gemacht haben." (S. 96f.)

Überlegungen für einen emanzipatorischen Internationalismus

Als Konsequenzen aus diesen Erfahrungen werden oftmals die globalen Befreiungsentwürfe gegen die konkrete Arbeit mit Flüchtlingen vor Ort und den Kampf gegen den bundesdeutschen Alltagsrassismus getauscht. Der Beginn dieser Entwicklung wird im Buch anhand der Proteste nach dem Selbstmord des türkischen Flüchtlings Cemal Altun dargestellt, der sich aus Angst vor der drohenden Abschiebung aus einem Fenster des Berliner Verwaltungsgerichts stürzte. Allerdings kann es auch bei dieser konkreten Flüchtlingsarbeit zu antiemanzipatorischen Entwicklungen kommen, etwa wenn die Flüchtlingspolitik nur noch entpolitisiert-moralisch und paternalistisch betrieben wird. Um diesen Fallstricken zu entgehen regt Niels Seibert eine Verbindung des Antirassismus mit dem Internationalismus an. Diese Kombination soll den Kampf gegen das deutsche Migrationsregime und gegen den Alltagsrassismus der Bevölkerung mit der Bekämpfung der globalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen verknüpfen. Bezugspunkte und Anregungen für diese Verbindung werden in „Vergessene Proteste" vorgestellt.

Jens Benicke

Benno Teschke: Mythos 1648. Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems. Übersetzt von Reinhart Kößler

Münster: Westfälisches Dampfboot, 2007, 307 Seiten, 39,90 Euro

Wie war´ s denn jetzt wirklich?

Im Jahr 2003 erschien „The Myth of 1648: Class, Geopolitics and the Making of Modern International Relations“ von Benno Teschke. Es ist die überarbeitete Fassung seiner Dissertation, die er am Department of International Relations der London School of Economic and Political Science bei Justin Rosenberg verfasste. 2007 erschien die deutsche Übersetzung beim Verlagshaus Westfälisches Dampfboot als Band 22 der Reihe Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (hg. von Heide Gerstenberger und Hans-Günter Thien) mit einer Abweichung im Titel: Statt „Making of Modern International Relations“ heißt es nun „Entstehung des europäischen Staatensystems“.

Einem deutschsprachigen Publikum konnte Teschke schon vorher aufgefallen sein durch einen Eintrag „Geopolitik“ in: Wolfgang-Fritz Haug, Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 5, Argumentverlag, Berlin 2001. Nachgelesen werden kann er unter http://www.trend.infopartisan.net/trd0302/t170302.html. Das Erscheinen seines Hauptwerks auf Deutsch löste zwar nicht die Begeisterung aus, die die englischsprachige Rezension auszeichnete, hat aber doch Interesse geweckt, wohl auch wegen des Titels, der Klassen und Geopolitik in einem Atemzug nennt. Und da der Verlag ein ausgewiesen linker ist, der die Zeitschrift „prokla“ (als zu empfehlende Lektüre) herausgibt, stellt sich denn doch die Frage nach dieser Zusammenführung. Mit Klassen sind wohl gesellschaftliche Klassen gemeint, nach marxistischen Kriterien beschrieben, also nach der Stellung innerhalb einer Produktionsweise, nach ihrem Eigentum, nach den damit verbundenen Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen und Reproduktionsstrategien.

Was Geopolitik betrifft, hat Benno Teschke im oben erwähnten Eintrag das Wesentlichste klargemacht: die Entstehung der Geopolitik als vulgärmaterialistische Wissenschaft von der Beziehung zwischen geographischen Räumen und den Leuten, die sie bewohnen. Er kritisiert, wie diese quasimaterialistische Darstellung sehr schnell in romantischen, gegenaufklärerischen Vorstellungen sich auflöst, aber noch durchaus tragfähiges Fundament für düstere kulturpessimistische, an der Realität vorbeigehende und dann in der Folge blanke imperialistische Herrschaftsideologien bietet bis zur Pointe der Geopolitik als nationalsozialistische Leitwissenschaft für das Volk ohne Raum.

Nach dem Krieg und ausgehend von us-amerikanischen Diskursen wird Geopolitik als das Fach „international relations“ im englischsprachigen Raum (wo Teschke schließlich wirkt und wo er sich damit vertraut macht) wieder rehabilitiert, auch mit dem Verweis darauf, dass Geographie und ihr vorgegebener Raum wohl Konstanten seien, die in die Beschreibung menschlicher Organisationsformen mit eingehen müssten. Dass nun allerdings von IB (Internationale Beziehungen, IR im Englischen) gesprochen wird, macht deutlich, dass eben diese Beschreibung, diese Befassung es nun mit Staaten als ihrem Gegenstand zu tun hat und nicht mehr mit überstaatlichen „Räumen“ oder „Reichen“ wie zu der Zeit des British Empire oder des deutschen Faschismus. Dazu zitiert Teschke noch ergänzend die Kritik Wittfogels, dass eben auch Geographie oder Natur sich je nach herrschender Produktionsweise anders darstellen und nicht als vormenschliche, vorgesellschaftliche Konstante. Anders gesagt, industrielle Produktionsweise sieht auf eine gegebene Geographie mit anderen Augen als eine agrarische Produktionsweise – und nützt und verändert sie entsprechend.

Benno Teschke sieht aber durchaus, dass – ist erst einmal Konsens darüber hergestellt, dass internationale Beziehungen (auch als Fachdisziplin) es mit Staaten zu tun haben – das Werk von Marx es zu einer Theorie des bürgerlichen Staats nicht gebracht hat; weil es Torso blieb, nicht weil Marx dies Thema nicht gesehen und dessen Bedeutung nicht erkannt hätte. Er zitiert die Stellen, an denen Marx sich mit Staaten befasst, nicht in einer theoretischen Ausformulierung, sondern in der journalistischen, agitatorischen, von Hoffnung und Programmatik des Revolutionärs geprägten Sprache. Es scheint so, als hätte Teschke schon hier auch seinen eigenen Gegenstand zur Sprache gebracht, der im Buch nun zur Betrachtung und Anwendung kommt.

Wenn das aber so ist, dann ist wenigstens der Titelteil mit der Jahreszahl ein wenig irreführend, denn mit dem Westfälischen Frieden befasst sich der Autor nur höchst am Rande. Eher ist der westfälische Frieden für ihn ein Punkt der Abstoßung. Er stößt sich ab sowohl von einer Lehrmeinung, die mit dem westfälischen Frieden und dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs den Beginn des modernen Staatensystems und der modernen Diplomatie sieht, wie er sich ebenso von diesem Datum abstößt, um die Geschichte Englands und Frankreichs darzustellen – in ihrer Entwicklung durch den Feudalismus hindurch auf europäischer Ebene, nach dem westfälischen Frieden auf ihrer jeweils territorialen Ebene. Dabei unterscheidet er für den Feudalismus die Herausbildung eines politischen „Pluriversums“, also eine Gliederung nach größeren und kleineren Territorien mit je verschiedenen Herrschaftsbedingungen verschiedener herrschender Klassen und je verschiedener Entwicklung und Dynamik. Dem stellt er die absolutistischen Staaten gegenüber, die aus diesem Pluriversum zu den die Entwicklung Europas antreibenden Gemeinwesen werden, Frankreich auf einer diplomatischen Ebene, England, indem es diese Ebene verlässt und durch seine kapitalistische Entwicklung in Gegensatz zur kontinentalen Nachbarschaft kommt, diese aber nun aktiv beeinflussend und herausfordernd.

Bevor wir aber zu diesem historischen Durchgang kommen, der erhellend, komprimiert und dabei durchaus verständlich ist, müssen wir uns durch eine lange fachtheoretische Abhandlung eher mühsam durchbeißen. Dieser (erste) Teil des Buchs ist wohl eher dazu angetan, mit der Disziplin wissenschaftlicher Polemik vertraut zu werden. Es bleiben aber wohltuenderweise die in manchen akademischen Kreisen so gerne gepflogenen geschliffenen Formulierungen aus, mit denen auch noch stilistisches Geschick unter Beweis gestellt werden soll. Da dies ohnehin nicht Teschkes Stärke ist, verzichtet er freundlicherweise darauf. Dennoch ist diese Darstellung der verschiedenen Schulen der IB mit der jeweils angebrachten Kritik am Ende der Darstellung nicht unbedingt die große Pointe des Buchs und dient eher dazu, auf die Position Teschkes hinzuleiten, die er einnimmt und mit der er sich als Marxist deklariert. Und so definiert er als Thema des Werks die Fragen nach geopolitischer Transformation, einer Theorie davon und deren Darstellung in Europa in – wie er selbst sagt – universalgeschichtlicher Perspektive.

Es ist genau diese Großspurigkeit, die mir persönlich das Buch sympathisch macht, auch wenn die damit verbundene Eitelkeit zwar nicht allzu auffällig, aber doch hie und da Flagge zeigt. An diesem großen Anspruch aber gemessen zu werden, müssen sich Buch und Autor wohl gefallen lassen. Diese universalgeschichtliche Ebene, die Teschke einfordert, die er anbietet, äußert sich nun eben in seinem Marxismus, aber auch darin, dass er dann in der Folge auf die vorher kritisierten IB-Richtungen nicht mehr tiefer eingehen wird, sich aber in der wissenschaftlichen und polemischen Auseinandersetzung mit historischen Schulen befassen wird. Namentlich die Weltsystemtheoretiker(Innen) mit der Galionsfigur Wallerstein und die Annalistes mit Braudel werden – wohl zu Recht – ausführlich behandelt und einer fundierten Kritik unterzogen. Für das europäische Mittelalter (und die nachfolgenden Perioden: Absolutismus, westfälisches System) besteht Teschke darauf, dass der Begriff der Produktionsweise zur Anwendung gebracht werden muss und zwar gebunden an Eigentumsregimes, also an Klassenverhältnisse. Sein Gewährsmann dafür ist (neben Marx natürlich) Perry Anderson, dem er zu neuen Ehren verhilft; ja wir könnten sogar von einer Rehabilitation sprechen, nachdem er postmodernen Diskurshegemonien zum Opfer gefallen ist.

Es ist wohl dies auch Teschkes Verständnis von Unversalgeschichte, dass er Parameter zur Beschreibung heranzieht, die zwar die Epochen übergreifen, aber dabei nicht das Trennende zwischen den Epochen verkleistern. Dann ist es auch kein Zufall, dass er auf Perry Andersons Werke zurückgreift (Von der Antike zum Mittelalter, Frankfurt am Main 1974 und Die Entstehung des absolutistischen Staats, Frankfurt am Main 1974; beide noch immer einer Lektüreempfehlung wert, wenn auch meines Erachtens mit Vorbehalt), denn eben dies hat Anderson schon einmal unternommen; das Werkzeug des Marxismus, namentlich der Kritik der politischen Ökonomie, an einem anderen Gegenstand als der bürgerlichen Gesellschaft anzusetzen. Die Frage, die sich bei solch Unterfangen immer stellt, ist nun die, ob dies überhaupt möglich ist; oder anders gefragt: Bedeutet „Kritik der politischen Ökonomie“ die Kritik an einem gesellschaft-



lichen Zustand, der eine politische Ökonomie, also eine Getrenntheit von Politik und Ökonomie erst hervorgebracht hat und durch diese gekennzeichnet und bestimmt ist, oder handelt es sich bei ihr um eine eigene Disziplin mit diesem Namen, die je nach historischer Empirie sich mit einem anderen Gegenstand befasst und dort zu verschiedenen diskreten Ergebnissen kommt? Teschke wie Anderson beantworten diese Frage nach der zweiten Richtung hin; beide sehen aber, wenn schon nicht in der wissenschaftlichen Methode, so doch in ihrem Gegenstand und den erbrachten Ergebnissen Unterschiede. So zitiert Teschke Anderson mit der Bemerkung: „Daher lassen sich vorkapitalistische Produktionsweisen allein durch ihre politischen, rechtlichen und ideologischen Überbauten definieren, denn diese sind es, die den Typus außerökonomischen Zwangs bestimmen, der diese Gesellschaften spezifiziert."

Durch die Hervorhebung im Original des „allein" wird schon ein gewaltiger Unterschied zum bürgerlichen Kosmos aufgerissen, von dem doch die Behauptung gelten soll, dass die ökonomische Basis den ideologischen Überbau bestimmt. Hier bestimmt nun ein Überbau den außerökonomischen Zwang, ein völlig korrekter Hinweis auf eine Gesellschaft, die sich anders definiert, als dies unsere von sich tut, die daher auch ganz anders funktioniert und mit anderen Plausibilitäten und Erklärungen, Legitimationen, Glaubwürdigkeiten und Wahrscheinlichkeiten aufwarten kann. Dennoch stellt sich mir die Frage, warum zu dieser Beschreibung dann auf eine Begrifflichkeit zurükkgegriffen werden muss, die unserer Welt entstammt. Im gegenständlichen Zitat wird vom außerökonomischen Zwang gesprochen. Das ist in zweifacher Hinsicht schräg. Wenn dies zur Abgrenzung gegen unsere modernen Verhältnisse dienen soll, dann wird hier eine argumentative Volte insofern geschlagen, als ja für unsere Verhältnisse in Anspruch genommen wird, dass Ausbeutung, also Aneignung unbezahlter Arbeit als Mehrprodukt und deren Realisierung als Mehrwert mit rein ökonomischen Mitteln zu Stande kommt und der dabei vollzogene Tausch höchst gerecht ist (Lohn gegen Arbeitszeit) und gegen kein Vertragsrecht verstößt. Wenn also Ausbeutung etwas anderes ist als Zwang, dann ist es nicht nötig, den Zwang als außerökonomisch zu charakterisieren, nota bene ja ohnehin Übereinkunft darin herrscht, dass im Feudalismus die Politik nicht von der Ökonomie getrennt ist. Was dann die Kategorie „außerökonomisch" in der Argumentation bewerkstelligen soll, ist mir nicht ganz klar, es sei denn, es schwingt die Andeutung mit, dass bei genauerem Hinsehen eins durchaus auf die Idee kommen könnte, in das Büro oder auf das Arbeitsamt zu gehen, habe etwas mit außerökonomischem Zwang zu tun, nämlich mit nacktem Überleben.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Frage des Mehrprodukts. Teschke charakterisiert das Eigentums- und Klassenregime des Feudalismus mit dem Kampf um das Mehrprodukt zwischen Bauern und Herren. Wenn nun aber diese Gesellschaftsformation nicht über eine ausdifferenzierte Sphäre von Ökonomie verfügte, Produktion und Verzehr respektive Gebrauch des bäuerlichen Gesamt-produkts ineins fielen, kein Instrument zur Messung eines „Mehr" vorhanden war (weder für die Gesellschaft damals, abgesehen von Hunger und vollem Wanst, noch für uns heute in der Rückschau), wie die Darstellung und Beschreibung des „Mehr" durch eine Arbeitswerttheorie, wie können wir dann von einem Mehrprodukt sprechen, das mit außerökonomischem Zwang den Bauern abgepresst wurde? Und dabei kann es sich nicht um die Eier handeln, die die Bauernfamilie nicht verzehrt, sondern verkauft (leider kann ich mir nicht verkneifen zu sagen, dass dieses Argument in einer Diskussion wirklich vorgebracht wurde), denn das „abgepresste Mehrprodukt" wurde durchaus nicht von dem entnommen, was übrig blieb, abgesehen davon, dass Robotleistungen in einer Bestimmung des „Mehr" überhaupt nicht aufgehen; eher müssen wir von einem Zugriff auf die Gesamtproduktion sprechen – oder diese Alternative wenigstens begrifflich in den Raum stellen. Auch hier also wieder die Frage: Wozu verwenden wir eine Begriffsanalogie aus unserer Gesellschaft?

Dasselbe trifft auf den Begriff der Klassen zu, wenn auch hier mehr Differenziertheit angebracht ist. Es kann ja gar nicht bestritten werden, dass Bauern und Herren einander antagonistisch und mit divergierenden Interessen gegenüberstanden. Nur ist es so, dass sich Klassen aus ökonomischer Dynamik herausbilden oder wenigstens sich die ökonomische Dynamik legitimatorisch zu Eigen machen (wenn wir von unserer Einlassung einmal absehen wollen, dass auch dem modernen gesellschaftlichen Verhältnis blanker Zwang zu Grunde liegt), nämlich über welche Waren und welches Kapital sie verfügen. Die soziale Differenzierung in vormodernern Zuständen findet aber ihre Ursache im Begriff der Freiheit und damit verbunden der Verwandtschaft. Die außerökonomische Abpressung ist so dechiffrierbar als Alimentationsberechtigung; das Aufstiegsinteresse der Vormodernen war also, frei und verwandt (das heißt: adlig), das Aufstiegsinteresse der Modernen, reich zu werden, also über mehr Kapital und Waren zu verfügen, als über die eigene Arbeitskraft. (Wohlgemerkt, ich spreche jetzt nur vom Aufstiegsinteresse, nicht vom „historischen" im „Klassenkampf",

die hiesigen und heutigen Verhältnisse überwindenden und transzendierenden Interesse.)

Diese methodischen Einschränkungen und Vorbehalte vorausgesetzt, lässt sich die folgende Lektüre interessant an. Ein großzügiger Parforceritt durch die europäische Geschichte zeigt konzis, wie und warum sich der Kapitalismus in England entwickelt hat. Was der Autor vernachlässigt, ist die außereuropäische Entwicklung. Sie kommt nur vor, soweit sie europäische ist, also Kreuzzug. Es mag nun durchaus legitim sein und darüber hinaus methodisch spannend, vom karolingischen Reich ausgehend, das zwar geographisch höchst ausgedehnt war, aber im Grunde beschränkt war auf das fränkische Kernland, nach und nach der historischen und chronologischen Entwicklung folgend zum „europäischen Pluriversum" zu gelangen, auch durch begriffliche und inhaltliche Engführungen, die in der Darstellung vereinfachen und klarmachen, wofür andere dann eine Menge komparativistischer Einzeldarstellungen und Monographien in Anschlag bringen. Wenn aber der universalgeschichtliche Anspruch vollmundig verkündet wird, ist es doch ein wenig dünn, wenn der Osten des Kontinents nicht vorkommt, solange er nicht Objekt von Eroberung, Raub und Expansion ist. Ich kann mir vorstellen, dass einige Worte zu Byzanz, Russland, Mongolen und China die europäische mittelalterliche Entwicklung kontrastreicher hervortreten lassen hätten, vor allem, da dies ja den Zeitgenossen nichts Unbekanntes war.

Ebenso ist es beim universalgeschichtlichen Anspruch unerklärlich, dass bei der Bedeutung, die England für die Entwicklung des Kapitalismus hatte, kein Wort darüber verloren wird, wie sich eben dieser Kapitalismus in den Kolonien auswirkte, nicht nur ökonomisch, sondern auch und gerade politisch. Gut, das müssen wir hinnehmen und wir können auch schwerlich dem Autor vorschreiben, was wir lesen wollen. Was er uns schreibt, ist auf Europa beschränkt, auf eine Disziplin der Sozialwissenschaften und auf eine marxistische Methode, die beide im englischsprachigen Raum stärker verankert sind als im deutschsprachigen. Als Lektüre bietet uns Teschke das „gigantische, sich entfaltende menschliche Drama" der „internationalen Beziehungen nach 1688" und den europäischen Weg dorthin. Als Resümee schreibt er gegen Ende des Werks: „Es war eine lange und blutige Transformation – eine Übergangsperiode –, in deren Verlauf die Zwillingsprozesse der kapitalistischen Expansion und der Regimetransformation verallgemeinert wurden. Schematisch gesprochen dauerte sie in Europa von 1688 bis zum Ersten Weltkrieg, im Rest der nichtsozialistischen Welt vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg und in der sozialistischen Welt von 1917/45 bis 1989. Danach kann man sagen, dass eine vollständig integrierte Weltwirtschaft entstanden ist. Die internationalen Beziehungen während dieser langen Transformationsperiode kann man als eher *modernisierend* bezeichnen denn als modern. Ihre Geschichte muss noch geschrieben werden."

Dieser zitierte Schematismus ist als Haltung des Autors durch das Buch hindurch zwar einerseits etwas überraschend und ärgerlich, andererseits in seiner Großzügigkeit (beinahe hätte ich geschrieben: Schlamperei) wieder anregend. Immer wieder taucht die Frage bei der Lektüre auf: „Stimmt das denn so? War das wirklich so?", und ich will jetzt nicht auf die vielen Fragezeichen zurückkommen, die ich mir an die Ränder der Seiten gemacht habe. Aber ein Beispiel sei noch zitiert, weil es so frappierend ist. Es geht um den politischen und ökonomischen Druck des kapitalistischen England, der die restliche Welt verändert: „Diese Strategien (zur Abwehr der kapitalistischen Produktionsweise und zur gleichzeitigen Modernisierung, G. W.) waren nicht einheitlich; sie reichten von der Intensivierung der Ausbeutungsverhältnisse im Inneren und dem Aufbau eines immer repressiveren Staatsapparates mit dem Ziel militärischer und fiskalischer Mobilisierung über „aufgeklärte" Strategien des Neo-Merkantilismus und Imperialismus bis zur Übernahme einer liberalen Wirtschaftspolitik. Aber in der ein oder anderen Weise mussten sich die vorkapitalistischen Staaten, wollten sie nicht ausgelöscht werden, anpassen, assimilieren oder arrangieren – oder sie mussten Gegenstrategien erfinden, allen voran den Sozialismus."

Na gut. Die Pointe Teschkes ist es, die Staaten als solche als Produkte der dynastischen Entwicklungen zu begreifen. Es gibt sie nicht trotz, aber auch nicht wegen des Kapitalismus. Der Kapitalismus hat sie übernommen und nach seinen Bedürfnissen angewandt und verwendet. Dabei steht die kapitalistische Ordnung zwischen einem nationalstaatlichen Bedürfnis, das nach der Garantie der Verwertungsbedingungen verlangt und einer transnationalen Bewegungsfreiheit, die staatliche Kompetenzen überspielt und neu regelt. Die Pointe ist aber nicht dieser ohnehin schon lang bekannte und lang diskutierte Widerspruch, sondern die methodische Möglichkeit, mit dieser Konstruktion (Staaten und Klassen nach hinten in die Vergangenheit verlängert) auch die Berechtigung des Fachgebiets der IB zu zementieren. Darüber mag sich freuen, wer sich dem Fach selbst zuzählt und einen „linken" Anspruch auch noch hat.

Gerold Wallner

Jens Kastner, Bettina Spörr (Hg.): »nicht alles tun« Ziviler und Sozialer Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie,

Münster: Unrast Verlag, 2008, 195 Seiten, 16 Euro

Zur Ausstellung und zum Buch: nicht alles tun / cannot do everything. Ziviler und sozialer Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie / Civil and social disobedience at the interfaces between art, radical politics and technology

Was tut man nicht alles!

1. Musik hören zum Beispiel. „Fremd bin ich eingezogen, fremd zieh ich wieder aus.“ Ziemlich virtuos tönt Franz Schuberts Winterreise aus dem Mund Christine Schäfers. Worum es in der Winterreise im Kern geht, wurde die Sängerin mit einer der klarsten Stimmen die es gibt in einem Interview gefragt, das im Februar dieses Jahres unter dem Titel „Mehr als schöner Klang“ in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurde. Sie antwortete – und damit sind wir auch schon dort angelangt, worum es im Weiteren gehen wird: „Da ist eine Person, und davon gibt es heute sogar recht viele, die sich nicht in die Gesellschaft einfügen kann. Der Mensch findet seinen Platz nicht – und dann geht er.“

Henry David Thoreau (1817-1862) zum Beispiel, er ist auch gegangen. Seine Schrift *Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat* aus dem Jahr 1849, die einer vor kurzem in Wien und Berlin stattgefundenen Ausstellung und der dazugehörigen Publikation – beides betitelt mit *nicht alles tun* – gewissermaßen als Ausgangspunkt diente, zeugt davon. Vielleicht noch dezidierter ein weiteres Werk von ihm, sein Buch *Walden*. Er beschloss nämlich in den Wald zu gehen, d.h. er zog sich zurück aus dem gesellschaftlichen Leben und dafür in eine Hütte, welche im Wald lag, allerdings nahe einer Ansiedlung, um, kurz gesagt, herauszufinden was denn eigentlich das Wichtigste im Leben ist. Sein Rückzug war also spirituell motiviert. Rückzug ist aber heutzutage in jedem Fall berechtigt, konstatiert Diedrich Diederichsen im aktuellen Spex, „weil die Teilnahme an der Welt so korrupt und hässlich ist“. Spätestens hierher gehört das Zweitens dieses Texts, darum

2. Der Mensch liest. Nehmen wir die Publikation *nicht alles tun* in die Hand, könnten wir gleich auf der Buchvorderseite beim Wort *nicht* hängen bleiben:

Dem „n“ ist nämlich am linken Aufstrich ein Stückchen abhanden gekommen, das „i“ besitzt dafür nicht nur seinen Punkt sondern ist dazu auch noch unterstrichen, das „c“ wirkt auch etwas angekratzt, das „h“ steht hingegen erstaunlich normal da, aber das folgende „t“ weicht schon wieder von der erwarteten Norm ab und ist ein paar Millimeter nach oben gerutscht, was eine schöne klare Zeilenlinie ins Wanken bringt. Irgendetwas stimmt da mit den Zeichen nicht. Im Titel und auch in allen Überschriften der im Ausstellungs-Buch versammelten Essays geraten sie aus den Fugen, erscheinen brüchig und ramponiert, verbraucht, ausgeleiert, müde und erneuerungsbedürftig. Dem „s“ des Wortes *alles* bricht gleich ein ganzer Brocken aus dem Buchstaben-Korpus und das „u“ in *tun* zerfällt beinahe schon in drei Teile. Was ist geschehen? Was hat das zu bedeuten?

Jens Kastner und Elisabeth Bettina Spörr, zwei KunsthistorikerInnen, die verantwortlichen KuratorInnen der Ausstellungen und HerausgeberInnen der dazugehörenden Publikation versuchen mit ihrem Unterfangen einen kleinen Teil der Geschichte zivilen/sozialen Ungehorsams, vor allem im Zusammenhang mit zeitgenössischer Kunst, aufzuarbeiten. Ihr Anliegen ist es aber auch, eine Debatte um Ungehorsam anzuregen. Die drei Anmerkungen meinerseits mögen als winziger Beitrag zu einer solchen Debatte verstanden werden und mit dem anfänglichen Exkurs in die Welt der Poesie wäre ja bereits auf eine Vorliebe hingewiesen worden. Man könnte sie sogar in einen Imperativ verwandeln: Verzichte nie auf Poesie! (und höre nicht auf wiedergekäute Adornosche Poesie-Verbote!) Hervorgehoben sei deshalb hier auch einzig und alleine eine künstlerische Arbeit, die von fran meana nämlich. Sein Name ist im Heft mit kleinen Anfangsbuchstaben abgedruckt, es scheint kein Fehler zu sein, sondern Absicht/Wunsch, also halte



ich mich auch daran. *Landschaft für Überwachungskamera* nennt der in Barcelona lebende Künstler seine auf Stöcken angebrachten Miniaturlandschaften. Da es nichts zu überwachen gibt, denkt sich fran meana, könnte man es doch, dieses Nichts, das sich auch in seinen kleinen Kunstlandschaften ereignet „denen da oben" zeigen. Also hält er dem überwachen Auge unserer Techno-Welt ein kleines aber feines grünes kultiviertes Natürchen vor die Kameranase. Auf das es den Überwachen, den Überwächtern der garantiert garantierten Sicherheit wie Tannenbaumrindenschuppen von den Augen falle: Da tut sich nichts! Alles klar? Oder anders herum gefragt: Was tut ihr da eigentlich oder tut ihr überhaupt etwas?

Die Poesie taucht schließlich auch noch ganz prominent in einem Textbeitrag auf. Es handelt sich um einen Vortrag des Politikwissenschaftlers und Marxisten John Holloway, der hier abgedruckt wurde. Es ist eine Rede, die er im September letzten Jahres in Kolumbien hielt, in den Räumlichkeiten des Museo de Arte Universidad Nacional in Bogotá. Auch dieser Text spricht von Poesie. Um genau zu sein: von *Poesie und Revolution*. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang Holloways Formulierung, dass KünstlerInnen vielleicht „besser als irgendjemand sonst wissen ..., dass es schwierig ist, alleine von Leidenschaft zu leben", wobei ich weniger auf das Was dieses Wissens der KünstlerInnen anspiele, sondern auf das Gescheitsein an und für sich, von dem da die Rede ist, also auf den Bedarf an Theorie überhaupt. Holloway ist außerdem bekannt dafür und er tut es auch hier: Er stellt Fragen und eine gefällt mir gut, es ist die Frage, die „hinter jedem antikapitalistischen politischen Handeln stehen sollte: Wie erzeugen wir Resonanzen mit den Würden um uns herum?"

Ob der Begriff des sozialen Ungehorsams nun politische Rhetorik ist, wie es Andrea Pabst, eine Sozial- und Verhaltenswissenschaftlerin aus Tübingen/Berlin in ihrem Text *Vom zivilen zum sozialen Ungehorsam und zurück* vermutet, ob es sich dabei laut Roberto Bui vom Schriftstellerkollektiv Wu Ming um eine Art Taschenspielertrick handelt „um sich in der Nach Genua Zeit zurecht zu finden" oder ob sozialer Ungehorsam „unabhängig von den anthropologischen Konstanten konzipiert werden (kann), auf die Virno ihn meint zurück(zu)führen zu müssen" wie es Jens Kastner und Gerald Raunig, ein Wiener Philosoph, in ihrem gemeinsam verfassten Text behaupten – die Publikation ist lesenwert. Sie berichtet, so könnte man mit Roland Barthes sagen, von der einzigen Sprache die wir haben, der immer gleichen: der Sprache der Akte.

Ja und 3. Man schaut sich Kunst an. Der Ausstellungsteil in Wien war für meinen Geschmack zu dicht gestellt. Etwas mehr Raum würde der IG Bildende Kunst in Wien sowieso gut tun. Aber das ist natürlich eine andere Frage. Alle gezeigten Arbeiten, die in Wien und auch die in Berlin, sind mit Bild und kurzer Beschreibung in der Publikation vorhanden. Wer also die Ausstellung versäumt hat, braucht nicht zu weinen. Die Schau wurde gut dokumentiert.

Zum Ausklang noch ein paar Zeilen aus einem von Schuberts, wie er sie selbst bezeichnete, schauerlichen Liedern. Der Titel ist: Mut! (Den kann man immer brauchen. Egal ob man nun sozialen Ungehorsam praktiziert oder nicht z.B. weil man es sich nicht leisten kann).

Lustig in die Welt hinein
Gegen Wind und Wetter!
Will kein Gott auf Erden sein,
Sind wir selber Götter!

Lisa Waldnaab

Links und Hinweise:

zur Ausstellung siehe: http://www.igbildendekunst.at/s1_gallery.htm
zum Buch: http://www.unrast-verlag.de/unrast,3,0,446.html Layout: Susi Klocker/ LIga
Erwähnte Musik: CD Winterreise: Musik von Franz Schubert (1797 – 1828) nach Gedichten von Wilhelm Müller (1794 – 1824), Christine Schäfer soprano, Eric Schneider piano, 2006

Joachim Hirsch, John Kannankulam, Jens Wissel (Hrsg.): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx.

Baden-Baden: Nomos Verlag, 2008, 223 Seiten, 29 Euro

Der in der Reihe *Staatsverständnisse* herausgegebene Sammelband bietet einen interessanten Überblick über die fragmentarische, unausgearbeitete Staatstheorie bei Karl Marx und dessen divergenten in der Tradition des „westlichen" Marxismus stehenden Rezeptionen und Weiterentwicklungen. Zudem bietet er eine erfrischende Alternative zu vorherrschenden Staatstheorien, deren reifiziertes [verdinglichtes] Staatsverständnis tatsächliche Staats- und Gesellschaftskritik verhindert. In drei Abschnitten rekonstruieren die Buchbeiträge Marx' Schriften zum Staat sowie dessen spätere theoretische Weiterentwicklungen und loten Möglichkeiten der Anschlussfähigkeit marxistischer Staatstheorie an aktuell vorherrschende theoretische Diskussionen aus. Zur Vorstellung des Buches haben wir uns für einen Fokus auf einige Kapitel entschieden, so werden im Folgenden nicht alle Beiträge gleich ausführlich besprochen. Der Band beginnt mit einer gelungenen von Helmut Reichel und Frank Deppe vorgenommenen Rekonstruktion Marx' staatstheoretischer Fragmente, wie sie in Marx frühen, in der Auseinandersetzung mit Hegel entstandenen philosophietheoretischen Texten, sowie in aus politischen Debatten entsprungenen Originalschriften, vorzufinden sind.

Daran anschließend erfolgt eine Darstellung neuerer an Marx anknüpfende staatstheoretische Ansätze. Einen Abriss über die Entwicklung des instrumentalistischen, sozialdemokratischen Staatsverständnisses verfasst Thomas Gehrig. Bedauerlicherweise setzt er seine historische Beschreibung jedoch nicht in Beziehung zur Entwicklung der Sozialdemokratie, dessen Verbürgerlichung mitunter als ein Ergebnis ihres neutralen Staatsverständnisses verstanden werden muss.

Der gemeinsame Beitrag der Herausgeber gibt zum einen eine aufschlussreiche Zusammenfassung der unterschiedlichen Staatsauffassungen wie sie bei Gramsci, Althusser und Poulantzas entwickelt wurden. Zum anderen skizziert der Beitrag die in Westdeutschland der 60er und 70er Jahre geführte Staatsableitungsdebatte, die vor allem die Frage der Formbestimmung des Politischen (als Analogie zur ökonomischen Wertform) aufwirft und zur Diskussion stellt. Zumindest in der darauffolgenden kurzen Ausführung zur Internationalisierung des Staates hätte mensch sich eine detaillierte Auseinandersetzung zur Frage der Verknüpfung von Rassismus- und Staatstheorien erwartet. Der Sammelband umfasst allerdings keinen einzigen Textbeitrag dazu, was als große Schwachstelle gewertet werden muss.

Dass eine Integration feministischer und marxistischer Staatstheorie Probleme und Auslassungen in beiden Forschungszugängen überwinden kann, argumentiert Evi Genetti in ihrem Beitrag. Während marxistische Staatstheorie den strukturellen Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern bisher kaum Beachtung schenkte und damit einen zentralen Mechanismus gesellschaftlicher Reproduktion ausblendete, ortet Genetti in neueren feministischen Debatten eine mangelnde Auseinandersetzung mit makrotheoretischen Bezugsrahmen. Um diese Verkürzungen zu überwinden, rekonstruiert Genetti materialistische und staatstheoretische Überlegungen der Frauenforschung seit den 1970ern. Aktuell erkennt sie dabei eine Dominanz von diskurs- und hegemonietheoretischen Zugängen in der feministischen Auseinandersetzung mit dem Staat. Anders als frühere, stärker funktionalistisch orientierte Interpretationen („Staats-Patriarchat") wird der Staat hier als Arena sozialer Aushandlungsprozesse gesehen und das Verhältnis von Staat und Geschlecht als dynamisch gefasst. Zentraler Fokus, so Genetti, ist hier die Frage nach der vergeschlechtlichenden Wirkung von Staatsapparaten und –diskursen auf die Identitätsprozesse der regierten Personen. Während Genetti die wertvollen Einsichten dieser neueren Forschung herausarbeitet, kritisiert sie die mangelnde Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Strukturzusammenhänge, die damit einhergehen. In einem abschließenden Teil unternimmt sie den Versuch einer „grundlegenden Vermittlung" zwischen marxistischer und feministischer Staatsanalyse. Dabei zeichnet sie nach, wie eng die für die kapitalistische Gesellschaft so zentrale Trennung von öffentlicher und privater Sphäre an geschlechtliche Arbeitsteilung gekoppelt ist. Feministisch informierte Staatsanalysen, so Genetti, müssten erfassen, wie

der Staat – in seiner Funktion, die Bedingungen der Reproduktion der patriarchalen-kapitalistischen Gesellschaftsformation zu gewährleisten – an der Stabilisierung dieser Trennung teilhat.

Mancher der von Genetti thematisierten Punkte hätte wohl tiefer gehend besprochen werden können (etwa der Stellenwert feministischer Kämpfe für den vorgeschlagenen Zugang, oder die Frage der Konzeptualisierung des Ineinanderwirkens unterschiedlicher Herrschaftsformen – Stichwort „Intersektionalität"). Doch die wichtigen Fragen, die der Text aufwirft und die vorgeschlagenen Strategien, um bestehende Verkürzungen zu überwinden, machen ihn zu einem der spannendsten Beiträge des Buches. Dieser kann sowohl feministisch wie staatstheoretisch interessierten Leser_innen wertvolles Material zum Weiterdenken liefern.

Stephan Adolphs lotet in seinem Kapitel den möglichen Beitrag einer an Foucaults diskurstheoretischen Überlegungen zur Gouvernementalität orientierten Staatskonzeption aus und verweist hier auf den Nutzen, den solche Perspektive gerade für die Analyse neuerer Entwicklungen neoliberaler, postfordistischer Vergesellschaftungsformen haben kann.

Dabei kann Foucaults Denken durchaus als Kritik an zentralen Annahmen marxistischer Theorie gesehen werden, wie Adolphs zeigt. So betont Foucault in der Kritik an materialistischen Ideologietheorien die relative Eigenständigkeit von Diskursen und ihren Effekten. Vor allem ein Entfremdungsdenken im Sinne Lukács' oder der marxistische Humanismus - eines Sartre oder Merleau-Ponty – dessen „anthropologische Naivität" von der Existenz einer menschlichen Essenz ausgehen würde, müsste, so Adolphs, aus diskurstheoretischer Sicht problematisiert werden. Trotz (oder gerade wegen) dieser Differenzen könnten Foucaults Überlegungen zu modernen Regierungsformen eine produktive Erweiterung für materialistisches Denken über den Staat darstellen. Foucaults Konzept der Gouvernementalität lässt sich dabei als Versuch sehen, Staat, Macht und Subjektivierungsprozesse in ihrer Verschränktheit zu analysieren. Moderne Regierungsformen werden hier als ambivalent erkannt, da sie sowohl unterwerfende Momente beinhalten, die, vermittels Zwang und Gewalt die bestehenden Machtverhältnisse stabilisieren. Daneben spielt jedoch auch die Ermöglichung der Selbstkonstitution der Regierten eine zentrale Rolle. *Macht* erscheint hier den Individuen nicht äußerlich, sondern als produktive Kraft, die sich in Körper einschreibt und Selbsttechniken evoziert. Der moderne Staat geht dabei von einem zu regierenden „Volk" (mit spezifischen demographischen Eigenheiten) aus, das aus rationalen Individuen besteht. Aufbauend auf diesen Annahmen, kann sich liberale Regierung als Eingriff zur Wahrung der „natürlichen" gesellschaftlichen Prozesse verstehen und damit die spezifischen zugrunde liegenden Rationalitäten ausblenden. So ein Regierungskonzept, so Adolphs, ist anschlussfähig an materialistische Zugänge wie etwa Poulantzas' Konzeption des Staates als verdichtetes Kräfteverhältnis, ermögliche jedoch eine stärkere Fokussierung auf diskursiv-symbolische Aspekte, sowie lokale Machteffekte. Damit bietet sich das Gouvernementalitätskonzept einerseits zur Analyse moderner, neoliberaler Herrschaftsrationalitäten an, sowie andererseits, zur Analyse der Effekte, die diese Herrschaftsprozesse auf Individuen haben und die widerständigen Praktiken, die Menschen diesen entgegensetzen.

Mit seinem Beitrag verweist Adolphs auf einen möglichen Brückenschlag zwischen materialistischer und poststrukturalistischer Zugänge zum Staat. Leider bleibt der Text konzeptuell jedoch eher oberflächlich. Besonders die Tatsache, dass der Autor die präsentierten Differenzen der Zugänge nicht nutzt, um das Gouvernementalitätskonzept aus materialistischer Sicht kritisch weiterzuentwikkeln, begrenzt den tatsächlichen Erkenntnisgewinn, der aus diesem an und für sich spannenden Text gezogen werden kann.

Einen außergewöhnlichen Denkversuch unternimmt Bob Jessop mit seinem Textbeitrag. Sowohl Luhmanns Systemtheorie als auch Laclaus und Mouffes Diskursanalyse werden darin in Hinblick auf die Tauglichkeit für eine Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie evaluiert. Laclaus und Mouffes hegemonietheoretischen Ansatz, wie er ihrem zentralen Text „Hegemony and Socialist Strategy" zugrunde liegt, kritisiert Jessop überzeugend als Entkräftung des Marxismus. Insbesondere Laclaus/Mouffes Auflösung der Trennung von Ökonomie und Politik, welche letztlich zur „panpolitischen Ontologie des Sozialen" führt, sowie deren „frei fließende" Hegemoniekonzeption, die keinen Platz für kritische Überlegungen zur Spezifizität des kapitalistischen Staates lassen, beweisen deren Inkommensurabilität mit einer marxistischen Staatstheorie.

Während demnach Laclau und Mouffe keinen für die marxistische Staatstheorie bereichernden Beitrag liefern können, argumentiert Jessop die Nützlichkeit systemtheoretischer Überlegungen Luhmanns, einem Theoretiker, der Marx stets ignoriert hat. So versucht Jessop die in dem Band mehrfach artikulierten Defizite marxistischer Staatstheorie, die sich vorwiegend auf das ungeklärte

Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik, die Basis-Überbau-Metapher sowie auf die Bedeutung der Formanalyse für das Politische beziehen, mit Hilfe eines Rückgriffs auf systemtheoretische Analysen zu überwinden.

Luhmanns Konzept der Autopoiesis bietet interessante Anregungen, so Jessop, um die Beziehung zwischen Politik und Ökonomie sowie deren Besonderheiten neu zu denken. Denn die gegenseitige Begrenzung und gleichzeitige Durchdringung der Systeme, wie sie Luhmann beschreibt, muss Jessop zu Folge als Relativierung der Autopoiesis verstanden werden, die aufschlussreiche Einsichten in die relative Autonomie des Staates geben kann. Zudem konstatiert Jessop, dass die kapitalistische Ökonomie jene die Umweltdominanz begünstigenden Kriterien besitz und dieses Konzept daher besonders geeignet ist, um den ökonomischen Determinismus marxistischer Theorien zu reformulieren.

Obgleich Jessop die Relevanz von Luhmanns Systemtheorie in Bezug auf die in dem Buch formulierten Defizite marxistischer Theorie durchaus reizvoll argumentiert, bleiben dennoch viele Fragen unangetastet. So bleibt beispielsweise unklar, wie sich die Theorie Luhmanns letztlich mit einer historisch-materialistischen vereinbaren lässt, die auf der Annahme einer Spaltung der Gesellschaft in Klassen beruht und im Klassenkampf sogar den Motor der Geschichte sieht. Nicht nur, dass Luhmann die Vorherrschaft einer Klasse zurückweist, mit seiner Theorie klammert er jegliche Möglichkeit auf gesellschaftliche Veränderung durch handelnde Subjekte aus.

Insgesamt lässt sich sagen, dass *Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft* eine gute Einführung in ausgewählte historische und neuere Diskussionen marxistischer Staatstheorie darstellt. Dem Buch gelingt es, zentrale Aspekte und offene Fragen aufzuzeigen, sowie Beiträge für die Weiterentwicklung dieser Diskussionen zu liefern. Dabei ist das Buch jedoch selektiv, was sich an der Wahl der Themen und den damit einhergehenden Auslassungen zeigt. Wie angesprochen werden etwa Migration und Rassismus im Buch nicht diskutiert und somit bleiben zentrale Fragen nach strukturellen Ein- und Ausschlussmechanismen im bürgerlichen Nationalstaat unbehandelt. Generell zeichnen sich die Beiträge des Buches durch einen Fokus auf systemische und formanalytische Fragen aus. Handlungsmächtigen Subjekten und sozialen Kämpfen, die sich in Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat formieren, wird dabei kein zentraler analytischer Stellenwert zuerkannt. Generell scheint es eine wichtige Motivation der Herausgeber gewesen zu sein, ein Buch zu produzieren, das marxistische Staatstheorie für den sozialwissenschaftlichen Mainstream anschlussfähig aufbereitet. Dies ist einerseits natürlich ein begrüßenswertes Projekt. Andererseits hat dies dazu geführt, dass etwa ein so etablierter Theoretiker wie Luhmann besprochen wird, radikalere Zugänge wie Post-Colonial Studies jedoch unbesprochen bleiben. Während sich hoffen lässt, dass die Strategie aufgeht und das Buch breit rezipiert wird, führte diese Ausrichtung zu einem insgesamt recht „ungewagten“ Buch, dessen kritischer Gehalt unter dem Potential der Thematik liegt.

Petra Neuhold & Paul Scheibelhofer

8

Howard Zinn
Eine Geschichte des amerikanischen Volkes

Berlin: Schwarzerfreitag, 2007, 700 Seiten, 28,80 Euro

Seit Mitte 2007 liegt nun Howard Zinns „Eine Geschichte des amerikanischen Volkes“ (im Original: *A People's History of the United States*) erstmals als Gesamtausgabe auf Deutsch vor. Diese ursprünglich bereits 1980 erschienene und 1995 überarbeitete Geschichtsdarstellung der Vereinigten Staaten von der „Entdeckung“ Amerikas bis zur Gegenwart spricht nicht aus der Perspektive der WASPs (White Anglo-Saxon Protestants), aus denen sich bis vor kurzem fast ausschließlich die politische und wirtschaftliche Elite zusammensetzte, sondern versucht den Blickwinkel all jener einzunehmen, die üblicherweise aus den Geschichtsbüchern verbannt sind: Native Americans, Eroberte, SklavInnen, ArbeiterInnen, Frauen, SoldatInnen, Friedensbewegte, MigrantInnen, FarmerInnen.

Von der Kolonisierung und dem Unabhängigkeitskrieg über den Mexikanischen Krieg, den Bürgerkrieg und den Spanisch-Amerikanischen Krieg bis hin zum Vietnamkrieg, zu Watergate, der Iran-Contra-Affäre und darüber hinaus wird die US-amerikanische Doktrin von Freiheit und Demokratie vom Kopf auf die Füße gestellt. Anhand von umfangreichem Quellenmaterial wird der amerikanische Verfassungsmythos ebenso demontiert wie jener von Lincoln als Sklavenbefreier. In *A People's History* geht es vor allem um Unterwerfung, Unterdrückung, Vertreibung, Verfolgung, Ausrottung, Ausbeutung ... und um den Widerstand dagegen. Im Zuge der Entfaltung der Geschichte der Kämpfe von ArbeiterInnen, Schwarzen, Native Americans und FarmerInnen wird auch den Spuren der Versuche von gemeinsamer Organisation und der Überwindung der rassistischen und sexistischen Spaltungen nachgegangen, die Widersprüche und Hierarchien dabei jedoch nicht verschwiegen. Das Attentat auf J. F. Kennedy hingegen – um ein prägnantes Beispiel zu geben – wird frau vergeblich suchen. Die Entstehung der Demokratischen Partei als Südstaatenpartei der Sklavenhalter soll an dieser Stelle jedoch nicht unerwähnt bleiben.

„*Meine Einstellung zur Beschreibung der Geschichte der Vereinigten Staaten ist anders: Dass wir die Erinnerung der Staaten nicht als unsere eigene hinnehmen dürfen. Nationen sind keine Gemeinschaften und waren es noch nie. Die Geschichte jedes Landes, die uns als Geschichte einer Familie präsentiert wird, verbirgt bittere Interessenkonflikte (die manchmal ausbrechen, meistens aber unterdrückt werden) zwischen Eroberern und Eroberten, Herren und Sklaven, Kapitalisten und Arbeitern, rassisch oder sexuell Dominierenden und Dominierten. (...) Angesichts der Unvermeidlichkeit, Partei zu ergreifen, die durch Auswahl und Schwerpunkt in der Geschichtsschreibung entsteht, ziehe ich es deshalb vor, zu versuchen, die Geschichte der Entdeckung Amerikas aus der Perspektive der Arawak zu erzählen, die der Verfassung vom Standpunkt der Sklaven aus, von Andrew Jackson aus der Sicht der Cherokee, vom Bürgerkrieg aus der Sicht der Iren von New York, vom Mexikanischen Krieg aus der Sicht der desertierenden Soldaten der schottischen Armee, vom Aufstieg der Industrialisierung aus der Sicht der Frauen in den Textilwerken, vom spanisch-amerikanischen Krieg aus der Sicht der Kubaner, von der Eroberung der Philippinen aus der Sicht der schwarzen Soldaten auf Luzon, vom Goldenen Zeitalter aus der Sicht der Farmer im Süden, vom zweiten Weltkrieg aus der Sicht von Pazifisten, vom New Deal aus der Sicht der Schwarzen in Harlem, vom amerikanischen Nachkriegsimperium aus der Sicht der Landarbeiter in Lateinamerika. Und so weiter, so gut eben ein einzelner Mensch, so sehr er oder sie sich auch bemüht, Geschichte „aus der Sicht anderer“ betrachten kann.*“ (Seite 17)

Diesen Anspruch löst Howard Zinn ein. Schade nur, dass die Lesben- und Schwulenbewegung dem Autor in seiner an die 700 Seiten umfassenden *People's History* gerade mal eine halbe Seite wert ist. Ferner scheint der Rezensentin der deutsche Titel sowie der Begriff Indianer für American Natives nicht wirklich gelungen.

Beim Verlag schwarzerfreitag ist „Eine Geschichte des amerikanischen Volkes“ auch in Form von neun Einzelbänden à Euro 8,80 erschienen, deren letzter Teil allerdings mit der Präsidentschaft von George Bush senior endet. Leider war es nicht möglich, vom Verlag ein Rezensionsexemplar des hier besprochenen Buches zu erhalten.

Minimol

Nachbemerkungen:

A People's History wurde in den USA über eine Million Mal verkauft und findet auch Verwendung als Lehrbuch an Colleges. 2004 veröffentlichte Zinn gemeinsam mit Anthony Arnove Voices of A People's History of the United States. Voices ist als Begleitband zu A People's History gedacht und umfasst eine große Sammlung US-amerikanischer dissidenter Stimmen.

Im Dezember 2007 war in Variety, einem international bekannten Branchenblatt der US-amerikanischen Unterhaltungsindustrie zu lesen, dass die lange verschobene TV-Verfilmung von A People's History nun doch endlich produziert werden soll.

Außerdem empfehlenswert: „You Can't Be Neutral On A Moving Train“, die spannende Filmbiographie Howard Zinns, des linken Historikers und Politikwissenschafters, der 1922 in eine ArbeiterInnenfamilie in Brooklyn geboren wurde und der sich zeit seines Lebens – neben Veröffentlichungen und der Tätigkeit als Universitätsprofessor – immer wieder aktiv an sozialen Kämpfen und Anti-Kriegs-Kampagnen beteiligte. Die deutsche Fassung ist als DVD ebenfalls beim Verlag schwarzerfreitag erhältlich.



Der Zirkulationsmarxismus ist keine einheitliche Strömung im Marxismus, sondern eine Lesestrategie, die zumeist vermischt mit anderen Elementen, insbesondere als Wertkritik, auftritt. Er entnimmt der Analyse der Oberfläche der Zirkulation, also dem ersten Abschnitt des Kapital, sein grundlegendes Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise und interpretiert die gesamte Theorieentwicklung der weiteren Bände des Marxschen Hauptwerks aus dieser Perspektive. Diese Methode wird einer grundlegenden Kritik unterzogen. Indem wesentliche Kategorien der Marxschen Gesellschaftskritik erläutert werden, zeigen sich die Unterschlagungen und Verballhornungen des Zirkulationsmarxismus.

Unrast Verlag, August 2008,
ISBN-13: 978-3-89771-486-1
64 Seiten 7,80 Euro